

Die amtlichen Verhandlungen

über dringliche

Medicinal-Reform-Gesuche

im Jahre 1848.

Vorwort	
Gesuch der Studirenden der Medicin zu Berlin	1
Verfügung	2
Gesuch der	
der Aemter betrefend	12-13
Verfügung	14
Votum Herrn von Herrn Geheimrath Dr. Schmidt	14-22
Gesuch des Vorstehers der Aerzte der Provinz Westphalen um	
Zurücknahme der dem Homöopathen ertheilten Erlaubnis	
des Selbstdispensirens	22-24
Verfügung	24-25
Gesuch der Berliner Generalversammlung, denselben Gegenstand	
betreffend	25-26
Verfügung	26
Gesuch der Berliner Generalversammlung wegen Berechtigung	
der Aerzte, den ärztlichen Visiten und Sectionen in den	
Heilanstalten beizuwohnen	26-27
Verfügung	27-28
Verfügung hierüber an die Charité-Direction	28-29
Gutachten hierüber von dem Prosector Herrn Dr. Virchow	29-30
Gutachten hierüber von dem ung. Arzte Herrn Geheimrath Dr.	
Schmidt	31
Gutachten hierüber von dem Arzte Herrn Geheimrath Dr.	
Wolff	31-33
Gutachten hierüber von dem Referenten Herrn Geheimrath Dr.	
Barez	33

Aus den Acten des Ministeriums

herausgegeben

von

Dr. M. Kalisch.

Berlin, 1849. Geheimrath Dr.

Gebauersche Buchhandlung.

(J. Petsch.)

Die amtlichen Verhandlungen

über die

Medicinal-Reform-Gesetze

im Jahre 1848.

Aus den Acten des Ministeriums

herausgegeben

Dr. M. Kalisch.

Berlin, 1849.

Gebauer'sche Buchhandlung.

(J. Petzsch.)

Inhalts-Uebersicht

des zweiten Hefts.

	Seite
Vorwort.	
Gesuch der Studirenden der Medicin zu Berlin	1—11
Verfügung	11—12
Gesuch der Generalversammlung Berliner Aerzte, die Cumulation der Aemter betreffend	13—14
Verfügung	14
Votum hierzu von Herrn Geheimrath Dr. Schmidt	14—22
Gesuch des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen um Zurücknahme der den Homöopathen ertheilten Erlaubniss des Selbstdispensirens	22—24
Verfügung	24—25
Gesuch der Berliner Generalversammlung, denselben Gegenstand betreffend	25—26
Verfügung	26
Gesuch der Berliner Generalversammlung wegen Berechtigung der Aerzte, den ärztlichen Visiten und Sectionen in den Heilanstalten beizuwohnen	26—27
Verfügung	27—28
Verfügung hierüber an die Charité-Direction	28—29
Gutachten hierüber von dem Prosector Herrn Dr. Virchow ...	29—30
Gutachten hierüber von dem dirig. Arzte Herrn Geheimrath Dr. Schmidt	31
Gutachten hierüber von dem dirig. Arzte Herrn Geheimrath Dr. Wolff	31—33
Gutachten hierüber von dem Referenten Herrn Geheimrath Dr. Barez	33

	Seite
Gesuch des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen, die Anstellung im Civil betreffend	34—35
Gesuch desselben Vereins, betreffend die Aufhebung des wund- ärztlichen Standes	35—38
Verfügung auf beide Gesuche	38—39
Gesuch des Vereins nicht promovirter Aerzte und Wundärzte aus den Provinzen Ostpreussen, Westpreussen und Pommern ...	39—51
Verfügung	51
Gesuch der Magdeburger Versammlung von Wundärzten erster Klasse am 23. September 1848	51—64
Verfügung	64
Gesuch der Magdeburger Versammlung von Chirurgen erster und zweiter Klasse am 24. September 1848	64—72
Verfügung	73
Reformvorschläge des Vereins practischer Aerzte zu Königsberg in Pr.	73—78
Verfügung	78
Gesuch homöopathischer Aerzte Berlins	79
Verfügung	80
Verfügung	80—81
Verfügung	81
Verfügung	81—82
Verfügung	82—83
Verfügung	83—84
Verfügung	84—85
Verfügung	85—86
Verfügung	86—87
Verfügung	87—88
Verfügung	88—89
Verfügung	89—90
Verfügung	90—91
Verfügung	91—92
Verfügung	92—93
Verfügung	93—94
Verfügung	94—95
Verfügung	95—96
Verfügung	96—97
Verfügung	97—98
Verfügung	98—99
Verfügung	99—100
Verfügung	100—101
Verfügung	101—102
Verfügung	102—103
Verfügung	103—104
Verfügung	104—105
Verfügung	105—106
Verfügung	106—107
Verfügung	107—108
Verfügung	108—109
Verfügung	109—110
Verfügung	110—111
Verfügung	111—112
Verfügung	112—113
Verfügung	113—114
Verfügung	114—115
Verfügung	115—116
Verfügung	116—117
Verfügung	117—118
Verfügung	118—119
Verfügung	119—120
Verfügung	120—121
Verfügung	121—122
Verfügung	122—123
Verfügung	123—124
Verfügung	124—125
Verfügung	125—126
Verfügung	126—127
Verfügung	127—128
Verfügung	128—129
Verfügung	129—130
Verfügung	130—131
Verfügung	131—132
Verfügung	132—133
Verfügung	133—134
Verfügung	134—135
Verfügung	135—136
Verfügung	136—137
Verfügung	137—138
Verfügung	138—139
Verfügung	139—140
Verfügung	140—141
Verfügung	141—142
Verfügung	142—143
Verfügung	143—144
Verfügung	144—145
Verfügung	145—146
Verfügung	146—147
Verfügung	147—148
Verfügung	148—149
Verfügung	149—150
Verfügung	150—151
Verfügung	151—152
Verfügung	152—153
Verfügung	153—154
Verfügung	154—155
Verfügung	155—156
Verfügung	156—157
Verfügung	157—158
Verfügung	158—159
Verfügung	159—160
Verfügung	160—161
Verfügung	161—162
Verfügung	162—163
Verfügung	163—164
Verfügung	164—165
Verfügung	165—166
Verfügung	166—167
Verfügung	167—168
Verfügung	168—169
Verfügung	169—170
Verfügung	170—171
Verfügung	171—172
Verfügung	172—173
Verfügung	173—174
Verfügung	174—175
Verfügung	175—176
Verfügung	176—177
Verfügung	177—178
Verfügung	178—179
Verfügung	179—180
Verfügung	180—181
Verfügung	181—182
Verfügung	182—183
Verfügung	183—184
Verfügung	184—185
Verfügung	185—186
Verfügung	186—187
Verfügung	187—188
Verfügung	188—189
Verfügung	189—190
Verfügung	190—191
Verfügung	191—192
Verfügung	192—193
Verfügung	193—194
Verfügung	194—195
Verfügung	195—196
Verfügung	196—197
Verfügung	197—198
Verfügung	198—199
Verfügung	199—200

Vorwort.

Die im vorliegenden zweiten Hefte mitgetheilten Gesuche fallen mit denen des ersten in dieselbe Zeit und tragen daher auch im Allgemeinen das Gepräge derselben an sich. Wie dort das Princip der Volkssouverainetät sich in einem ärztlichen Congress als Standes-Selbstregierung verwirklichen sollte, so ist es hier das Princip der Dringlichkeit, welches wieder den Beschlüssen des Congresses in Beziehung auf bestimmte Wünsche und Beschwerden vorgreifen soll.

Eben dadurch aber erhalten wir in dem zweiten Hefte schon mehr einen concreten Inhalt, bei welchem Billiges von Unbilligem, Richtiges von Falschem unterschieden werden, und die Mitwirkung der technischen Behörde durch gutachtliche Aeusserung sich bethätigen kann.

Wenn also das erste Heft fast nur eine negative Bedeutung hatte, indem es in den Gesuchen ein sich stets wiederholendes Zeugniß eines verbreiteten Missbehagens und Ankämpfens gegen das Bestehende, in den Verfügungen aber das Streben kund giebt, die ephemere destructive Richtung, mit voller Anerkennung der bleibend veränderten Verhältnisse, abzuwehren: so setzen sich im zweiten Hefte schon positive Elemente für das eigentliche Reform-Material ab; denn es ist nicht zu läugnen, dass manche hier ausgesprochene Wünsche Berücksichtigung verdienen, wie denn auch die Erfüllung derselben in den betreffenden Verfügungen in Aussicht gestellt ist.

Ueber den weitem Plan dieses Werkes habe ich vorläufig Veranlassung, mich nicht auszusprechen; da

aber der Herr Geheime Medicinalrath Schmidt die Behauptung veröffentlicht hat: „ich wolle ihn in demselben mit dem mir in die Hände gegebenen Schwerdt der Acten bekämpfen“, so muss ich bemerken, dass mir die Acten nicht als ein Schwerdt in die Hand gegeben, sondern als ein Zeughaus geöffnet worden sind, und dass es wahrlich nicht meine Schuld ist, wenn der Herr Geheimrath, der doch gewiss alle Räume desselben und ihren Inhalt genau kennt, darin nur angreifende Schwerter gegen, aber keinen vertheidigenden Schild für sich vorrätzig glaubt.

Nicht aber mir, sondern durch mich dem Volke hat der Minister den Blick in die Werkstatt seiner Verwaltung öffnen wollen, denn Herr v. Ladenberg ist ein Mann, der für Staat und Haus nur eine Sittlichkeit, für den Minister und den Menschen nur eine Wahrheit, für den Untergebenen und den Unabhängigen nur eine Freimüthigkeit, für die Verwaltung und die Wissenschaft nur eine Oeffentlichkeit anerkennt.

Das Princip „in das Innere der Registratur dringe kein unbeamteter Geist“ behält für die Staatsgeheimnisse seine volle, weil durchaus nöthige, Gültigkeit; aber dieses Bollwerk des allgemeinen Wohls darf keine Barrikade persönlicher Interessen werden. Das Actengeheimniss soll die Verwaltung gegen den Missbrauch der Beamten, nicht aber die Missbräuche dieser gegen die Verwaltung sicher stellen.

Ich werde noch Gelegenheit haben, auf diesen wichtigen Gegenstand zurückzukommen; denn jede Berufung auf das Urtheil der öffentlichen Meinung ist eine Täuschung, wenn ihr die Acten vorenthalten, oder nur in sinnverwirrenden und sinnverkehrenden Bruchstücken vorgelegt werden.

Berlin, im Juli 1849.

Dr. M. Kalisch.

Actenstücke,

enthaltend

**Reformgesuche an das Ministerium, nebst den darüber
abgegebenen Gutachten und darauf erfolgten
Verfügungen.**

I. G e s u c h

der Studirenden der Medicin an der Universität zu Berlin.

Hohes Ministerium des Unterrichts!

Es gehört zu den schönsten, zu den unschätzbaren Eigenthümlichkeiten der politischen Bewegung unserer Tage, dass nicht die Lösung aller auftauchenden Fragen, die Befriedigung aller Interessen, die Heilung aller Gebrechen des Staats vollständig einer einzigen centralen Werkstätte des Volkswohls überlassen wird, dass vielmehr an unzähligen Punkten gleichzeitig die schöpferische Kraft des Volkes thätig ist, und in jedem einzelnen Kreise der Gesellschaft jugendlich frisch ein selbstständiges Leben sich regt, angefacht durch selbstgefühlte Bedürfnisse, geleitet durch Selbstanschauung der jedesmaligen eigenthümlichen Verhältnisse, und darum allein geeignet, befriedigende Einrichtungen auszubilden.

Unter solchen Umständen wäre es wunderbar und schimpflich zugleich, wenn die studirende Jugend allein sich den Anregungen der Zeit verschlösse, sie, welche vielleicht mehr als irgend ein anderer Stand von den beschränkten Formen einer längst geschwundenen Geschichte sich beengt fühlt.

Allein der Geist, welcher die studirende Jugend Deutschland's beseelt, hat sich bereits in der Wartburg-Versammlung unserer grossen, nach Freiheit des Geistes und nach Versöhnung des Lebens mit der Wissenschaft strebenden Zeit würdig bewiesen. Und nun ist den einzelnen Universitäten die Auf-

gabe geworden, jene Grundsätze specieller zur Erkenntniss und nach Kräften zur Ausführung zu bringen.

Zu einer kräftigen Theilnahme an diesen Bestrebungen fühlen sich aber vor Allen die Studirenden der Medicin angespornt; denn sie sind von den allgemeinen Missständen im Studienwesen besonders unangenehm berührt worden, sie haben ganz vorzüglich die Unvollkommenheit dessen, was vom Staate für sie geschah, zu bedauern gehabt und ausserdem noch mit einer Menge ganz eigenthümlicher Beschwerden und äusserlicher Hindernisse kämpfen müssen, welche theilweise nur geduldet wurden wegen ihres Ursprungs aus alter Zeit, theilweise vielleicht die Bestimmung hatten, anzuregen und die Reihen der Aerzte von Unwürdigen rein zu halten, statt dessen aber oft genug Talentvolle ganz abhielten, Strebsame niederdrückten und auf jede Weise eine freie Entwicklung unmöglich machten. Wir Studirende der Medicin beabsichtigen daher, Einem Hohen Ministerio nächstens in einer umfassenden Denkschrift eine Schilderung der Uebelstände, an welchen wir leiden, und unsere Ideen über die Vervollkommnung des medicinischen Studiums mitzutheilen. Einige aber unter diesen lang niedergedrückten Wünschen scheinen uns im Interesse der Gerechtigkeit, der Humanität und des Allgemeinwohls dringend eine baldige Erfüllung anzusprechen, und deshalb fühlen wir uns veranlasst, dieselben Einem Hohen Ministerio hiemit besonders vorzulegen, indem wir ersuchen, unsere Anträge in Rücksicht auf ihre Dringlichkeit möglichst schnell zur Erwägung und, wie wir es mit Bestimmtheit erwarten, zur Ausführung zu bringen.

Wir nennen nun zuerst als einen der dringlichsten unserer Wünsche den nach einer baldigen Reform der medicinischen Prüfungen und stellen in dieser Beziehung an Ein Hohes Ministerium folgende Gesuche:

1. Es möge Hochdasselbe die Bestimmung, wonach es für die Zulassung der medicinischen Staatsprüfung unerlässliche Bedingung ist, das examen philosophicum und das examen rigorosum bestanden und das Doctordiplom erworben zu haben, schon für den nächsten Winter nicht mehr gelten lassen.

Hohes Ministerium! Die Doctorwürde mit Allem, was dazu gehört, ist entstanden zu einer Zeit, wo die Wissenschaft, wie die religiöse und politische Anschauung der Menschen, bestimmt und begrenzt wurde durch die engen Schranken traditioneller Dogmen, zu einer Zeit, wo man den unendlich tiefen und individuell unendlich mannigfaltigen menschlichen Geist messen und wägen zu können wähnte und den gefundenen Werth als äusseres Zeichen ihm aufdrücken wollte, sie entsprach dem allge-

meinen Character der Gesellschaft zu einer Zeit, wo alle Stände in zünftiger Gliederung sich gefielen, wo selbst Erkenntniss und Wissen das Privilegium einer Kaste bildeten, und zwischen den einzelnen Ständen künstliche scheidende Mauern aufgerichtet wurden, welche der Kraft höherer, humaner Principien auch heute noch nicht ganz gewichen sind. Auch die Doctordiplome, diese Adelsdiplome der Gelehrten, gehören zu jenen letzten Spuren ständischer Absonderung, sie bestehen noch wie manches andere mittelalterliche Erbstück. Fragen wir uns aber, warum in der medicinischen Facultät die Doctorwürde mit den Prüfungen und Förmlichkeiten, welche ihr vorgehen, nicht etwa wie auch in den übrigen Facultäten überhaupt noch besteht, sondern hier vom Staate sogar eine ganz besondere praktische Bedeutung erhalten hat, so scheint uns als Motiv einer solchen Einrichtung nur ein einziges denkbar. Wir meinen nämlich, es möge derselben wohl die Absicht zu Grunde liegen, dem Staate für die Wissenschaftlichkeit seiner angehenden Aerzte einen Prüfstein und so dem ärztlichen Stande selbst seine Stellung in der wissenschaftlichen Welt zu erhalten. Allein es ist fürs Erste keinem Zweifel unterworfen, dass selbst auf dem Gebiete der reinen theoretischen Wissenschaft die Doctorwürde längst bedeutungslos geworden ist. In der That, woher sollte heute, wo die Wissenschaft aus dem Banne alter Dogmen erlöst und Eigenthum des freien Geistes geworden ist, der Maassstab hergenommen werden zu einer allgemein gültigen Abschätzung des Geistes? Wie sollte heute, bei dem unübersehbaren Reichthume des wissenschaftlichen Materials, die öffentliche Meinung eine Trennung in Lehrlinge und fertige Meister der Wissenschaft anerkennen und nun gar noch Diejenigen Meister nennen, die während der kurzen Dauer ihrer Studien kaum etwas mehr als eine Uebersicht jenes reichen Materials können gewonnen haben? — Zweitens aber ist zu bedenken, und dies heben wir besonders hervor, dass es sich bei der Zulassung zur ärztlichen Praxis durchaus nicht um die Aufnahme in irgend eine Kategorie der Gelehrten handelt, die ärztliche Stellung ist eine bürgerliche Stellung, und über die Befähigung dazu muss und darf allein der Staat untersuchen und entscheiden. Das rigorosum aber wie das philosophicum sind Facultätsprüfungen. Der Staat giebt hierin einen Theil seiner souverainen Gewalt an die Facultät ab, oder richtiger ausgedrückt, er duldet in ihr eine zweite souveraine Macht, welche den Studirenden wenigstens ebenso unberechtigt und drückend erscheint, als jene des Staats berechtigt und vernünftig. Die Mediciner befinden sich in dieser Beziehung in einer eigenen Ausnahmestellung, denn auch seine Gerichts-, seine Schulbeamten

prüft der Staat, und er bedarf für die Tüchtigkeit der Richter und Lehrer seines Volks keiner geringeren Bürgschaft als für die seiner Aerzte; über jene aber entscheidet er allein, diese giebt er ausserdem noch der Entscheidung eines Staates im Staate preis. Möge doch der Staat an Diejenigen, denen er die Gesundheit des Volkes anvertrauen soll, alle die Anforderungen stellen, welche er für gerecht, für angemessen erachtet, aber er allein entscheide in jedem Falle, ob denselben entsprochen werde.

Es konnte übrigens unter dem Einflusse der eben ange-deuteten Verhältnisse nicht fehlen, dass in der Wirklichkeit die Facultätsprüfungen zu leeren Förmlichkeiten wurden. Die Prüfenden, in dem Bewusstsein, wie bedeutungslos dieselben schon an sich waren, und es noch mehr wurden durch das nachfolgende Staatsexamen, achteten sie selbst wenig, und so kam es, dass dem Examen, welches man das rigorosum nannte, auch die Unfähigsten mit dem Gefühle grösster Sicherheit sich unterwarfen; der summus honos aber, als welcher die Doctorwürde bezeichnet wird, ist so sehr zur Ironie herabgesunken, dass die viri doctissimi, denen man jene höchste Ehre zuerkannt hatte, in der zweiten Prüfung, welche der Staat über dieselben Gebiete des Wissens, theilweise durch dieselben Examinatoren mit ihnen anstellen liess, oft für unwissend erklärt wurden. Die Promotion vollends wird von Allen als eine leere, langweilige Comödie angesehen.

So müsste denn der Zwang zu den Facultätsprüfungen mindestens als unnütz, nicht zeitgemäss und des Staates unwürdig erscheinen; aber er hat auch auf die Ausbildung der Studirenden geradezu schädlich gewirkt, und sie haben ihn nicht ertragen können ohne eine sehr bedeutende Aufopferung von Zeit und Geld. Denn die Männer der philosophischen und theoretisch-medicinischen Wissenschaften, welche die Studirenden zu examiniren hatten, wussten nicht immer, die Beziehung ihrer Prüfungen zu dem Berufe eines praktischen Arztes im Auge zu behalten, sie verbreiteten ihre Ansprüche auf Gebiete, welche der praktischen Medicin zu fern liegen, als dass ein gründliches Studium derselben für sie nothwendig erscheinen könnte, und von den Studirenden, welche jene Ansprüche berücksichtigen mussten, wurden manche zwar für das edle Streben nach rein wissenschaftlicher Ausbildung gewonnen, die meisten aber zu einer äusserlichen Aneignung ihnen uninteressanter, heterogener Kenntnisse gezwungen, welche sicher nicht die wahre Wissenschaftlichkeit ausmacht.

Ferner gehört zur Erlangung des Doctordiploms die Abfassung einer medicinischen Abhandlung von bestimmtem Um-

fang. Es ist aber das Material des medicinischen Wissens so überwältigend gross und jedes einzelne Gebiet desselben für die Befähigung zum ärztlichen Wirken so wesentlich, dass man während der Universitätsjahre für die gründliche Aneignung des Nothwendigsten der Zeit und des Fleisses zu viel bedarf, um nebenher noch productiv sein zu können. Der Doctorandus muss aus diesem Grunde entweder eine oberflächliche, gehaltlose Compilation schreiben, oder, wenn er wirklich ein wissenschaftliches Thema selbstständig bearbeitet, seine Kräfte einer allseitigen durchgreifenden Bildung entziehen; und das Eine kann doch so wenig wünschenswerth sein als das Andere.

Zu allem dem sind nun noch diese mühevollen und undankbaren Beschäftigungen mit einem Kostenaufwande von ungefähr 200 Thlr. verbunden. Ohnedies ist das medicinische Studium schon von einer Reihe unverhältnissmässig grosser Ausgaben begleitet, welche in Verbindung mit jenen Erschwerungen am Ende des Studiums die ärmeren Studirenden sehr drücken und vom ärztlichen Stande manchen Begabten und Berufenen ausschliessen, während dadurch den weniger Würdigen, aber Bemittelteren indirect Vorschub geleistet wird. Diejenigen aber, welche unbemittelt zwar, aber ihrem inneren Berufe folgend die medicinische Laufbahn betreten, müssen einen grossen Theil ihrer Zeit und ihrer Kräfte opfern, um den geforderten Tribut zu erschwingen.

In Erwägung aller dieser Gründe sind wir der festen Ueberzeugung, dass die Aufhebung des Zwanges zu den Facultätsprüfungen von der Nothwendigkeit einer sinnigeren Gestaltung der Universitätsverhältnisse, von der Gerechtigkeit und vom Geiste unserer Zeit gleich sehr geboten wird, und wir hoffen, Ein Hohes Ministerium werde uns Recht geben. Täuschen wir uns nun hierin nicht, so ist es an sich klar, dass die Wohlthat einer solchen Reform billigerweise auch denjenigen zahlreichen Studirenden zu Gute kommen muss, welche durch eine Verzögerung derselben gezwungen sein würden, die Last des Rigorums und der Promotion auf sich zu nehmen, um nur im nächsten Winter zur Staatsprüfung zugelassen zu werden. Hierin ist die Dringlichkeit unseres Antrages begründet, und wir erlauben uns, Ein Hohes Ministerium nochmals um baldigen Bescheid, wenigstens über diesen ersten unserer Anträge zu bitten, zumal die Ausführung desselben mit bedeutenden Schwierigkeiten nicht verbunden sein dürfte.

Hieran schliessen sich nun ferner unsere Wünsche in Bezug auf einige wesentliche Reformen der Staatsprüfung, welche einerseits durch eine Maassregel im Sinne unseres ersten Antrags, andererseits aus anderen davon unabhängigen Gründen

nothwendig sein werden. Da es nämlich nicht zu läugnen ist, dass zu den beiden bisherigen Facultätsprüfungen einige Zweige der Wissenschaft gehört haben, welche mit Recht in den Kreis der medicinischen Studien und der Ansprüche an den praktischen Arzt gezogen werden, so würde in Folge der Aufhebung der Facultätsprüfungen jenen Disciplinen eine Stelle im Staatscursus angewiesen werden müssen, und wir erlauben uns deshalb, bei Einem Hohen Ministerio zu beantragen:

2. Von denjenigen Prüfungen, welche bisher Theile des rigorosum bildeten, mögen in Zukunft die physiologische mit der anatomischen des Staatscursus, die theoretisch-pathologisch-chirurgische und geburtshülfliche aber mit den entsprechenden praktischen Stationen des Staatscursus vereinigt werden.

Es wäre dies wohl die naturgemässeste und nützlichste Anordnung.

3. Für die Hilfswissenschaften der Medicin mit Einschluss der dazu zu rechnenden allgemeinen Naturwissenschaft möge eine eigene Station der Staatsprüfung eingerichtet werden, und diese an die Stelle der bisherigen Schlussprüfung treten. Wir betrachten als solche Hilfswissenschaften die Physik, Chemie, Pharmakologie und die empirische Psychologie, und erlauben uns als Examinatoren vorzuschlagen: die Herren

Geheimrath Mitscherlich, Pr. C. G. Mitscherlich und Dr. Leubuscher.

Die Schlussprüfung, Hohes Ministerium, war bisher eine der unbegreiflichsten Einrichtungen des Staatscursus. Sie scheint, wie die ganze Organisation der medicinischen Prüfungen, auf dem Gedanken zu beruhen, als ob die Sicherheit über die Befähigung des Examinanden mit der Zahl der Examinatoren wachse. Nachdem die Tüchtigkeit des Examinanden bereits auf allen einzelnen Gebieten der Medicin gründlich untersucht und anerkannt war, wurde dieselbe hier noch einmal einer gemischten Commission zur Revision vorgelegt. Für die früheren Examinatoren war hierdurch von vornherein ein Misstrauensvotum gesetzlich festgestellt, und die Commission der Schlussprüfung bildete eine Art erster Kammer, welche die Urtheile der zweiten bestätigen oder auch ungültig erklären konnte. Und doch ist auf keine Weise einzusehen, was durch diese Einrichtung bezweckt wurde; denn, wollte vielleicht der Staat dadurch Gewissheit erlangen, ob sich in den Kenntnissen des angehenden Arztes nicht etwa doch noch da oder dort eine Lücke entdecken lasse, so war dies ebenso überflüssig als unmöglich. Eine Prüfung kann doch niemals die Kenntnisse des Geprüften als lückenlos darstellen, sie

kann höchstens beweisen, ob er den Geist, die Principien, die Methode seiner Wissenschaft begriffen, ob er ihre allgemeinen Grundsätze aufs Einzelne anzuwenden verstehe, und ob er im Allgemeinen danach gestrebt habe, sich auch ihren materiellen Inhalt anzueignen. Will man aber eine absolute Vollständigkeit des medicinischen Wissens zur Bedingung der ärztlichen Praxis machen und jene da annehmen, wo sie durch eine Prüfung von ein Paar Stunden scheinbar erhärtet ist, Diejenigen dagegen zurückweisen, welche eine einzelne Frage nicht nach dem Wunsche des zufälligen Examinators beantworten, während sie doch am Krankenbette, am Operationstische und in allen geordneten theoretischen Prüfungen sich tüchtig erwiesen, so wird dadurch das ganze Staatsexamen zu einem Glücksspiele, durch welches der Zufall Amt und Würde vertheilt. Wir halten aus diesen Gründen auch die Schlussprüfung für unhaltbar; da indessen in ihr allein während des ganzen Staatscursus die Hülfswissenschaften der Medicin zuweilen zur Prüfung kommen, so knüpfen wir hieran unsern Antrag auf Einrichtung einer eigenen Station für jene Hülfswissenschaften. Nur haben wir hiebei noch näher zu begründen, warum wir von derselben einige Disciplinen ausgeschlossen wissen möchten, welche bisher zu den Facultätsprüfungen gehört haben, nämlich: die Logik, die naturhistorischen Wissenschaften und die Geschichte der Medicin. Weit entfernt, den Werth dieser Wissenschaften an sich zu verkennen, würdigen wir vielmehr im vollsten Maasse ihre Bedeutung als Theile der menschlichen Erkenntniss. Ja, wir wissen es sogar, dass ihr gründliches Studium, aber dann auch nur ein sehr gründliches, für die medicinische Wissenschaft und Kunst förderliche Anwendungen herbeiführen könne; dass aber eine so oberflächliche Kenntniss derselben, wie sie während der Universitätsstudien eines Mediciners allein erreichbar ist, für die ärztliche Praxis unmittelbar Vortheile gewähren könne, glauben wir nicht. Wenn die Logik angesehen werden muss als die Lehre von den Gesetzen des Denkens, so liegt eben hierin der Beweis, dass diese Gesetze schon vorher im menschlichen Geiste vorhanden und wirksam sind, und dass es jener Selbsterkenntniss des Geistes nicht erst bedürfe, um seine Thätigkeit zu ordnen und erspriesslich zu machen; der Werth der Logik als Wissenschaft ist unschätzbar, ihr praktischer unbedeutend. — Die naturhistorischen Wissenschaften ferner bieten zwar sehr interessante Beziehungen zur Medicin dar; aber diese kommen für Beibehaltung derselben als besonderer Prüfungsgegenstände um so weniger in Betracht, als ihnen in den Prüfungen über Chemie, Pharmakologie, Anatomie, Physiologie und Pathologie zur Genüge Rechnung getragen werden kann. — Was endlich

die Geschichte der Medicin anbetrifft, so gilt von ihr ganz besonders, was wir oben schon angedeutet haben, dass nämlich das Studium derselben, so sehr auch von Nutzen, wenn es durch reichhaltige, unbefangene Beobachtung der Natur vorbereitet ist, so doch auf den unerfahrenen Anfänger sogar verwirrend wirken müsse. Was nämlich seit Jahrtausenden bis zum heutigen Tage für Kenntniss und Behandlung der menschlichen Natur Werthvolles geleistet worden ist, bildet den Inhalt der Wissenschaft der Gegenwart; das Werthlose aber bleibt mit grossem Nutzen unbekannt. Denn nirgends ist der Wust historischen Unsinnns so gross, und nirgends hat die Vertiefung in überlieferte Vorstellungen so schädlich gewirkt, als auf unserem Gebiete. Es ist gerade die Aufgabe unserer Zeit, an die Stelle eines gläubigen Dogmatismus die unmittelbare Beobachtung der Natur treten zu lassen, und für diese schwierige Aufgabe sollte doch die Unbefangenheit möglichst geschont werden. Freilich wird ein starker und geübter Geist an der geschichtlichen Entwicklung und dem Kampfe der medicinischen Theorien seine Kritik sogar schärfen können, aber dazu gehört ein gründlicheres Studium derselben, als während der Universitätsjahre möglich ist; hier muss es jedenfalls wünschenswerth erscheinen, die jugendlichen Kräfte der Studirenden so viel als möglich auf das objective Studium der Natur zu concentriren.

Auf diese Erwägungen stützt sich unsere Ansicht, dass die Prüfung in den Hülfswissenschaften der Medicin auf die oben bezeichneten Disciplinen zu beschränken sei. Aber selbst in diesen werden die Ansprüche immer nach ihren Beziehungen zur praktischen Medicin geregelt werden müssen, und wir ersuchen Ein Hohes Ministerium, die Berücksichtigung dieses Verhältnisses den zukünftigen Examinatoren ausdrücklich zur Pflicht zu machen.

4. Beantragen wir bei Einem Hohen Ministerio des Unterrichts, es mögen in Zukunft in der akiurgischen Prüfung die schriftliche Arbeit und alle Fragen nach antiquirten Instrumenten und Bandagen, und nach der Geschichte der einzelnen Operationen wegfallen.

Es ist dieser unser Antrag im Wesentlichen schon begründet in den Ansichten, welche wir oben über das Verhältniss der Geschichte der Medicin zur medicinischen Praxis entwickelt haben. Ausserdem müssen wir nun noch anführen, dass die Specialität, mit welcher in der Akiurgie nach Dingen gefragt wurde, welche nicht allein keinen praktischen, sondern theilweise auch kaum einen historischen Werth haben, oft über die Maassen übertrieben war. Auch die akiurgische schriftliche

Arbeit konnte der Natur des Objekts gemäss nur eine rein historische sein; sie war überdies für die Examinanden immer eine der qualvollsten Beschäftigungen; sie mussten hunderte von Büchern nachschlagen und ausschreiben, um Abhandlungen zu compiliren, welche wegen ihrer natürlichen Werthlosigkeit von den Examinatoren noch niemals gelesen worden sind.

5. Stellen wir den Antrag, die Prüfung über Geburtshülfe möge in Zukunft mit der allgemeinen Staatsprüfung vereinigt, und ein nothwendiges Glied derselben sein.

Die Ansicht von dem innigen Zusammenhange aller einzelnen Zweige der praktischen Heilkunde ist in neueren Zeiten eine unbezweifelte Wahrheit. Der Staat selbst hat sie faktisch anerkannt, indem er das Studium der sogenannten inneren Medicin als von dem der Chirurgie unzertrennlich feststellte. Nur die Geburtshülfe bildet noch eine Ausnahme, und doch steht auch sie zu der gesamten praktischen Medicin in dem innigsten Verhältnisse.

Deshalb beantragen wir, dass künftig jeder Aspirant der ärztlichen Praxis, auch wenn er sich nicht speciell zum Geburtshelfer bestimmt hat, doch auch in diesem Fache gründliche Kenntnisse an den Tag zu legen habe. Möge übrigens Ein Hohes Ministerium des Unterrichts hieraus ersehen, dass es uns in der That um eine vernünftige, auch den Forderungen des Allgemeinwohls entsprechende, Umgestaltung der Verhältnisse, nicht um blosse Erleichterungen zu thun ist.

6. Stellen wir den Antrag: Es möge in Zukunft den Examinanden gestattet sein, die einzelnen Abtheilungen der Staatsprüfung nach kürzeren Zwischenzeiten zu absolviren.

Die bisherige Einrichtung, wonach zwischen je zwei Stationen des Staatscursus vier Wochen lagen, und wodurch der Examinand beinahe ein halbes Jahr lang sich im Examen befand, führte besonders für nicht hiesige Studirende vielerlei praktische Nachtheile mit sich. Sie scheint besonders hervorgegangen zu sein aus dem Bewusstsein, dass man von den Examinanden Kenntnisse verlangte, welche man billigerweise bei ihnen nicht voraussetzen konnte. Man wollte ihnen darum Zeit lassen, sich dieselben vor jeder Prüfung soviel als möglich noch anzueignen. Wir erwarten aber in dieser Beziehung für die Zukunft angemessenere gesetzliche Bestimmungen und eine bessere Handhabung derselben, und weisen besonders dabei auf unsere Anträge sub No. 3, 4, 7 und 8 hin. In der Voraussetzung, Ein Hohes Ministerium des Unterrichts werde diesen unseren Anträgen entsprechen, wünschen wir auch ein zwangloses Zusammenrücken der einzelnen Abtheilungen; sonst müss-

ten uns allerdings selbst die langen Intervalle wünschenswerth erscheinen.

7. Beantragen wir bei Einem Hohen Ministerio des Unterrichts die Oeffentlichkeit aller medicinischen Prüfungen.

Einer weiteren Rechtfertigung dieses Wunsches glauben wir bei der allgemeinen Anerkennung des Principes der Oeffentlichkeit in unseren Tagen nicht zu bedürfen. —

Wenn nun aber auch durch gesetzliche Bestimmungen, wie wir sie bisher zur Sprache gebracht, eine zeit- und sachgemässe Reform der medicinischen Prüfungen angebahnt würde, wenn besonders in der Oeffentlichkeit der Prüfungen eine unschätzbare Bürgschaft liegt für eine gerechte und vernünftige Ausführung derselben, so müsste ihr heilsamer Einfluss gegenwärtig doch sehr getrübt werden, wenn ihre Handhabung ferner einigen Persönlichkeiten überlassen bliebe, welche die Anerkennung der Studirenden und des sachverständigen Publikums überhaupt nicht in genügendem Maasse besitzen. Wir müssen deshalb bei Einem Hohen Ministerio des Unterrichts beantragen:

8. Die Entfernung derjenigen Examinatoren, deren Wissenschaftlichkeit und Unpartheilichkeit nicht über allen Zweifel erhaben sind.

Es wäre unangemessen, wollten wir uns hier auf eine nähere Bezeichnung und Kritik dieser Persönlichkeiten einlassen; wir müssen uns hierüber auf das öffentliche Urtheil berufen. Nur das können wir nicht verschweigen, dass einige unter ihnen so wenig auf dem Standpunkte der heutigen Wissenschaft stehen, dass die Studirenden genöthigt sind, wollen sie nicht das gefährliche Missfallen ihrer Examinatoren erregen, neben dem Studium der medicinischen Wahrheiten ein eigenes Studium medicinischer Irrthümer zu betreiben.

Dies, Hohes Ministerium des Unterrichts, sind die innig gefühlten, reiflich erwogenen Wünsche, welche in Betreff der Reform der medicinischen Prüfungen im Bewusstsein der Studirenden leben. Ein Hohes Ministerium des Unterrichts würde durch Erfüllung derselben eben so sehr den Interessen des Allgemeinwohls, wie denen der Studirenden entsprechen, und würde in einigen Beziehungen einen Beitrag liefern zu jener grossen Arbeit unserer Tage, welche darin besteht, das Leben und die Entwicklung der Menschheit von den Fesseln zu befreien, welche die Beschränktheit vergangener Tage ihr angelegt, und so auch in jedem Volke an die Stelle ständischer, den Menschen vom Menschen scheidender Zersplitterung das

Bewusstsein der Einheit und Gemeinsamkeit seines Wirkens zu setzen.

Wir können indess nicht schliessen, ohne Einem Hohen Ministerio des Unterrichts auch noch einige andere, dringend wünschenswerthe Maassregeln, wenigstens durch kurze Andeutungen ans Herz zu legen.

Es gehören hierzu:

9. Die Trennung der Augenklinik und chirurgischen Klinik in der hiesigen Charité.

Zur Begründung dieses Antrags erlauben wir uns, Ein Hohes Ministerium darauf aufmerksam zu machen, dass das Material dieser Kliniken zu reichhaltig ist, um von Einem Lehrer zum wahren Nutzen der Studirenden verwendet werden zu können. Wir müssen hiebei den Wunsch aussprechen, dass der Herr Geheimrath Jüngken seine ganze klinische Thätigkeit, wie früher, allein der Augenheilkunde wieder zuwende, ein Gebiet, auf dem sein Ruhm wohl unbestritten ist.

10. Die Wiedereinrichtung der bisher Trüstedt'schen Klinik;

11. Die Wiedereinrichtung der Kinderklinik in der Charité.

12. Die Einrichtung einer Station für Brustkranke behufs des gründlicheren Studiums der Auskultation und Perkussion.

Für die Besetzung der hiedurch frei werdenden Stellen, wenigstens für eine provisorische, erlauben wir uns Einem Hohen Ministerio des Unterrichts vorzuschlagen die Herren: Strohmeier, Professor Troschel, Dr. Ebert und Dr. Traube.

In Erwartung eines baldigen Bescheides verharren wir,
Berlin, im August 1848.

Der Verein der Studirenden der Medicin.

Im Auftrage.

E. Voswinkel, Dr. med.

C. Diesterweg, cand. med.

L. Auerbach, cand. med.

II. V e r f ü g u n g.

An den Candidaten der Medicin Herrn Diesterweg.

Die, mir von Ew. Wohlgeboren im Vereine mit anderen Studirenden der Medicin am 1. d. Mts. übergebene, Vorstellung

bezieht sich, sofern sie Reformen des Promotions- und sonstigen Prüfungs-Wesens beantragt, auf Gegenstände, welche theils mit der allgemeinen Reorganisation der Universitäten, theils mit der Reform der Medicinal-Verfassung dergestalt in einander greifen, dass eine vereinzelte und so rasche Bearbeitung dieser Angelegenheiten, wie sie von Ihnen gewünscht wird, nicht möglich ist. Ich werde jedoch Ihre Wünsche und Gründe in reifliche Erwägung ziehen.

Rücksichtlich des zweiten Theils Ihrer Eingabe, die Wiedereröffnung, resp. neue Einrichtung einiger Kliniken betreffend, bemerke ich, dass die provisorische Verwaltung der Poliklinik in der Ziegelstrasse durch den Professor Dr. Troschel, in Stellvertretung des Geh. Ober-Medicinalraths Dr. Trüstedt, bereits früher verfügt, auch zur Wiederbesetzung der Direction der Kinderklinik in der Charité die nöthige Einleitung getroffen ist, sowie, dass die Abhaltung eines klinischen Unterrichts in der Auskultation und Percussion durch den Dr. Traube zunächst dessen Habilitation als Privatdocent voraussetzt, diese auch nach einer Anzeige der medicinischen Fakultät vom 30. April d. J. schon damals als nahe bevorstehend erwartet wurde, wogegen in Betreff der Trennung der chirurgischen und ophthalmologischen Klinik in der Charité eine Eingabe von anderen Studirenden vorliegt, welche gegen diese Trennung Vorstellung macht. In gleichem Sinne hat sich auch die competente Fakultät geäußert.

So gern ich in Gesuchen, wie das vorliegende ist, den Ausdruck Ihres regen wissenschaftlichen Strebens erkenne, so muss ich gleichwohl, bei allem Danke für Ihr Vertrauen, auf das zurückkommen, was Ihnen bereits unterm 20. April d. J. über den statutenmässigen Weg, den solche Anträge zu nehmen haben, Seitens des Ministeriums eröffnet ist.

Ich überlasse Ihnen, auch den übrigen Unterzeichnern Ihrer Eingabe, sowie Ihren Committenten von dieser meiner Eröffnung Mittheilung zu machen.

Berlin, den 18. September 1848.

Für den Minister etc.

Im Allerhöchsten Auftrage
Ladenberg.

III. G e s u c h der Generalversammlung Berliner Aerzte, die Cumulation der Aemter betreffend.

Die General-Versammlung der Berliner Aerzte hat, in Erwägung, der nach allen Seiten unbefriedigenden Lage, in welcher sich die Medicin in Preussen befindet, beschlossen, diejenigen Gegenstände, deren Erledigung besonders dringend und im administrativen Wege möglich ist, zunächst zu berathen, und ihre Ansichten darüber den betreffenden Behörden vorzulegen. Als einen solchen betrachtet sie vor allen die bestehende Cumulation der Aemter. Die Versammlung verzichtet für jetzt darauf, die Principien, nach denen sie die Besetzung der Aemter überhaupt geregelt zu sehen wünscht, näher darzulegen; sie beschränkt sich darauf, Einem hohen Ministerium diejenigen Cumulationen zu bezeichnen, bei denen die Erfahrung überzeugend gelehrt hat, dass sie Nachtheile mit sich führen, welche mit einer guten Staatseinrichtung unverträglich sind. Es lässt sich nicht länger leugnen, dass die medicinische Wissenschaft bis auf ihre eigentlich theoretischen Theile bei uns mit jedem Jahre hinter den Leistungen in anderen Ländern mehr zurückgeblieben ist, dass namentlich die Verbindung der Physiologie und der Klinik immer loser, und dadurch ein ausreichender und innerlich zusammenhängender Unterricht fast unmöglich geworden ist. Der Grund davon liegt zum grossen Theil in der Belastung der Professoren der Medicin und der Kliniken mit Verwaltungs-Aemtern, eine Verbindung, welche ihnen, zumal wenn dazu noch eine ausgedehnte Praxis kommt, keine Zeit lässt, jede ihrer Aufgaben gleichmässig und vollständig zu erfüllen. In jedem Falle leidet darunter der klinische Unterricht und die Wissenschaft, welche von dem Kliniker vorzugsweise ihre Entwicklung hofft, in vielen Fällen aber gleichzeitig auch das Verwaltungsamt. Wir halten es demnach für dringend nothwendig, dass:

kein ordentlicher Professor der Medicin, kein Kliniker, gleichzeitig ein Verwaltungsamt führe. Nicht minder nachtheilig hat sich durch die Erfahrung die Verleihung von besoldeten Civilämtern und Lehrstellen an active Militairärzte (und umgekehrt) bewiesen, und die neuesten Ereignisse haben es thatsächlich gelehrt, dass solche Verbindungen nur Sinecuren im Frieden schaffen und bei der blossen Gefahr des Krieges freiwillig gelöst werden. Solche Verhältnisse widersprechen den Principien einer wohlgeordneten Verwaltung, da sie nur durch

den persönlichen Ehrgeiz oder die Aussicht auf Gewinn hervorgerufen werden, sie sind nachtheilig, weil sie dem Streben der Besseren das Ziel abschneiden und die Staatsämter in die Hände von solchen geben, denen das Amt nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist. Wir legen daher Einem Hohen Ministerio ganz besonders ans Herz,

Cumulationen von Civil- und Militair-Aemtern in der bezeichneten Art nicht weiter fortbestehen zu lassen.

Berlin, den 14. Juli 1848.

Die General-Versammlung der promovirten praktischen Aerzte.

Dr. Dann, Vorsitzender.

IV. V e r f ü g u n g.

An den praktischen Arzt, Operateur und Geburtshelfer, Herrn Privat-Docenten Dr. Dann, Wohlgeboren, hier.

Die von Ew. Wohlgeboren unterm 14. Juli d. J. eingereichte Vorstellung in Betreff der Cumulation von Aemtern Seitens der Aerzte habe ich empfangen und von derselben mit besonderem Interesse Kenntniss genommen. Ich verkenne die Wichtigkeit des in Anregung gebrachten Gegenstandes nicht und werde denselben nicht nur bei der Reform des Medicinal-Wesens, sondern auch schon früher bei neuen Ernennungen von allen Seiten in reifliche Erwägung nehmen.

Ew. Wohlgeboren stelle ich anheim, Ihren Herrn Commit-
tanten hiervon Mittheilung zu machen.

Berlin, den 11. October 1848.

Für den Minister der etc. Medicinal-Angelegenheiten.

Im Allerhöchsten Auftrage

Ladenberg.

V. V o t u m z u o b i g e m G e s u c h

vom Geheimen Medicinal-Rath Schmidt.

Die Cumulirung der Aemter ist in neuern Zeiten so vielfach Gegenstand der öffentlichen Besprechung geworden, dass sie jedenfalls bei der Reform des Medicinalwesens sorgfältige Beachtung verdient und auch schon jetzt die unmaassgebliche Andeutung einiger Gesichtspunkte, auf

welche es hierbei ankommen dürfte, auch ohne ganz bestimmte Vorschläge gerechtfertigt scheint.

Die sogenannte „General?“-Versammlung der Berliner praktischen Aerzte hat in ihrer Vorstellung vom 14. Juli d. J. zwei Forderungen aufgestellt:

1. dass kein ordentlicher Professor der Medicin, kein Kliniker gleichzeitig ein Verwaltungsamt führe,
2. dass Cumulationen von Civil- und Militair-Aemtern nicht weiter fortbestehen.

Beide Vorschläge dürften wohl zu allgemein und zu unbedingt gefasst sein, indem hienach sogar

ad 1. der Professor der medicina forensis nicht einmal Physikus,

ad 2. der künftig wahrscheinlich nöthige Professor der medicina militaris nicht zugleich activer Militairarzt sein dürfte, vielmehr beide Fächer mit Theoretikern besetzt werden müssten, denen das lebendige Material fehlt, mit dem sie unterrichten können.

Dazu kommt, dass die Forderung ad 2 nicht ganz anständig ist. Nachdem die Professoren Wolff und Boehm ihre militairärztlichen Aemter niedergelegt haben, sind im ganzen preussischen Staate nur drei Männer zu finden, auf welche der Vorschlag Anwendung findet, die Herren Grimm, Eck und Betschler. Es ist die Aufgabe der Zeit, die Scheidewand zwischen Civil- und Militair-Medicinalwesen gründlich fortzubringen. Sie bloss da niederreißen, wo den Civilärzten ein Vorthail daraus erwächst, aber an einem andern Orte neu aufbauen, um sich im Widerspruche mit dem zehnten Gebote, in den mehrjährigen Besitz dieser drei Männer einzudrängen, ist weder nobel, noch consequent. In demselben Jahre, worin die Armee den Civilärzten ihre Regimentsarzt-Posten öffnen will, dürfen die Civilärzte nicht sagen, der Generalstabsarzt Grimm solle aufhören, dirigirender Arzt im Charité-Krankenhaus, und der Generalarzt Eck solle aufhören, Mitglied des Medicinal-Collegiums zu sein. So lange beide Männer gut beziehungsweise mit dem Messer und der Feder arbeiten, kann ein solcher hermetischer Abschluss nicht einmal vor dem Forum der Wissenschaft und der Sitte bestehen, der rechtlichen Natur einer rückwirkenden Forderung nicht zu gedenken.

Von der andern Seite ist es, wenigstens in Rücksicht auf künftige Anstellungen, wohin selbstredend auch commissarische Ernennungen für wechselnde Funktionen gehören, gerecht und billig, mit zwei, drei u. s. w. Aemtern, wo möglich auch zwei, drei u. s. w. Menschen glücklich zu machen, wenn dies ohne Nachtheil für die Sache geschehen kann. Diese Bedingung

scheint aber nöthig. Denn Diejenigen, welche glauben, die Trennung sei unbedingt und immer sachlich besser, als die Vereinigung, sind im Irrthum. Auch darf nicht übersehen werden, dass sich zwei und mehr in einander greifende Aemter besser unter einander vertragen können, als vielleicht nur Ein Amt mit einer grossen Privatpraxis oder gar mit politischen Allotriis, z. B. der täglichen und nächtlichen Sorge für eine einzuführende Republik u. s. w.

Die Cumulirung der Aemter hat daher eine sachliche und persönliche, eine synthetische und analytische Seite, sie ist zum Theil Verfassungs-, zum Theil Verwaltungs-Frage. Alle diese Beziehungen lassen sich aber am einfachsten aus der Betrachtung der Gründe herleiten, weshalb bisher, allerdings ganz vorzugsweise häufig im Medicinal-Departement, zwei und mehrere Aemter verbunden wurden.

Der erste Grund ist das Ersparungssystem. Zunächst die Oekonomie der Zeit. Wenn der Chef des Militair-Medicinalwesens zugleich Mitglied der Medicinal-Abtheilung des Cultus-Ministeriums, der Regierungs-Medicinal-Rath zugleich Mitglied des Medicinal-Collegiums, mancher Hospital-Arzt zugleich Mitglied der Armen-Verwaltung ist, so wird dadurch der Geschäftsgang vereinfacht, ein mündliches Verfahren in vielen Dingen möglich. Viel häufiger aber ist es die Oekonomie des Geldes. So lange der Staat die Medicinalräthe mit 200 Thlr., ja sogar mit 100 Thlr. besoldet, aber doch Männer für die Medicinal-Collegien haben muss, welche Superarbitria machen können, wird er ihnen gestatten müssen, ihren Lebensunterhalt nebenbei auf andere Weise zu verdienen. Jedes Superarbitrium würde dem Staate schweres Geld kosten, wenn er jeden solchen Medicinal-Rath so besolden wollte, dass er von seinem Einen Amte leben kann. Letzterer würde dieses um so weniger verlangen können, als das Aemtchen seine ganze Kraft und Zeit nicht erschöpft. So lange ferner der Staat ordentliche Professoren der Medicin mit 400 Thlr., oder auch gar nicht besoldet, wird er erlauben müssen, dass ein solcher Mann noch etwas anderes dabei sei, indem Nahrungssorgen nicht zur Förderung der Wissenschaft passen. Kann nun ein solcher Gelehrter zufällig auch Superarbitria machen, so setzt der Staat den Medicinal-Rath mit dem Professor an einander, und so entsteht die Cumulatio in partem salarii, das Princip der „Nebenämter.“ Durch dieses Princip ist es gekommen, dass z. B. in Bonn der Professor der Mineralogie wegen seines geringen Gehalts mit seinen vielen Kindern beim „Oberbergrath“, und in Breslau der Professor der Geburtshülfe sogar (freilich weniger passend und ohne inneren Zusammenhang) beim „Regimentsarzt“ in die Kost geht. Der Universi-

täts-Etat duldet das letztgenannte Friedensamt gern neben sich, denn er sparte dadurch 1400 Thlr., ob mit Recht, ist eine andere Frage. Der tüchtige Betschler würde gewiss gern den Regimentsarzt quittiren, wenn man den Professor nach der Wichtigkeit des Amtes besoldete.

Giebt's Krieg, so wird der combinirte Frauen- und Soldatenarzt entweder seine Kreissenden, oder sein Regiment verlassen müssen.

Ein zweiter Grund ist edlerer Natur. Es ist die alte Erfahrung, dass die Wissenschaft nur im Verbande mit dem Leben (wie Göthe sagt) „grün“ bleibt. Der Staat bringe grosse finanzielle Opfer; er lege alle seine synthetischen Beamten in ihre anatomischen Glieder auseinander und besolde dieselben so, dass Jeder von Einem Amte leben kann. Was wird die Folge sein? Wird der abstrakte Medicinalrath dann bessere Gutachten, der Ministerialrath bessere Decrete machen? Gewiss nicht. Die ärztliche Verwaltung wird aufhören, ein Spiegel der ärztlichen Wissenschaft zu sein. Dieselben Leute, welche jetzt über Cumulation der Aemter sich beklagen, werden dann über Grüne-Tisch-Weisheit rufen, die nie ärger gewesen, als seit der neuen Zeit, über das papierne Regiment bürokratischer Theoretiker. Der ehrenwerthe Concipient des vorliegenden Antrags, der jetzt den verwaltlich beamteten Aerzten ihre Kliniken nehmen will, um sie mit seinen „jungen Freunden“ zu besetzen, wird zum zweiten Mal über „Schreibemaschinen“ „schreiben“, und er wird dann mehr Recht haben als damals. Denn das ärztliche Beamtenthum gedeiht nur in Verbindung mit dem Krankenbette. Der Jurist hat sein Gesetzbuch, der Theolog die Schrift; — der Codex des Arztes ist seine veränderliche Wissenschaft, und das Lebenselement der letztern heisst Erfahrung. Es ist ein grosser Irrthum, zu glauben, dass, wenn ein Mann zwei Aemter habe, jedes derselben einen halben, in der geistigen Mitte durchgeschnittenen Menschen bekomme. Die Cumulation kann selbst bei nicht nothwendig in einander greifenden Aemtern eine gegenseitige Erholung und hierdurch wieder ein gegenseitiger Hebel für beide sein. Eine Klinik kann die Nachtheile des Actentisches, das Actenlesen die Beschwerden der klinischen Arbeit wohlthätig ausgleichen. Varietas delectat. Jedenfalls kann die ärztliche Verwaltung nur dann Nutzen stiften, wenn sie im organischen Verbande mit der Wissenschaft bleibt, d. h. wenn beide sich nicht bloss mit einander herumschreiben, sondern persönlich unmerklich in einander übergehen.

Der dritte Grund ist der beste von allen: Die Beamten sind für die Posten, nicht die Posten für die Beamten. Ganz

abgesehen von den Beziehungen der Wissenschaft zur Verwaltung, kann auch jede einzelne für sich durch Cumulation in einander greifender Aemter und einen wohlthätigen Wechsel unter Umständen nicht degradirt, sondern potenziert werden. Wenn daher z. B. in der Wissenschaft Ein Einziger Müller Professor, Examiner, Mitglied der wissenschaftlichen Deputation und Akademiker ist, so ist zwar nicht zu bezweifeln, dass unter den Antragstellern der s. g. Berliner General-Versammlung sich vier Männer finden würden, welche für dieselben Gehälter und Remunerationen dieselben Geschäfte übernehmen würden, ob aber durch Ineinanderschmelzung dieser vier Männer Ein Einziger Müller herauskommen, und die Universität Berlin im 19. Jahrhunderte und in Europa diejenige Stellung für die Umgestaltung aller physiologischen Wissenschaften einnehmen würde, die sie jetzt einnimmt, ist eine andere Frage. Und wenn in der Verwaltung Ein Einziger Esse um zwei grosse Anstalten sich bleibende Verdienste erworben hat, so wird es zwar nie an Zeitungsschreibern fehlen, die ihm dafür den billigen Lohn missgönnen, ob aber eine quantitative Theilung im Interesse der Anstalten eine qualitative Steigerung zur Folge haben, und zwei Männer dasselbe leisten werden, was einer erfahrungsmässig leistet, bleibt Sache des gewagten Versuchs. Der Staat wird das Experiment nicht wagen, so lange er selbst am besten weiss, dass Männer, die einen grossen Wirkungskreis haben, meistens klein angefangen, und eben deshalb „über Vieles gesetzt sind, weil sie über Weniges treu waren.“ Dieses Princip wird von der radicalen Jugend langweilig gefunden. Sie will nichts davon wissen, dass der grosse Physiolog aus der bescheidenen Monographie über das Rückengefäss der Insekten hervorgegangen. Denn sie steht auf dem Boden der Revolution, und deshalb hat sie das Faust- und Fussrecht, in die Aemter hinein zu springen. Das Hineinwachsen war der alte Glaube der verwerflichen Beamtengliederung, die bürokratische Procedur des „untergegangenen Systems.“ Man schaffe daher neue Anstalten, mache sie mit grosser Selbstverleugnung und persönlichem Opfer fertig; — sobald sie fertig sind, werden sich schon junge Leute finden, die den, der im Schweisse des Angesichts gepflanzt hat, zurückschieben und die bequemen Früchte geniessen wollen, weil nicht dieser, sondern sie allein „ohne persönlichen Ehrgeiz und Aussicht auf Gewinn“ arbeiten.

Der Staat wird keine Ursache haben, Männern, die in seinem Dienste gross gezogen sind, so lange sie ihre Schuldigkeit thun, ihre Posten fortzunehmen, weil jugendliche Sprecher der Volksversammlungen am Krankenbette kein Vertrauen haben

und deshalb sprungweise Räthe und Professoren werden wollen. Er wird den ergrauten, aber noch arbeitsfähigen Staatsdiener nicht drücken dürfen, weil der Jüngling es „für die Hälfte“ thun will. Zu einer Posten-Licitation wird er es nicht kommen lassen. Gleichwohl hat alles seine Grenze, gewiss auch das Centralisations-Princip in der Wissenschaft. Die Grenze aber, um welche es sich hier handelt, wird nicht durch den doppelten Machtspruch: kein Kliniker soll zugleich Verwaltungsbeamter, kein Militairarzt soll zugleich Professor sein, sondern vorsichtiger gesucht werden müssen. Denn jene Forderung ist wirklich eine gar zu bequeme Viertheilung der Wissenschaft.

Es wird vielmehr darauf ankommen, wohl zu unterscheiden, welche Aemter in einander greifen, welche nicht, und welche sogar sich gegenseitig hemmen und aufheben, mit anderen Worten:

- I. bei welchen Aemtern die Verbindung nützlich,
- II. bei welchen Aemtern die Verbindung erlaubt,
- III. bei welchen Aemtern die Verbindung geradezu unzulässig ist.

ad I. ist es nicht bloss nützlich, sondern fast nothwendig, dass die Vertreter der einzelnen Fächer in der wissenschaftlichen Deputation vorzugsweise aus den Professoren der Berliner Hochschule gewählt werden, indem der Universitätslehrer die meiste Wahrscheinlichkeit für sich hat, dass er auf der Höhe seiner Wissenschaft stehe. Dass die Professoren allein die Wissenschaft nicht gepachtet haben, versteht sich von selbst; aber soll Herr Jüngken aufhören, Vertreter der Chirurgie und Herr Mitscherlich aufhören, Vertreter der Chemie zu sein, dafür aber ein praktischer Arzt und ein Apotheker eintreten, weil diese keine fixe Besoldung haben, so bleibt es hiebei fraglich, ob die wissenschaftliche Deputation auch ferner als die höchste wissenschaftliche Instanz gelten würde, an welche die richterlichen und verwaltlichen Behörden mit Vertrauen recurriren können. Es würde wenigstens zweifelhaft bleiben, ob die Deputation oder die Fakultät diese höchste Instanz ist. Der Wunsch, einen Mann, der noch kein Fixum hat, durch 300 Thlr. glücklich machen zu wollen, wird daher gegen einen andern Wunsch zurücktreten müssen, dass in dieser Eigenschaft der Ruf dem Amte vorangehen und nicht erst im Amte erworben werden muss. — Eine durchaus ähnliche Bewandniss hat es mit der Vereinigung der Stellung eines dirigirenden Arztes im Charité-Krankenhaus mit der eines klinischen Lehrers. Beide Functionen werden auf den meisten Stationen besser vereinigt als getrennt sein. — Auch würde hier die Allerhöchste Bestimmung ihre Stellung finden, nach welcher (ganz im Wi-

derspruche mit dem vorliegenden Antrage) der dirigirende Arzt in der chirurgischen Abtheilung der Charité ein Militairarzt sein muss, oder wenigstens einen militairärztlichen Charakter erhalten soll. — Wenn endlich künftig möglichst consequent darauf gehalten würde, dass in Universitäts-Städten erledigte Physike an den jedesmaligen Professor der Staatsarzneikunde übergehen, so würde diese Verbindung der Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten für beide Theile wahrscheinlich gleich vortheilhaft sein.

Dagegen ist es ad II. durchaus nicht nöthig, dass z. B. ein klinischer Professor der Geburtshülfe zugleich Hülfсарbeiter in einem Ministerium sei. Darin muss ich dem ehrenwerthen Antrags-Concipienten unbedingt Recht geben. Zwischen diesen beiden Functionen ist eben so wenig ein nothwendiger innerer Zusammenhang, als zwischen einem Prosector und einem Vicepräsidenten eines demokratischen Klubbs. Es kann sich daher hier der Gebäranstalt gegenüber nur um die Frage handeln, ob es für die Gebärenden und Studirenden besser sei, den klinischen Lehrer, so oft eine Geburt eintritt, sicher an seinem Schreibtische zu finden, oder ihn eben so sicher nicht zu finden, weil er, wenn ihm jenes Referat entzogen würde, der Privat-Praxis nachfahren müsste; — dem Referat gegenüber kann es sich dagegen nur um die Frage handeln, ob dasselbe um deswillen leidet, weil Referent nicht den ganzen Tag am Schreibtische, sondern abwechselnd auch am Kreissebette sitzt. Vernachlässigt ein solcher combinirter Beamter seine Gebärenden oder sein Referat, so ist es gerecht und billig, dass er eines von beiden, event. beide abgebe, und der Staat den Versuch mache, mit einem „practischen Arzte“ ein besseres Resultat zu erzielen. Die blossе Behauptung eines (ungeachtet seiner viel grösseren Einnahme nun auch noch) nach dem Fixum seines Collegен trachtenden Arztes, das Herumfahren durch die grosse Stadt vertrage sich besser mit den Zufälligkeiten des Kreissebettes als ein benachbarter Schreibtisch, berührt das Staatsinteresse gar nicht, so lange diese Behauptung weder wissenschaftlich, noch verwaltlich durch Thatсachen begründet wird, vielmehr in sich absurd ist. Gleichwohl bleibt es wahr, dass beide Aemter keine nothwendig in einander greifende sind. — Auch die Direction eines entomologischen Museums greift nicht nothwendig mit dem Amte eines vortragenden Rathes ineinander, aber beide Aemter — vertragen sich. Es giebt aber auch ad III. Aemter, die sich nicht vertragen, Verbindungen, die schon im Princip missbilligt werden müssen. Dahin gehören alle diejenigen Verbindungen, wo jemand Aufseher oder Richter seiner selbst ist, sei es als al-

leinstehende Behörde, sei es als Mitglied eines Collegiums mit decisivem Votum. Dass ein Physikus (in Coblenz) zugleich ordentliches Mitglied des Medicinal-Collegiums ist, lässt sich nicht vertheidigen, und vielleicht wird der Physikus auch nicht Impfarzt sein dürfen, wenigstens so lange nicht, als er seine Impflisten selber revidiren muss. Hier würden auch Aemter, die an zwei verschiedenen Orten liegen, ferner die Frage ihren Platz finden, welche militairärztlichen Stellen mit Civilarztposten unbedingt unvereinbar sind, wobei die Classification der Militairärzte in solche, welche (eventuell beweglichen) Truppentheilen (z. B. „Regiments“-Aerzte) und solche, welche (unbeweglichen) Garnisonen und Anstalten (General-Stabsarzt, „Garnison“-Stabsärzte, Kadettenhausärzte?? u. s. w.) angehören, vielleicht als Anhaltspunkt dienen könnte. Die Normalbestimmung aller Militair-Aerzte für den Krieg und die besondere Möglichkeit des letzteren in unseren Tagen wird eine häufige Combination von Militair- und Civil-Aemtern factisch nicht besorgen lassen, eben deshalb aber dürfte es auch nicht nöthig sein, das Princip so engherzig zu formuliren, wie dies von der General-Versammlung beantragt ist. „Kein Militairarzt soll ein Civilamt haben.“ Die Wissenschaft stand nie in grösserem Ansehen, als in jenen Tagen, wo es sich von selbst verstand, dass ein von Graefe und Rust zugleich General-Stabsarzt der Preussischen, und der Göttinger Langenbeck General-Stabsarzt der Hannöverschen Armee sein müsse.

Nur der Gesichtspunkt, ad III. dürfte allgemeine Verfassungsfrage sein. Ueber I. und II. möchte sich gesetzlich nichts Specielles bestimmen lassen. Es würde dies mehr Verwaltungs-Frage in jedem Specialfalle unter Berücksichtigung aller concreten, sowohl Personal- als Localverhältnisse bleiben müssen. Wie überhaupt bei allen Personalien, zumal im Verwaltungsfache, dem Gewissen des Departements-Chefs und seiner Räthe eine gewisse Latitüde zugelassen werden muss, so wird es auch hier fast unmöglich sein, für alle Fälle ganz bestimmte Normen durch das Gesetz aufzustellen; indem, ob ein Mann zwei und mehr Aemter verwalten kann, nicht bloss von der Grösse des Amtes, sondern auch von dem Grade der Arbeitsfähigkeit der Person abhängt, folglich zu erwägen bleibt, ob an einem bestimmten Concurrenten jeder Zoll ein Mann, oder an dem ganzen Manne kein Zoll ist. Doch wird auch die Gesetzgebung von der Frage der Vereinbarkeit der Aemter mehrfach berührt werden, am nachdrücklichsten vielleicht bei der Reorganisation des medicinischen Unterrichts- und Prüfungswesens.

Die Frage, ob der Lehrer zugleich Examiner
 ad I. sein müsse, oder
 ad II. sein dürfe, oder
 ad III. nicht sein dürfe,
 ist eine wichtige Principienfrage, welche gewiss zwei Seiten
 hat. Vom theoretischen Standpunkte findet auch hier der
 Grundsatz Anwendung, dass Niemand Richter in eigener Sache
 sein könne; — der practische Standpunkt lehrt vielleicht an-
 ders. Letzterer greift wieder mit dem Promotionswesen, mit
 der Frage des Central-Cursus u. s. w. in einander. Eine
 gänzliche Trennung des Prüfungspersonals vom Lehrpersonal
 würde wahrscheinlich das academische Studium sehr beein-
 trächtigen und den Dressir-Anstalten die weiteste Thür öffnen,
 die Lehrer würden aufhören zu lernen, wo es bei der acade-
 mischen Jugend vorzugsweise fehlt. Die Anstellung von Uni-
 versitätslehrern als Examinatoren ist vielleicht das einzig noch
 übrige Gegenmittel gegen den Missbrauch der academischen
 Freiheit. Gleichwohl ist sie vielleicht nichts mehr, als ein
 nothwendiges Uebel. Die meisten Staaten sind zu dem Mit-
 telwege gekommen, ihre Prüfungsbehörden aus Lehrern und
 Nichtlehrern zusammen zu setzen. — So lange es aber eine
 Facultäts- und Staats-Prüfung giebt, wird es nöthig sein, den
 §. 4 des Prüfungs-Reglements nicht ganz zu vergessen, und
 so lange man dem Prüfungswesen einen rückwirkenden Ein-
 fluss auf das Unterrichtswesen zuschreibt, wird es nicht als
 nützlich betrachtet werden können, auf der einen Seite eine
 Cumulation in der Cumulation eintreten zu lassen, d. h. den-
 selben Examiner in die Facultäts- und Staats-Prüfung zu
 setzen, den zweiten ordentlichen Professor desselben Fachs
 aber in keine von beiden. Hier würde also das neue Prü-
 fungs-Reglement mit grosser Bestimmtheit sagen müssen, wie
 es sein soll.

Schmidt. 27. September 48.

VI. Gesuch

*des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen um Zurücknahme
 der den Homöopathen ertheilten Befugniss des Selbstdispensirens.*

Hohes Ministerium!

Bekanntlich wurde den homöopathischen Aerzten — und
 sogar Nicht-Aerzten — das Selbstdispensiren durch Königliche
 Kabinets - Ordre frei gegeben. Den beschränkenden Bedin-

gungen war ohne erhebliche geistige Anstrengung so leicht zu genügen, dass so ziemlich alle zu dieser Farbe zählenden Curirer sich zur Zeit im Besitze dieses Vorrechtes befinden, und weidlich Gebrauch davon machen.

Die Motive dieser Ausnahme - Maassregel wurden nicht veröffentlicht.

Der Verein der Aerzte der Provinz Westphalen, als er auf dem zu Münster am 26. Juli abgehaltenen Congresse über die Mittel zur Verbesserung der gedrückten Lage des ärztlichen Standes gemeinschaftliche Berathung hielt, nahm auch diesen Punkt in Erwägung. Die gepflogene ausführliche Debatte führte zu dem einmüthigen Beschlusse:

„Ein Hohes Ministerium zu bitten, die Rücknahme dieser Maassregel schleunigst, und ohne die definitive Feststellung der künftigen Verfassung des Sanitätswesens abzuwarten, erwirken zu wollen.“

Abgesehen von den vielfältigen und allbekannten Vertheidigungs-Gründen der Homöopathen und ihrer Widerlegung von Seiten des ärztlichen Standes, fasste die Versammlung hauptsächlich nur ins Auge:

dass das Selbstdispensiren der Homöopathen ein Vorrecht sei, dessen sich die Aerzte, denen das Selbstdispensiren nicht gestattet, nicht erfreuten. Wo aber ein Vorrecht sei, da sei auch ein Nach-Schaden. Bevorrechtete Homöopathen und beschädigte Aerzte ständen im geraden Verhältnisse von plus und minus. Qua Vorrecht sei das Selbstdispensiren der Homöopathen durch Königliches Wort bereits gestürzt; der Sturz bedürfe nur legalen Anerkennnisses.

Wenn aber die grosse Benachtheiligung des ärztlichen Standes durch jenes Vorrecht so augenfällig auf der Hand liegt, dass es ausführlicherer Nachweisung der Kränkung nicht bedarf, — wenn jenes Vorrecht nach Maassgabe der Königlichen Versprechungen bereits politisch todt ist, — so liegen andererseits auch keine höhere, das Interesse des Publikums berührende Rücksichten und Gründe vor, die seinen Fortbestand irgend zu rechtfertigen im Stande wären. Es ist gar nicht abzusehen, was irgend das Publikum für einen Vortheil daraus erfährt, ob es die Pülverchen direkt vom Homöopathen oder aus der Officin bezieht?

Wohl aber erfährt es erhebliche Nachtheile daraus, indem gewöhnlich ein doppeltes und dreifaches Arztlohn unter dem nichts kostenden Nichts cachirt wird. Was sich irgend zu Gunsten des Selbstdispensirens — ausser der chimairischen Befürchtung von absichtswidrigen Vermischungs-Processen der ins Unendliche theilbar gewählten Arznei-Körper — vorbrin-

gen lässt, das findet eben so wohl gerechte Anwendung auf das Selbstdispensiren der Aerzte. Höhere Rücksichten verdammen aber, wie das eine, so das andere. Nur der Homöopath zieht Vortheil aus seinem Vorrechte, alle Welt, besonders Aerzte und Apotheker, erfahren Schaden, den grössten Schaden daraus.

Diese Rücksichten erscheinen schlagend und bestimmend, wenn man auch der Homöopathie überhaupt als Heil-Methode Geltung zugestehen wollte. Der Nachtheil verdoppelt und verdreifacht sich aber, da man dies nicht kann. Hierauf ausführlicher einzugehen, scheint indess wohl nicht thunlich. Dieser ärztliche Principien-Krieg ist viel zu weitläufig und kann einsichtlich nur auf dem Felde der Wissenschaft seine Erledigung finden.

Zur vollen Begründung oben gestellter ehrfurchtsvollen Bitte erscheint jener Nachweis vollkommen ausreichend, dass das Selbstdispensiren der Homöopathen ein den ärztlichen Stand schwer kränkendes Vorrecht ist, das in höheren Rücksichten auf Allgemein-Wohl keine Rechtfertigung finden kann.

In der Erwartung, gerechtes Gehör zu finden, entledigen wir uns hierdurch gehorsamst des von dem Verein uns gewordenen Auftrages.

Hamm und Münster, den 20. August 1848.

Der Vorstand des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen.

Fr. Brefeld und noch drei Unterschriften.

VII. Verfügung.

An den Vorstand des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen, zu Händen: Sr. Wohlgeboren des Königl. Sanitätsraths Herrn Dr. Brefeld zu Hamm.

Dem Vorstand u. s. w. eröffne ich auf die Vorstellung vom 20. August d. Js., dass die gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Befugniss der Aerzte zum Selbstdispensiren homöopathischer Arzneimittel bei der bevorstehenden Reform des Medicinal - Wesens einer sorgfältigen Erwägung unterliegen sollen, eine vereinzelte Behandlung dieser Angelegenheit aber nicht rathsam erscheint.

Ueber die anderweite Eingabe des Vereines der Aerzte in der Provinz Westphalen in Betreff der Einberufung eines medicinischen Congresses behalte ich mir den weiteren Be-

scheid bis nach Beendigung der eingeleiteten Communication mit dem Herrn Finanz-Minister vor. *)

Berlin, den 3. October 1848.

Für den Minister der etc. Medicinal-Angelegenheiten.

Im Allerhöchsten Auftrage

Ladenberg.

VIII. Gesuch

der Berliner General - Versammlung, denselben Gegenstand betreffend.

Hohes Ministerium!

Die unterzeichnete General - Versammlung der Berliner Aerzte und Wundärzte erlaubt sich, an Ein Hohes Ministerium das ergebenste Gesuch zu richten, die Kabinets - Ordre vom 11. Juli 1843, betreffend das Selbstdispensiren der nach homöopathischen Grundsätzen bereiteten Arzneimittel, aufzuheben und an die Stelle derselben den frühern Zustand wieder herzustellen, wie er namentlich durch die Rescripte Eines Hohen Ministeriums vom 31. März 1832 und vom 9. März 1833 maassgebend war.

Die Begründung der hier ergebenst beantragten Aufhebung jener Kabinets - Ordre glaubt die General - Versammlung der Berliner Aerzte und Wundärzte darin zu finden, dass die Befugniss zum Selbstdispensiren bloss den homöopathischen Aerzten gegeben wurde, so dass das Verbot des Selbstdispensirens sämtliche allopathische Aerzte trifft, und somit erstere gegen letztere dadurch in einer gleichsam privilegierten Stellung sich befinden. Ausser dieser Rechtsverletzung erlaubt sich die genannte General - Versammlung, auch noch auf die Missbräuche aufmerksam zu machen, zu welchen die den Homöopathen einseitig ertheilte Befugniss zum Selbstdispensiren bisher in mehrfacher Beziehung Anlass gab, wie dieses namentlich in einer Denkschrift des ärztlichen Vereins zu Ravensberg klar nachgewiesen wurde.

Aus diesen Gründen beschloss daher die General - Versammlung der Berliner Aerzte und Wundärzte, den dringlichen Antrag an Ein Hohes Ministerium zu richten:

*) Diese anderweite Eingabe ist in dem ersten Hefte (Seite 61) mitgetheilt, weshalb auch die obige Verfügung dort bereits abgedruckt worden. (S. 65.)

„die Aufhebung der Kabinets-Ordre vom 11. Juli 1843
 „schleunigst veranlassen zu wollen.“

Berlin, den 5. September 1848.

**Die General-Versammlung der Berliner Aerzte
 und Wundärzte.**

Dann, Vorsitzender.

IX. Verfügung.

*An den Privat-Docenten, practischen Arzt, Operateur und Ge-
 burtshelfer Herrn Dr. Dann Wohlgeboren hier.*

Ew. Wohlgeboren eröffne ich auf die Vorstellung vom 5. September d. J., dass die gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Befugniss der Aerzte zum Selbstdispensiren homöopathischer Arzneimittel bei der bevorstehenden Reform des Medicinal-Wesens einer sorgfältigen Erwägung unterliegen sollen, eine vereinzelte Behandlung dieser Angelegenheit aber nicht rathsam erscheint.

Berlin, den 3. October 1848.

Für den Minister der etc. Medicinal-Angelegenheiten.

Im Allerhöchsten Auftrage
 Ladenberg.

X. Gesuch

der Berliner General-Versammlung.

An Ein Königliches Hohes Ministerium der geistlichen-,
 Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten richten wir nach-
 stehendes Gesuch.

Die General-Versammlung der Berliner Aerzte und Wund-
 ärzte hat sich in der Sitzung vom 25. vorigen Monats im Prin-
 cip für die Nothwendigkeit ausgesprochen,
 die Heilanstalten sämmtlichen Aerzten möglichst zu-
 gänglich zu machen.

Wir stellen an das Königliche Hohe Ministerium das Gesuch:

- 1) die Berechtigung für die Aerzte auszusprechen, den
 ärztlichen Visiten und Sectionen in den Heilanstalten bei-
 wohnen zu können, und anzuordnen, dass, damit diese
 Berechtigung nicht illusorisch werde, eine bestimmte
 Tageszeit für Visiten und Sectionen einzuhalten sei.

2) die Verpflichtung für die Angestellten auszusprechen, in bestimmten Zeitabschnitten ausführliche Berichte zu veröffentlichen.

Berlin, den 3. September 1848.

Die General-Versammlung der Berliner Aerzte und Wundärzte.

Dann, Vorsitzender.

XI. Verfügung.

An den practischen Arzt Dr. Dann Wohlgeboren hier.

Ew. Wohlgeboren haben als Vorsitzender einer General-Versammlung Berliner Aerzte und Wundärzte unterm 3. September d. J. den Antrag gestellt:

- 1) die Berechtigung für die Aerzte auszusprechen, den ärztlichen Visiten und Sectionen in den Heilanstalten beiwohnen zu können, und anzuordnen, dass, damit diese Berechtigung nicht illusorisch werde, eine bestimmte Tageszeit für Visiten und Sectionen einzuhalten sei,
- 2) die Verpflichtung für die Angestellten auszusprechen, in bestimmten Zeitabschnitten ausführliche Berichte zu veröffentlichen.

Den Antrag zu 1. habe ich in Betreff der hieselbst befindlichen Heilanstalten der Charité und der Diakonissenanstalt Bethanien, welche zur Zeit allein zu meinem Ressort gehören, einer sorgfältigen Prüfung unterworfen, demgemäss aber zur Genehmigung nicht geeignet finden können. Die gewünschte Berechtigung aller Aerzte, oder auch nur der hier ansässigen, lässt sich nämlich weder mit der unerlässlichen Forderung einer geordneten Administration der Heilanstalten, noch mit der nothwendigen Rücksicht auf die Kranken vereinigen, würde vielmehr in beiden Beziehungen nur störend einwirken und die Stellung des behandelnden Arztes ohne Aussicht auf entsprechenden Nutzen für die Kranken oder für die Wissenschaft erschweren. Ich muss es daher nach reiflicher Erwägung aller Verhältnisse bei der bestehenden Einrichtung belassen, wonach hiesige oder auswärtige Aerzte, welche den ärztlichen Visiten in den gedachten Heil-Anstalten beizuwohnen wünschen, bei dem dirigirenden Arzt die Genehmigung hiezu nachzusuchen haben. Diese ist ihnen seither ohne dringende Gründe niemals verweigert worden. In Betreff der Sectionen bleibt den Aerzten überlassen, sich an den Prosector der Charité zu wenden.

Was den Antrag zu 2. anbetrifft, so verkenne ich nicht, dass die periodische Veröffentlichung ausführlicher Berichte über die Erfahrungen in den öffentlichen Heil-Anstalten im Interesse der Wissenschaft und der Praxis sehr wünschenswerth sind. Der wissenschaftliche Werth solcher Berichte ist aber wesentlich dadurch bedingt, dass sie das Product einer freien Thätigkeit und Neigung der Verfasser sind. Ich kann es daher nicht für zweckmässig erachten, dieserhalb den Aerzten in der Charité eine bindende Verpflichtung aufzulegen. Dagegen habe ich eine nähere Erwägung darüber veranlasst, ob und in welcher Weise sich die schon in dem Regulativ für das Curatorium der Krankenhaus-Angelegenheiten vom 7. September 1830 in Aussicht genommene Herausgabe von Annalen des Charité-Krankenhauses verwirklichen lasse. Ich hoffe im Vertrauen auf den Eifer und den wissenschaftlichen Sinn der dirigirenden Aerzte in der Charité, dass dies nicht ohne Erfolg bleiben wird und werde gern bereit sein, das Unternehmen auf jede irgend zulässige Weise zu fördern.

Ew. Wohlgeboren stelle ich anheim, hievon die von Ihnen vertretene General-Versammlung Berliner Aerzte und Wundärzte in Kenntniss zu setzen.

Berlin, den 6. December 1848.

Der Minister etc.

Ladenberg.

Zur erläuternden Ergänzung des ersten Theils dieser Verfügung dienen folgende Actenstücke:

XII. Verfügung.

An die Königliche Charité-Direction, hierselbst.

Die General-Versammlung der hiesigen Aerzte und Wundärzte hat bei mir darauf angetragen:

„die Berechtigung der Aerzte auszusprechen, den

„ärztlichen Visiten und Sectionen in den Heilanstalten

„beiwohnen zu können, und anzuordnen, dass, damit

„diese Berechtigung nicht illusorisch werde, eine be-

„stimmte Tageszeit für Visiten und Sectionen einzu-

„halten sei.“

Ich veranlasse die Charité-Direction, über denjenigen Theil des Gesuches, der sich auf die ärztlichen Visiten bezieht, die gutachtliche Aeussderung der dirigirenden Aerzte der Charité, über den anderen Theil aber, die Sectionen betreffend, das

Gutachten des Prosectors einzuholen und diese Aeusserungen baldigst einzureichen.

Berlin, den 3. October 1848.

Für den Minister der etc. Medicinal-Angelegenheiten.

Im Allerhöchsten Auftrage
Ladenberg.

Von den hierauf eingegangenen gutachtlichen Aeusserungen der Charité-Direction, des Prosectors Herrn Dr. Virchow, des dirigirenden Arztes Hrn. Geheimenrath Dr. Schmidt, des — — — Herrn Dr. Münter, des — — — Herrn Dr. Ideler, des — — — Hrn. Geheimenrath Dr. Jüngken, des — — — Hrn. Geheimenrath Dr. Wolff, des — — — Hrn. Generalstabsarzt Dr. Grimm, des — — — Hrn. Medicinalrath Dr. Quincke, des — — — Herrn Dr. Erbkam und des Referenten im Ministerium Hrn. Geheimen Ober-Medicinalrath Dr. Barez theilen wir, als die interessantesten, die nachstehenden mit:

XIII. Gutachten.

Das Recht der Aerzte, als der Sachverständigen der öffentlichen Gesundheits-Pflege, die öffentlichen Kranken und die damit verbundenen Anstalten zu besuchen und den amtlichen Handlungen der dabei angestellten Personen beiwohnen zu können, kann im Allgemeinen wohl nicht in Abrede gestellt werden, da es im Interesse der Gesammtheit liegt, dass diejenigen, welchen die Pflege der Gesundheit obliegt, so viel als möglich an den Erfahrungen, welche die Medicin täglich macht, unmittelbaren Antheil nehmen. Was speciell die Autopsie betrifft, so liegt der Nutzen der Oeffentlichkeit derselben nach den Beispielen von Frankreich und Oesterreich so klar vor, dass darüber nicht weiter gerechnet werden kann. Insbesondere ist es gewiss sehr zweckmässig, auf diese Weise eine öffentliche Controlle der einzelnen Angestellten zu erlangen, welche um so mehr Bedürfniss ist, als jede private und specielle Controlle auf den gehässigen Weg der Conduiten-Listen zurückführen wird. Ein Nachtheil ist davon nicht zu erwarten, da immer nur eine passive Assistenz beansprucht werden kann, und die Zahl der Theilnehmer nie so gross sein wird, dass dadurch Schwierigkeiten irgend welcher Art herbeigeführt werden könnten.

Aus diesen Gründen ist bisher auch in unserm Leichenhause den Aerzten kein Hinderniss in Beziehung auf ihre Anwesenheit bei den Sectionen in den Weg gelegt worden; Alle, welche den Wunsch aussprachen, und es sind nicht wenige gewesen, haben kürzere oder längere Zeit, nach ihrem Gutbefinden, an der Autopsie Theil zu nehmen Gelegenheit gehabt, und es hat sich kein Nachtheil davon gezeigt. Es ist aber jedenfalls wünschenswerth, den Aerzten ein Recht auf die Theilnahme zu gewährleisten und es nicht dem Gutdünken Einzelner zu überlassen, ihnen die Erlaubniss zu gewähren.

Wenn ferner die Generalversammlung der Berliner Aerzte und Wundärzte den Wunsch ausgesprochen hat, dass bei den Sectionen eine bestimmte Zeit eingehalten werden möchte, damit die Berechtigung der Theilnahme nicht illusorisch werden möchte, so ist dies allerdings gerechtfertigt, da kein beschäftigter praktischer Arzt Zeit hat, Stunden lang zwischen den einzelnen Sectionen zu warten. Es ist aber andererseits unmöglich, unter den bestehenden Verhältnissen der Anstalt eine Fixirung der Sectionen auf bestimmte Stunden anzuordnen.

Bisher war es nämlich Gebrauch, dass die besoldeten Aerzte (klinische Lehrer, Dirigirende und Stabsärzte) die Zeit, wo sie die Sectionen der von ihnen bei Lebzeiten Behandelten ausgeführt zu sehen wünschten, dem Prosector mittheilten. Diese Zeit war natürlich nach den einzelnen Abtheilungen sehr verschieden, da die Zahl der Kranken, die den einzelnen Aerzten zufallen, so ausserordentlich verschieden ist, also auch die Beschäftigung der einzelnen Aerzte die grössten zeitlichen Unterschiede darbietet. Ja, es war sogar nicht immer möglich, die einmal angesetzte Zeit genau einzuhalten, da natürlich das Bedürfniss der Kranken immer vorgeht, und die Aerzte bei den Krankenbesuchen nicht selten länger aufgehalten werden mussten, als sie vorher geglaubt hatten.

Es wird daher auch wohl nicht eher möglich sein, die Zeit der Sectionen in engere Grenzen festzusetzen, als bis die bestehenden Verhältnisse geändert, namentlich die Krankenabtheilungen verkleinert und die Zahl der Aerzte vergrössert sein wird. Von Seiten des Prosectors ist für eine sofortige Fixirung der Sectionszeit nicht das Geringste einzuwenden, allein diese Frage kann vorläufig nur von den behandelnden Aerzten entschieden werden, da dem Prosector keinerlei Art von Selbstständigkeit in dieser Beziehung beigelegt ist, sondern er nur den ausführenden Diener der behandelnden Aerzte darstellt.

Berlin, Charité den 13. October 1848.

Dr. Virchow, Prosector.

XIV. Gutachten.

Ich möchte glauben, dass die sogenannte „General“-Versammlung der Aerzte diejenige Abtheilung, welche mir anvertraut ist, nicht mitgemeint hat

1) weil es ausserhalb der Grenzen der Möglichkeit liegt, Geburten zu einer bestimmten Stunde vorzunehmen, Wochenvisiten aber ohne männliches Interesse sind;

2) weil die „Autopsie“ in der Geburtshülfe wehe thut, indem des Geburtshelfers Auge auf der Fingerspitze sitzt. Da könnten nun 400 „berechtigte“ Fingerspitzen noch lästiger werden als 800 berechtigte Augen.

Uebrigens glaube ich, dass unter allen Beamten niemand mit bequemerer Resignation sich der „öffentlichen Controlle“ unterwerfen kann, als

1) der Herr Prosector und

2) der dirigirende Arzt der Gebär-Anstalt. (Jener, weil es keine Kunst ist, vom Rathhause gehend, klüger zu sein, als hinaufgehend, und weil man einem diagnostischen Irrthum nicht sicherer entgehen kann, als wenn man der betheiligten Person den (todten) Leib aufschneidet; dieser, weil die Controlle bald aufhören wird, zu kommen. Auch bisher ist jedem praktischen Arzte, der es gewünscht hat, der Zutritt zu den Geburten bereitwillig gestattet. Einer (Dr. B. . . ., in der Nähe der Charité wohnend) hat $\frac{1}{2}$ Jahr Stich gehalten, ein anderer einen ganzen Monat, und ein dritter sogar einen ganzen Tag!

Schmidt. Den 24. Octbr.

XV. Gutachten.

Ich bin der Meinung, dass eine allgemeine Berechtigung der Aerzte und Wundärzte Berlins zur Theilnahme an den Krankenbesuchen und Leichenöffnungen in der Charité ebenso wenig zulässig ist, als in anderen Staaten, deutschen wie anderen, wo, wie z. B. in Wien, München und Paris, der Besuch der Krankenanstalten Seitens praktischer Aerzte abhängig gemacht ist von der Erlaubniss des behandelnden Hospital-Arztes. Offenbar liegt dieser Einrichtung nur die Absicht zum Grunde, die Kranken vor den Besuchen zu Vieler und Unberechtigter zu schützen. Denn, welcher Arzt der Charité wäre wohl im Stande, sofern der Besuch der Anstalt den Aerzten allgemein und unbedingt gestattet wäre, zu beurtheilen, ob sämmtliche Besucher wirklich approbirte Aerzte sind, da bei der grossen Zahl derselben nicht

die Kenntniss ihrer Personen vorausgesetzt werden kann. Ich wenigstens bekenne, dass ich sehr viele der Herren Collegen in Berlin nicht kenne. Da ferner angenommen werden kann, dass der Besuch der Charité durch praktische Aerzte sich nicht auf blosses Sehen und Hören beschränken würde, da vielmehr, wie dies begreiflich ist, die Untersuchung des Pulses, der Brust u. s. w. zur genauern Beurtheilung des Falles Statt finden dürfte, so würden hieraus Belästigungen der Kranken, die ohnedies durch den klinischen Unterricht und die Staatsprüfungen mitunter mehr als zur Genüge in Anspruch genommen werden, erwachsen, die von ihrer Seite, besonders von Seite der zahlenden Kranken, zu vielfachen Beschwerden Veranlassung geben würden. Deshalb bin ich der Ansicht, dass es im Interesse der Kranken bei der bisherigen Einrichtung sein Bewenden haben möge, derzufolge ein approbirter Arzt, der kürzere oder längere Zeit den Besuch einer Abtheilung wünscht, diesen Wunsch dem dirigirenden Arzte auszusprechen und seine Erlaubniss einzuholen habe. Hierdurch allein ist es möglich, die Zahl der Besuchenden in einer dem Interesse der Kranken angemessenen Weise zu beschränken, auch zu verhüten, dass nicht eine oberflächliche und mangelhafte Beobachtung der Krankheitsfälle zu schiefen Beurtheilungen, welche jetzt wohl zunächst den Weg der Oeffentlichkeit gehen würden, führen. Ein solches Verfahren hat aber auch bisher stattgefunden, und ich bin dem Wunsche von Aerzten, für längere Zeit den Visiten zu folgen, stets entgegen gekommen.

In Betreff der Leichenöffnungen und einer Festsetzung der Zeit, zu welcher sie stattfinden sollen, ist zu bemerken, dass die mehrsten interessante klinische Fälle betreffen, daher zum Nutzen der Clinicisten in deren Gegenwart gemacht werden, deshalb aber auch am Schlusse der Lehrstunde, der bei der sehr wechselnden Zahl und der verschiedenen Bedeutung der Fälle nicht immer genau zur bestimmten Zeit erfolgen kann, vorgenommen werden müssen. Die der Klinik nicht angehörigen Todesfälle, bei welchen der dirigirende Arzt der Section beizuwohnen in seinem Interesse findet, werden am Schlusse des Krankenbesuches vorgenommen. Begreiflich kann hier auch nicht eine bestimmte Zeit festgesetzt werden, da die wechselnde Zahl der Kranken, die Bedeutung neuaufgenommener Patienten u. s. w. dem Aufenthalte des Arztes auf seiner Abtheilung eine verschiedene Dauer geben. Endlich kann aber auch nicht von den Aerzten der Anstalt verlangt werden, dass sie, damit dem Interesse der praktischen Aerzte Berlins genügt werde, zu einer vielleicht später anzusetzenden Zeit den für die mehrsten derselben weiten Weg nach der Charité zum zweiten Male machen.

Dasselbe gilt für die nicht geringe Zahl der bei den Staatsprüfungen vorkommenden Leichenöffnungen. Auch sie werden, wie es die sehr verschiedene Dauer der Prüfungen bedingt, zu unbestimmten Zeiten verrichtet.

Selbst für den Anfang der Krankenbesuche lässt sich, wie dies in dem Antrage der Generalversammlung der Aerzte und Wundärzte gefordert wird, keine Zeit pünktlich feststellen, da praktische Aerzte, und solche sind doch die dirigirenden Aerzte auch, nicht selten unerwartet abgerufen und in Anspruch genommen, dadurch aber verhindert werden, die von ihnen für den Anfang des Krankenbesuches in der Charité festgesetzte Zeit pünktlich einzuhalten. Dass bei dem eifrigsten Bestreben, den Dienst im Krankenhause möglichst zur bestimmten Zeit anzufangen, diese nicht immer statthaft ist, muss ich, aus dem oben angegebenen Grunde, aus eigener Erfahrung bestätigen, und doch würde dies unfehlbar, wenn die beantragte Feststellung beliebt würde, zu Beschwerden Veranlassung geben, die zwar zu erledigen, aber, was schon unangenehm genug wäre, nicht zu verhüten wären.

Den 28. October 1848.

Wolff.

XVI. Gutachten.

Legi und bemerke, dass die von der Charité-Direction und den dirigirenden Aerzten der Charité vorgetragenen Gründe gegen das Ansinnen der Generalversammlung der Aerzte vollkommen schlagend sind und die Zurückweisung des Antrags hinreichend motiviren. Es versteht sich von selbst, dass der Besuch fremder Aerzte höchstens nur auf der Abtheilung der innern und äussern Kranken und der Kinder möglicherweise gestattet werden könnte. Aber auch für diese Abtheilung würde diese Einrichtung Nachtheile herbeiführen (und zwar noch grössere für die Kranken oder für die Administration der Anstalt), welche die ersteren unbedingt verbieten. Der ganze Antrag beweist nur die gänzliche Unbekanntschaft der Antragsteller mit den Verhältnissen eines grossen Krankenhauses. Der Zutritt zu den Leichenöffnungen würde allenfalls gestattet werden können, wenn die Feststellung bestimmter Stunden ausführbar wäre, was jedoch aus den von Herrn etc. Wolff angeführten Gründen nicht möglich ist.

Den 26. November 1848.

Barez.

XVII. G e s u c h

des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen, die Anstellungen im Civile betreffend.

Hohes Ministerium!

Der Verein der Aerzte der Provinz Westphalen hat in seiner zu Hamm am 14. September a. c. stattgefundenen Versammlung beschlossen, an das Hohe Kriegs-Ministerium eine Petition zu richten, dahin zielend: die Scheidewand zwischen dem civil- und militair-ärztlichen Stande in Wirklichkeit zu beseitigen.

Eine Abschrift dieser Petition beehren wir uns Einem Hohen Ministerio ehrfurchtsvoll zu überreichen, dem die Interessen des ärztlichen Standes vorzugsweise anvertraut sind, in der Hoffnung, dass Ein Hohes Ministerium zur möglichst baldigen Verwirklichung ihres Inhalts durch seinen kräftigen Beistand mitwirken wolle.

Der unterzeichnete Vorstand hat nun aber, nach Beschluss der Versammlung und in deren Auftrage, an Ein Hohes Ministerium noch die besondere Bitte zu richten:

dass auch in Bezug auf das Civil-Sanitätswesen die Grundsätze mögen festgestellt und zu Jedermanns Kenntniss veröffentlicht werden, nach welchen für die Folge bei Anstellungen und Beförderungen solle verfahren werden.

Es wurde bei der Discussion hervorgehoben, dass in dieser Beziehung nirgends bestimmte Grundsätze, Jedermanns Berufung zugänglich, festständen. Bishero habe vielmehr blosse Willkühr geherrscht, wenn man auch gerne anerkennen wolle, dass in der Anwendung und Ausführung sittliche Normen maassgebend gewesen seien. Die Vorschläge der Regierungs-Präsidenten und Ober-Präsidenten seien durchweg bestimmend gewesen. Subjective Maassstäbe seien aber durchaus verwerflich, es bedürfe auch hier objectiver Garantien. Am wenigsten aber könne ein subjectiver Laien-Maassstab genügen. Aertzlicher Werth und ärztliches Verdienst seien so specifischer, so partikularer Natur, dass ein Laie nimmer darüber entscheiden könne, wenn man überhaupt auch subjective Maassstäbe wolle gelten lassen. Daher sei es auch wohl allein zu erklären, dass in den jüngsten Zeiten die Beförderung zu höhern Medicinal-Aemtern, z. B. zu Regierungs-Medicinalräthen, so häufig auf Aerzte aus der nächsten Umgebung der Präsidenten, und sogar vorzugsweise auf ihre Leib-Aerzte gefallen sei; dass ein dem Präsidenten fern

stehender Arzt zu derartigen Stellen befördert worden, sei fast nicht vorgekommen, wiewohl deren Zahl die weit überwiegende sei.

Selbst schon bei der Anstellung der Kreis-Physiker und Kreis-Chirurgen sei jene zweckmässig und objectiv normirende Circular-Verordnung vom 24. Januar 1826, welche die Anstellung den Regierungen übertrug, im Jahre 1828 wieder aufgehoben, und damit das volle Regiment der Willkühr in höchst verletzender Weise wieder hergestellt worden. Die Berufung auf das Sittlichkeits-Princip der Vorschlagenden sei völlig unzureichend. Es hänge immer vom Zufalle ab, ob man auf sittliche stosse. Garantien seien darin nicht gegeben. Die neue Zeit, die Metamorphose des bisherigen absoluten in einen Rechts-Staat erheische gesetzliche, objective Normen und Garantien, und hierin finde die Petition ihre feste Begründung.

Indem wir so die Motive der Versammlung im Umrisse vorzutragen uns beehren, wiederholen wir schliesslich vermöge des uns gewordenen Auftrages den Tenor:

dass Ein Hohes Ministerium die Grundsätze, nach welchen bei Anstellung und Beförderung im Civil-Sanitätswesen für die Folge verfahren werden soll, feststellen und veröffentlichen wolle.

Hamm und Münster, am 16. October 1848.

Der Vorstand des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen.

Fr. Brefeld. Tourtual
und noch zwei Unterschriften.

XVIII. G e s u c h

des Vereins der Aerzte Westphalens, betreffend die Aufhebung des gesammten wundärztlichen Standes und die künftige Stellung der gegenwärtigen Wundärzte erster Klasse.

Hohes Ministerium!

In der Versammlung der Aerzte der Provinz Westphalen am 14. September a. c. zu Hamm kam unter andern auch die Frage wegen künftiger Classificirung des Heilpersonals zur Discussion.

Die Versammlung bekannte sich einstimmig zu dem bereits siegreich durchgefochtenen Princip der Triunität, unter Beseitigung sämmtlicher Minus-Klassen. Die schlagenden Gründe, welche dafür vorgebracht wurden, sind vielfältig besprochen,

daher einer Wiederholung hier nicht bedürftig. Indess erscheint es nicht bedeutungslos, dass unser Verein auch die Wundärzte erster Klasse in sich fasst, dass zwei und zwanzig derselben an der Versammlung des 14. Septembers Theil nahmen, und dennoch der Beschluss auf Aufhebung des gesammten wundärztlichen Standes ein einhelliger war.

In lichtvollen Vorträgen ward auseinandergesetzt: dass eine reelle Scheidung zwischen Medicin und Chirurgie gar nicht existire — dass beide mehr in den praktischen Mitteln, als in der wissenschaftlichen Grundlage auseinanderlaufen; dass der einseitige Chirurgen-Stand kein wesentliches Bedürfniss des Staates sei;

dass die Schöpfung des Institutes der Wundärzte erster Klasse nur auf der längst widerlegten irrigen Ansicht beruhe, welche ein ausreichendes Können herstellen wollen, ohne vollendete geistige Cultur;

dass es dem humanen Gefühle widerstreite, niedern Volksklassen ein niederes Heil-Personal zutheilen zu wollen;

dass bei der Unhaltbarkeit des Institutes der Wundärzte es ungerecht sei, die Personen für den administrativen Irrthum büssen zu lassen und sie zu beschränken;

dass die bestehenden gesetzlichen Beschränkungen theilweise ungerecht, zum grösseren Theile auch praktisch wirkungslos und selbst illusorisch seien.

In Bezug auf die einzelnen bestehenden Beschränkungen wurde hervorgehoben:

1) dass die Benennung als Wundarzt erster Klasse im Grunde nichts als eine officiële Unwahrheit sei, da den Wundärzten erster Klasse doch die interne Praxis gesetzlich zustehe, wenn sie auch in Bezug auf ihre Niederlassung beschränkt seien;

2) dass eben diese Beschränkung des freien Niederlassungs-Rechtes eine grundsätzliche Ungerechtigkeit einschliesse, da ein Können, das dem Bewohner des Landes genügen solle, auch dem Stadt-Eingesessenen genügen müsse.

Zudem sei diese Beschränkung eine unwürdige und obenein nur scheinbare. Der Wundarzt erster Klasse dürfe sich nur vor dem Thore der Stadt niederlassen, um ungehindert seine Praxis über selbe ausbreiten zu können. Das muthmaassliche administrative Ziel aber: auf diese Weise das platte Land und arme Provinzen mit ärztlichem Personale zu versehen, sei augenfällig verfehlt.

3) Die Bestimmung der Taxe der Wundärzte erster Klasse auf die Hälfte der den promovirten zugebilligten widerstreite dem Rechts-Principe der Gleichheit. Für gleiche

Arbeit gebühre auch gleicher Lohn; überdies werde die Bestimmung dadurch wirkungslos, dass die Honorirung der Aerzte in der Regel nach ganz anderen Momenten sich richte, als nach der Taxe.

4) Die Beschränkung der Wundärzte erster Klasse, „ein amtlich gültiges Zeugniß über Geisteskranke nicht auszustellen“, stehe in schneidendem Widerspruche mit ihrer nirgend aufgehobenen Befugniss, Geisteskranke zu behandeln.

Würden sie aber als befähigt angesehen, für den Zweck der Praxis die Diagnose festzustellen, so sei es ein Absurdum, die festgestellte Diagnose nicht amtlich constatiren zu sollen.

5) Am allerwenigsten erscheine aber jene Bestimmung gerechtfertigt, welche in Consultationsfällen den Wundarzt erster Klasse dem Ausspruche des promovirten Arztes unterwerfe. Wo es um Leben und Gesundheit sich handle, da könne nur die Macht der Gründe und keine Autorität entscheiden. Schwerlich werde auch ein Patient, allen gesetzlichen Bestimmungen zum Trotze, in seinen Angelegenheiten letztere in Geltung treten lassen. Und schwerlich werde in Collisionsfällen der Wundarzt erster Klasse sich unterwerfen, ohne an den Willen des Kranken resp. seiner Angehörigen zu appelliren.

In Erwägung aller dieser Momente, in Anbetracht ferner, dass eine vollständige Aufhebung eines abgesonderten wundärztlichen Standes ungemein viel zur Hebung des Ansehens und der Würde der Heilkunde beitragen werde, dass die möglichste Erhebung des Heilpersonals, wofür die jüngste Gesetzgebung auf dem Militair-Gebiete schon einen Schritt gethan habe, dies hohe Ziel ungemein fördern werde, in dem Bewusstsein, dass der Stand der promovirten Aerzte eines scheinbaren Schutzes durch Beschränkung der Wundärzte erster Klasse nicht bedürfe, beschloss die Association an Ein Hohes Ministerium die dringliche Bitte gehorsamst zu richten:

1) den gesammten Stand der Wundärzte, sowohl erster als zweiter Klasse, aufzuheben;

2) die Wundärzte erster Klasse den bisherigen Licentiaten gleich zu stellen;

3) denselben eine geeignetere, ihre Befugniss als Aerzte andeutende, Benennung zu geben.

Dem unterzeichneten Vorstande ward der Auftrag, obige Petition, mit deren Geiste er persönlich einverstanden ist, abzufassen.

Indem wir uns dieses Auftrages ehrerbietigst entledigen, bemerken wir zugleich, dass dem ärztlichen Vereine Westphalens

zur Zeit der Versammlung am 14. September das hohe Rescript vom 3. October a. c., welches den erbetenen General-Congress auf erfreuliche Weise in Aussicht stellt, noch nicht bekannt war. Wäre dies der Fall gewesen, so würde gegenwärtige Petition wahrscheinlich nicht beschlossen worden sein. Wir glauben indess nicht, befugt zu sein, sie eigenmächtig zu unterdrücken.

Wohl aber waren wir noch beauftragt, die frühere Bitte um den General-Congress in möglichst dringender Weise zu wiederholen.

Dess glauben wir uns nunmehr entheben zu dürfen, wenngleich wir die Ansicht hegen, dass die wahren Bedürfnisse des ärztlichen Standes in der That ohne einen solchen nicht festgestellt werden können.

Hamm und Münster den 10. Novbr. 1848.

Eines Hohen Ministerii

**ehrerbietigster Vorstand des Vereins der Aerzte
der Provinz Westphalen.**

Fr. Brefeld. Tourtual
und noch zwei Unterschriften.

XIX. V e r f ü g u n g.

An den Vorstand des Vereins der Aerzte der Provinz Westphalen, zu Händen des Königl. Sanitätsraths Herrn Dr. Brefeld Wohlgeboren zu Hamm.

Die von dem Vorstand etc. unterm 16. October und 10. November v. J. in Beziehung auf die Reform des Medicinal-Wesens eingereichten Vorstellungen habe ich empfangen und von denselben nähere Kenntniss genommen. Es kann dem Vereine der Aerzte der Provinz Westphalen nicht unbekannt sein, dass sowohl in Betreff der Aufhebung des Instituts der Wundärzte erster und zweiter Klasse, als auch in Betreff der Beseitigung der Scheidewand zwischen Civil- und Militair-Medicinal-Wesen die erforderlichen Einleitungen getroffen sind; gleichwohl bin ich für die erneuerte Anregung dieser Fragen dankbar. Was den Wunsch betrifft, dass ich die Grundsätze veröffentlichen möge, nach welchen bei Anstellungen im Civil verfahren wird, so ist die beste Veröffentlichung die gewissenhafte That selbst. Die Grundsätze, welche ich befolge, sind sehr einfach: 1. Gerechtigkeit gegen die Sache und 2. Gerechtigkeit gegen die Personen. Diese Grundsätze werde ich

nicht in abstracten Versprechungen und Declarationen, sondern durch sorgfältige Berücksichtigung aller Verhältnisse in jedem concreten Falle festhalten, hierbei aber niemals vergessen, dass nicht die Posten für die Beamten, sondern die Beamten für die Posten sind.

Berlin, den 2. Januar 1849.

Der Minister etc.
Ladenberg.

XX. G e s u c h

des Vereins nicht promovirter Aerzte und Wundärzte aus den Provinzen Ostpreussen, Westpreussen und Pommern.

Hohes Ministerium!

Ein grosser Theil der Wundärzte erster Klasse aus den Provinzen Ostpreussen, Westpreussen und Pommern, an welche sich noch einige Collegen aus der Mark und Sachsen schriftlich angeschlossen hatten, hat sich als „Verein nicht promovirter Aerzte“ constituirt und am 11. und 12. September c. sich versammelt, um seine Wünsche und Rechtsansprüche bei der zu erwartenden Reform der Medicinal-Verfassung einer ernsten Prüfung und Würdigung zu unterwerfen.

Dieser „Verein nicht promovirter Aerzte“ hat mich für das nächste Jahr zu seinem Vorsteher erwählt und mir aufgetragen, die an den gedachten Tagen gefassten Majoritätsbeschlüsse auf Grund des geführten Protokolles Einem Hohen Ministerio zur hochgeneigten Berücksichtigung in passender Fassung vorzutragen, welche Pflicht ich hiemit, soweit meine geringen Kräfte es gestatten, zu erfüllen mir erlaube.

Der Verein erkannte zuerst, dass die geringe Zeit, welche den einzelnen Mitgliedern von Hause abwesend zu bleiben vergönnt ist, nicht gestatte, sich in das grosse Gebiet der Medicinal-Reform zu versteigen, um so weniger als dieselbe von der zu erwartenden Staats- und Gemeinde-Verfassung abhängig sein dürfte, sie behielt es sich vor, diese Angelegenheiten in einem neu zu stiftenden Correspondenz-Blatte des Vereins zu besprechen und nach dem Falle der unhaltbaren Scheidewand zwischen promovirten und nicht promovirten Aerzten sich den bereits bestehenden Reform-Vereinen der ersteren anzuschliessen, weil die Verbesserung der Lage der letzteren von der der promovirten specifisch nicht verschieden sei.

Es erkannte dagegen der Verein als ein unabweisbares zeitiges Bedürfniss an, gegen das drückende und beengende Joch, welches centnerschwer auf den Wundärzten erster Klasse ruht und ihren mühsamen Leistungen einen immer wiederkehrenden und mit jedem Jahre unüberwindlicheren Widerstand entgegen stellt, kräftig zu reagiren und daher nur die Rechtsforderungen und Wünsche, welche die Wundärzte erster Klasse speciell betreffen, in Berathung zu ziehen.

An der Spitze aller Forderungen und Wünsche steht: die Umwandlung des Titels „Wundarzt erster Klasse“ in den „praktischer Arzt und Wundarzt.“

Als vor dem 28. Juni 1825 ein Mangel an Aerzten fühlbar war, suchte die Regierung diesem Mangel dadurch abzu- helfen, dass sie Aerzte unter erleichternden Umständen, unter Erlass einiger Vorstudien etc. creirte, sie hat nicht die Absicht gehabt, Wundärzte zu schaffen, sondern Aerzte, und dennoch legt sie ihnen den Titel „Wundarzt“ bei, eine im Auslande wahrhaft unglaubliche babylonische Sprachverwirrung.

Die Wundärzte erster Klasse sind wirkliche Aerzte, dies geht sowohl aus dem Circular-Rescripte des Ministeriums vom 24. August 1825 hervor, in welchem neben dem Titel „Wundarzt erster Klasse“ in Parenthese steht „nicht promovirter Medico-chirurgus“, und aus dem Circular-Rescripte vom 20. März 1828, in welchem es wörtlich heisst, dass die Wundärzte erster Klasse „zugleich wirkliche praktische Aerzte sind.“ Der Titel „Wundarzt erster Klasse“ bezeichnet durchaus nicht ihre Stellung in der Medicinalwelt, denn sie lässt die ärztliche Befähigung und Verpflichtung fort, legt ihnen dagegen eine Eigenschaft bei, die sie zu haben sich nie anmassen können, nämlich: Wundärzte erster Klasse zu sein, welche, wie Schmidt es schon ausgesprochen hat, nur den Herren der Chirurgie, einem Rust, Dieffenbach, Seerig etc. beigelegt werden könnte.

Es ist keine leere Titelsucht, welche die nicht promovirten Aerzte zu diesem Wunsche um Umwandlung des Titels bewegt.

Dieser Titel greift tief in das innere Wesen ihrer Wirksamkeit ein.

Bei der grossen Concurrenz der Jetztzeit greift das Publikum nicht mehr wie früher nach dem ersten besten „Doktor“, er sei Feldscheer oder praktischer Arzt, sondern es sucht sich wohlweislich den geprüften praktischen Arzt aus; wie soll aber nun das Publikum wissen, dass ein Wundarzt erster Klasse auch ein praktischer Arzt ist, es denkt und sagt „gleichviel ob erster, zweiter oder dritter Klasse, es ist und bleibt doch nur ein Wundarzt, der von meinem inneren Leiden nichts versteht,

und der praktische Arzt wird um seines falschen Titels willen um seine sonst ihm zufallenden Einkünfte gebracht.

Mit keinem anderen Stande ist man so ungerecht, so stiefmütterlich umgegangen, als mit dem der sogenannten Wundärzte I.

Was würden wohl die Baumeister sagen, wenn die Regierung bestimmte, sie wären zwar Baumeister, aber sollten sich nur Zimmermeister nennen.

Diese Sprachverwirrung wird nun auch noch von den promovirten Aerzten reichlich ausgebeutet, sie zucken mit den Achseln und sagen „er ist doch nur Wundarzt“, und das Publikum findet das ganz richtig, denn es kann sich das gar nicht denken, dass im Preussischen Staate die pseudonymen Titel legalisirt sind.

Der Verein fordert daher als ein unbestreitbares Recht, dass das Königl. Ministerium die sogenannten Wundärzte I. künftig bei ihrem rechten Namen nennen und ihnen den Titel „praktische Aerzte und Wundärzte“ beilegen wolle.

Die promovirten Aerzte werden dadurch in ihren Vorzügen keinesweges gekränkt, denn der Titel eines Doktors bezeichnet hinreichend genug ihre höhere Wissenschaftlichkeit, und ein anderer Unterschied besteht weder in der Wirklichkeit, noch in den Gesetzen.

Es ist von J. H. Schmidt und Andern der Vorschlag gemacht, die nicht promovirten Aerzte „Aerzte zweiter Klasse oder Assistenz-Aerzte“ zu nennen, doch muss der Verein diese beiden, wie überhaupt jeden anderen umschreibenden Titel, als ihre Befähigung und Verpflichtung nicht bezeichnend, von der Hand weisen; die Wundärzte I. sind keine Assistenz-Aerzte, sondern selbstständige Aerzte und Chirurgen, und der Zusatz zweiter Klasse zu dem Titel Arzt würde oft genug weggelassen und dadurch nur neuer Zwiespalt zwischen promovirten und nicht promovirten Aerzten hervorgerufen werden.

Der Verein bittet aber auch, dass diese Umwandlung des Titels nicht ferner aufgeschoben, sondern sogleich bewirkt werden möge, denn die Klagen, Beschwerden und Bitten um diese Veränderung sind nicht neu; so lange die Wundärzte I. existiren, sind sie erhoben, und mit jedem Jahre sind bei den gesteigerten Uebelständen auch die Bitten dringender geworden.

Der Titel ist der ewige Zankapfel gewesen.

Von Seiten der Regierung ist es bereits in dem Schmidt-schen Entwurfe anerkannt, dass die Umwandlung des Titels ein nöthiger Akt der Gerechtigkeit sei.

Auch durch die Neuerschaffung der Assistenz-Aerzte im

Militair, welchen Titel auch die Wundärzte I. führen dürfen, ist von Seiten des Staates das Princip anerkannt, dass die Wundärzte I. „Aerzte“ genannt werden müssen.

Warum nun mit einer gleichen Maassnahme im Civil zögern?

Die Staats-Regierung hat anderweit bewiesen, dass sie die in ihrer Reform nicht tiefer eingreifenden und als allgemein zweckmässig anerkannten Anordnungen im Medicinal-Wesen sogleich wolle eintreten lassen, sie hat den Militair-Aerzten freie Praxis gewährt, sie hat ihnen Gehalts-Zulagen, Chargen-Erhöhung und Titel-Aenderung bewilligt, sie hat das Institut der Wundärzte I. aufgehoben.

Darum bittet der Verein dringend,
„dass Ein Hohes Ministerium, ohne die vielleicht noch ferne Reform abzuwarten, dem allgemein anerkannten Bedürfnisse abhelfen und die Umänderung des Titels in möglich kurzer Zeit bewirken lassen wolle.“

Gleichzeitig mit dem Titel „praktischer Arzt“ muss auch für die als Kreis-Chirurgen angestellten, nicht promovirten Aerzte der Titel „Kreis-Aerzte“ eingeführt werden, was wohl nur als eine unabweisbare Consequenz betrachtet werden kann.

II.

In dem Circular-Rescript des Ministeriums vom 18. August 1825 heisst es:

„die Wundärzte I. haben sich, wenn ein approbirter promovirter Arzt zu einem ihrer Kranken hinzuge-rufen wird, dessen Ausspruch und Anordnung zu unterwerfen.“

Diese Bestimmung ist für das Wohl der Kranken unzweckmässig, in den wenigsten Fällen auszuführen und eine Knechtung der freien Ueberzeugung der Wundärzte.

Der Staat hat durch die Approbation beide Aerzte für befähigt erklärt, innere Krankheiten heilen zu können. In praktischer Hinsicht, am Krankenbette selbst, besteht kein Unterschied zwischen beiden, es wird aber die Frage sein, welcher von beiden hat sich in praktischer Hinsicht seit Ablegung des Exams mehr vervollkommnet, und da möchte oft die Waage zu Gunsten des nicht promovirten sinken; oder man nehme den Fall an: ein alter gediegener und erfahrener, nicht promovirter Praktiker kommt mit einem eben aus dem Cursus entschlüpften Promotus voll gelehrter Theorien bei einem Patienten zusammen, wird es da immer dem Kranken zum Heile gereichen, wenn des Promoti Anordnungen befolgt werden müssen? Aber hat denn der Staat überhaupt ein Recht, dem

Patienten zu befehlen, dass er des Promoti Anordnungen befolgen solle? wird es nicht vielmehr dem Patienten frei gestellt bleiben, welchem Arzte er sich bei divergirenden Ansichten vertrauen will? und endlich drittens, wenn der Wundarzt I. überzeugt ist, die Anordnung des Doktors muss zum Tode führen, will da der Staat dem Wundarzt erster Klasse noch befehlen, dass er selbst das Gift reicht und so wider seinen Willen in Folge eines unzweckmässigen Gesetzes zum Morde behülflich wird?

Deshalb trägt der Verein darauf an:

Ein Hohes Ministerium wolle diese Bestimmung geneigtest aufheben.

III.

In dem ministeriellen Circular-Rescript vom 20. März 1828 §. 4 heisst es „vielmehr ist jeder nicht promovirte praktische Wundarzt, der die Chirurgie als Gewerbe ausübt, gehalten und verbunden, sich jeder auch der kleinsten chirurgischen Leistungen und Verrichtungen, wenn er von Aerzten dazu berufen wird, zu unterziehen.“

Die promovirten Aerzte haben diese Bestimmung auf die Wundärzte I. auch angewendet, um dieselben zu demüthigen und das Publikum glauben zu machen, dass sie ihre Handlanger seien.

Der Verein ist der Ansicht, dass diese Bestimmung sich auf die Wundärzte erster Klasse nicht beziehe, da diese gleichzeitig praktische Aerzte seien; dass es vielmehr aus dem ganzen Geiste des Rescripts hervorgehe, dass sich die Bestimmung nur auf die Wundärzte zweiter Klasse, Wundärzte für grosse Städte und Wundärzte für kleine Städte zu ihrem eigenen Schutze beziehe, weil diese alle vorzugsweise auf die kleine Chirurgie angewiesen sind. Sollte indess wider Erwarten die Bestimmung auch dem Wundarzte erster Klasse gelten, so würde sie ebenfalls häufige Conflicte hervorrufen, denn wenn ein Wundarzt I. in der Eigenschaft als praktischer Arzt gefährliche Patienten in Behandlung hat, so ist es doch nicht zu verlangen, dass er seine Patienten vernachlässigen soll, um für den Doktor einen Aderlass zu machen, den er eben so gut selbst machen könnte.

Es scheint dem Vereine aber jetzt gerade an der Zeit zu sein, dass alle Bestimmungen aufgehoben werden, die zur Anfeuerung solcher Plänklergefechte zwischen promovirten und nicht promovirten Aerzten beitragen. Der Verein trägt darauf an, das Königl. Hohe Ministerium wolle erklären:

dass die qu. Bestimmung sich auf die Wundärzte erster Klasse nicht beziehe, event. dass jeder Medico-chirurg die kleine Chirurgie bei seinem Kranken selbst ausübe oder sich nur der auf Ausübung der kleinen Chirurgie besonders angewiesenen Wundärzte zweiter Klasse zur Hilfsleistung bedienen möge.

IV.

Der Verein beansprucht für die Wundärzte I. Freizügigkeit durch ganz Preussen resp. ganz Deutschland mit Beibehaltung der Berechtigung zur internen Praxis. Der Verein stützt seinen Anspruch auf das Versprechen Sr. Majestät des Königs bald nach der Märzrevolution, in welchem Er allen Preussen Freizügigkeit durch ganz Deutschland verhies. Jedem Handwerker und Handelsmanne, ja selbst denen, von welchen der Staat durch Prüfungen eine gewisse Garantie für ihre Befähigungen fordert, wie Zimmerleute, Feldmesser etc., ist es gestattet, sich die Orte zu suchen, welche sie zu ernähren im Stande sind, nur den Wundärzten I. nicht, sie sind in ihrer Eigenschaft als Chirurgen durch die Kabinets-Ordre vom 17. Juni 1837 (Circular-Rescript vom 30. Juni 1837) in der Wahl ihres Wohnortes beschränkt, indem sie in grossen Städten die chirurgische Praxis nur in den dem Wundarzte II. gesteckten Grenzen ausüben dürfen. Sie sind aber in ihrer Eigenschaft als praktische Aerzte noch viel mehr beschränkt, da sie die Fähigkeiten als solche, mit vielen Anstrengungen und Geldopfern erkaufte, nur an einzelnen Orten geltend machen dürfen. Der Staat hat einmal durch die Approbation anerkannt, dass die Wundärzte I. fähig sind, innere Krankheiten zu behandeln, diese Fähigkeit ist aber in grossen und kleinen Städten und auf dem Lande immer dieselbe, und da der Staat die praktische Medicin und Chirurgie faktisch für eine freie Kunst erklärt hat, so muss er auch den Künstlern gänzlich freien Spielraum geben, wo sie ihre Kunst zu ihrem besten Nutzen ausüben wollen.

Der Verein verkennt nicht, dass zur Zeit der Creirung der Wundärzte I. der Staat für die Erlassung einiger Vorstudien die Bedingung stellen konnte, sich nur an gewissen Orten niederzulassen, allein die Zeiten waren damals andere. Es war Mangel an Aerzten, und die Wundärzte I. fanden selbst unter den beschränktesten Bedingungen überall Gegenden, in denen sie reichlich ihren Unterhalt erwerben konnten. Jetzt giebt es keine Gegend, wo Mangel an Aerzten wäre. Die Wundärzte I. sind in ihren kleinen Wohnorten von Doktoren reichlich umgeben, sie werden durch diese verdrängt und finden kein Plätzchen in der grossen Monarchie, was nicht schon von promo-

virten Aerzten besetzt wäre, was bleibt denselben übrig, als die Gesetze zu verletzen oder zu betteln.

Als die Staats-Regierung den Militair-Aerzten freie Praxis gewährte, da hat sie nicht bedacht, dass sie dadurch das, was sie den Militair-Aerzten schenkt, den Civil-Aerzten nimmt.

Es ist doch gewiss einleuchtend, dass die Militair-Aerzte, bei gleicher Kenntniss und Geschicklichkeit und bei 15 bis 60 Thlr. monatlichem Gehalte, freier Wohnung und andern Emolumenten, billiger curiren können, als die Civil-Aerzte, und dass diese daher unzweifelhaft von jenen verdrängt werden müssen. Nicht minder können politische oder religiöse Spaltungen dem Arzte einen Wechsel seines Wohnortes zur unerlässlichen Nothwendigkeit machen.

Die Doktoren gehen hin, wo sie irgend Aussicht haben, Praxis zu bekommen, aber wo sollen die verdrängten Wundärzte I. bleiben? giebt es noch einen von Menschen bewohnten Winkel, der sie ernähren könnte, wo nicht schon ein Promotus ansässig wäre?

Die Zeiten haben sich geändert, mit ihnen müssen sich auch die Gesetze ändern, wenn sie nicht todte, knechtende, sondern im Volksgeiste lebende, nützliche, zum Heil führende Gesetze sein sollen; die Zeit ist vorbei, in welcher der Staat dafür sorgen musste, dem Mangel abzuhefen und Aerzte fürs platte Land zu schaffen, aber es ist eine Zeit gekommen, in der der Staat dafür sorgen muss, dass die Aerzte, welche in den Zeiten der Noth ausgeholfen haben, nicht dem Hunger und der Verachtung preis gegeben werden.

Die Wundärzte I. müssen überall frei ihre chirurgische und ärztliche Praxis ausüben dürfen, das ist eine unabweisbare Forderung der Zeit an die Gerechtigkeit der Staats-Verwaltung. Die Doktoren können darunter nicht leiden, denn nachdem das Institut der Wundärzte erster Klasse aufgehoben ist, wird die einmal vorhandene Zahl derselben durch den Tod immer mehr verringert; es ist ferner nicht zu erwarten, dass die Kreis-Aerzte ihre Stellen aufgeben werden, überhaupt ist wohl anzunehmen, dass bei weitem der grösste Theil der Wundärzte I. an ihrem bisherigen Wohnorte, wo sie sich bereits Praxis verschafft haben, verbleiben werden; nur die wenigen, welche durch Verhältnisse verdrängt werden, würden einen Wechsel ihres Wohnortes unternehmen. Sie würden natürlich nur nach solchen Orten ziehen, wo ihnen die Wahrscheinlichkeit, Praxis zu erlangen, entgegentritt. Solche Orte würden aber, Falls nicht Wundärzte I. sie suchten, von neuen approbirten Promotis besetzt werden; ohne Zweifel aber ist bei einer Concurränz mit einem Wundarzt I. der promovirte Arzt, wegen seines Doktor-

Titels immer im Vortheile. Der Verein hält es ferner für seine Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, wie leicht sich die bisherigen, die Wirksamkeit der Wundärzte I. beschränkenden, Verordnungen umgehen lassen. Fast in jeder Stadt finden sich einzelne Wohnungen, die auf adligem oder Dorfs-Grunde liegen und nicht zur Stadtgemeinde gehören; an solchen Orten würden sich die Wundärzte I., ohne das Gesetz zu verletzen, mit ihrer ganzen Berechtigung niederlassen können, wenn auch die Stadt noch so überfüllt mit Promotis wäre, und dennoch würde dadurch dem wahren Geiste des Gesetzgebers Hohn gesprochen werden.

Der Verein war der Ansicht, dass es ein Prüfstein für zeitgemässe gute Gesetze und Verordnungen sei, wenn nie der Versuch gemacht würde, dieselben zu umgehen.

Nach Darlegung dieser Gründe bittet der Verein: das Hohe Ministerium wolle veranlassen, dass künftig keine drückenden Beschränkungen die nicht promovirten Aerzte an der freien Ausübung ihrer Kunst hindern mögen, vielmehr anerkennen, dass zwischen den promovirten und nicht promovirten Aerzten kein anderer Unterschied besteht, als dass diese praktische Aerzte, jene hingegen gelehrte und praktische Aerzte seien.

V.

Der Verein beantragt Gleichstellung der Taxe für promovirte und nicht promovirte Aerzte.

Nach dem Rescripte vom 28. Mai 1829 sollen die Wundärzte erster Klasse auch für innere Kuren nur nach der Taxe II. liquidiren dürfen. Der Verein erblickt auch hierin eine Ungerechtigkeit gegen die Wundärzte erster Klasse, denn abgesehen davon, dass die Taxe II. viele Positionen, welche in Anwendung kommen, gar nicht enthält, so ist doch wohl zu verlangen, dass sich jeder für das, was er wirklich geleistet hat, bezahlen lässt. Der nicht promovirte Arzt leistet dem Kranken eben so viel, als der promovirte, und dadurch, dass die ersteren nur in kleinen Orten wohnen dürfen, tritt für sie schon das Minimum der Taxe ein; es ist aber gar nicht abzusehen, warum der Kranke für dieselbe Hülfe dem Einen weniger bezahlen soll als dem Anderen, ja es muss sogar den promovirten bei der Concurrenz mit den nicht promovirten ein Nachtheil aus der Liquidation der letzteren erwachsen. Das Rescript vom 18. Febr. 1820 scheint schon eine richtigere Auffassung der Verhältnisse gehabt zu haben, indem es den nicht promovirten Aerzten für innere Kuren Taxe I., für chirurgische Taxe II. bewilligt. Die Wundärzte I., welche oft genug als Substituten jener nicht promovirten praktischen Aerzte angeführt werden,

würden sich also auf das Gesetz stützen können, wenn sie das Rescript vom 18. Februar 1820 für sich in Anspruch nehmen; allein sie wünschen von der heutigen Zeit eine gründlichere Reform, sie erwarten, dass ohne subtile Wortfechtereie mit alten Gesetzen die unverhüllte Gerechtigkeit und das Bedürfniss den Rahmen für die neue Medicinal-Reform geben werden, sie vertrauen, dass das Motto J. H. Schmidt's „Niemand flickt ein altes Kleid mit einem Lappen von neuem Tuche“ eine Wahrheit werde, und dass aus diesen Gründen die künftige Medicinal-Reform nothwendig eine Gleichstellung der nicht promovirten mit den promovirten Aerzten (bis auf das Mehr an Gelehrsamkeit der letztern) als Grundprincip festgehalten werde, und mit diesem Grundprincip würde auch die Gleichstellung der Taxe ausgesprochen sein.

VI.

Eine Lebensfrage für die nicht promovirten Aerzte ist das Avancement zu Medicinal-Assessoren, Hebammen-Lehrern, Bataillons-Aerzten etc.

In dem Circular-Rescripte vom 24. August 1825, welches in Verbindung mit der Kabinets-Ordre vom 28. Juni 1825 als Grundgesetz für die Medicinal-Personen zu betrachten ist, heisst es im Abschnitte II. von den Rechten der Wundärzte I. „so wie sie denn auch, die nöthigen Dienst- und wissenschaftlichen Kenntnisse vorausgesetzt, zu chirurgischen Medicinal-Assessoren-Stellen befördert werden können.“

Schon seit vielen Jahren scheint die Staats-Verwaltung, dieses Punktes uneingedenk, die vakanten Stellen nur mit promovirten Chirurgen zu besetzen. Es ist doch nicht anzunehmen, dass mit der Zeit die dienstlichen und wissenschaftlichen Kenntnisse sich bei den Wundärzten erster Klasse verringert haben, vielmehr ist es anerkannt, und wird der Director der Ober-Examinations-Commission, Hr. Doctor Klug, das Zeugniß nicht versagen können, dass die Wundärzte I. immer gleichen Schritt in der Bildung mit den promovirten gehalten haben, es scheint daher eine Verletzung des Rechtes der Wundärzte I. zu sein, die genannten Stellen denselben vorzuenthalten.

Die Aussicht auf Avancement ist ein Haupthebel für den geistigen Fortschritt, und es wäre kein Wunder, wenn die Wundärzte erster Klasse in dem schmerzlichen Gefühle, mit einer Kreis-Chirurgen-Stelle den Culminationspunkt ihrer Grösse erreicht zu haben, sich einer gewissen Stabilität hingäben.

„Der ist ein schlechter Soldat, der nicht noch einmal General zu werden hofft,“ heisst ein deutsches Sprichwort, in welchem die Wahrheit nicht zu verkennen ist, dass das Stre-

ben nach immer Höherem ein mächtiger Sporn zur fortschreitenden Vervollkommnung ist, während andererseits durch immer neue Zurücksetzungen, durch immer erneute Demüthigungen, durch ein unverkennbar stiefmütterliches Verhalten auch der regste Eifer gelähmt werden muss.

Der Verein trägt daher bei Einem Hohen Ministerio darauf an:

1. dass die vacanten Stellen der Hebammen-Lehrer, Bataillons-Aerzte etc., nach Maassgabe des gesetzlichen Versprechens, durch Wundärzte I. besetzt werden mögen.

2. Da seit dem 18. März selbst bei Besetzung der höchsten Beamtenstellen nur auf die Fähigkeit und Würdigkeit der Personen, nicht aber darauf, ob dieselben auf Universitäten oder sonst wo gebildet seien, Rücksicht genommen zu werden scheint, so trägt der Verein darauf an, dass auch den befähigteren und talentvolleren Wundärzten I. Kl. ohne Rücksicht auf die Art ihrer Ausbildung alle, auch die höchsten Medicinal-Krankenstellen, im Civil wie im Militär, offen stehen mögen.

Auch trägt der Verein darauf an, dass, bei Einrichtung von Districtsarzt-Stellen, den Wundärzten I., nach Verhältniss ihrer Zahl zu der der Promovirten (1 : 4) die Anstellung in diesen Aemtern gewährt werde.

VII.

Schliesslich erlaubt sich der Verein, dem Hohen Ministerio seine Ansichten und Wünsche in Bezug auf die Pensions- und Wittwen-Kassen für Medicinal-Personen an den Tag zu legen.

Eine Verpflichtung muss in jedem Rechtsstaate auch eine Gegenverpflichtung in sich schliessen. Wenn der Staat den Medicinal-Personen die Pflicht auferlegt, unweigerlich jedem Kranken Hülfe zu gewähren, so muss er auch, wenn in Folge dieser Leistungen der Arzt unfähig wird, sich und seine Familie zu ernähren, für deren Erhaltung sorgen. Wenn heut zu Tage der Staat in Anspruch genommen wird für alle verarmten Arbeiter, denen er keine Verpflichtung auferlegt, so kann mit viel grösserem Rechte von denen eine Unterstützung beansprucht werden, die in Folge eines Befehles von Seiten des Staates sich der gefährlichsten Arbeit unterzogen haben. Wenn nach § 80 Tit. 13. Th. I. des Allg. L.-R. ein Machtgeber einen dem Bevollmächtigten bei Ausrichtung der Geschäfte durch Zufall zugestossenen Schaden vergüten muss, so ist auch der Staat schuldig, für die Medicinal-Personen zu sorgen, welche bei Gelegenheit der Ausübung ihrer vom Staate überkommenen Pflichten Schaden erleiden.

Es wurde daher vom Vereine fast einstimmig anerkannt, dass der Staat die Verpflichtung habe, für Medicinal-Personen, welche sich mit Uneigennützigkeit und muthiger Todesverachtung dem Wohle der ärmeren Staatsbürger gewidmet haben, wenn sie ohne ihr Verschulden arbeitsunfähig werden, so wie für deren bedürftige Weiber und Kinder nach dem Ableben des Ernährers zu sorgen.

Der Verein erkannte an, dass von einer eigentlichen Pension, welche sich bei andern Staatsbeamten nach dem Gehalte und der Länge der Dienstzeit zu richten pflegt, nicht wohl die Rede sein könne, er zog in Betracht, dass die Medicinal-Personen nicht immer völlig erwerbsunfähig würden, dass aber ihr Erwerb zu ihrem nothdürftigen Unterhalte oft nicht hinreichend sei, und dass eine, nach Verhältniss der Erwerbsfähigkeit höhere oder niedrigere Unterstützung zweckmässiger sei, als eine gleichmässige Pension.

Die Hufelandsche Stiftung entspricht diesen Ansichten und diesem Zwecke vollkommen, und der Verein glaubt, dass der Staat vorläufig am leichtesten seine Pflicht erfüllen könne, wenn er sich mit so vielem Kapital bei diesem Vereine betheiligen möchte, als nöthig ist, um nach den Grundsätzen dieser Hufelandschen Stiftung alle Bedürftigen mit der nöthigen Unterstützung zu versehen.

Eben so war es der dringende Wunsch der Majorität des Vereins, dass der Staat sich bei der Hufelandschen Wittwen-Unterstützungs-Kasse mit einem Kapital betheiligen möchte. Die Hufelandsche Wittwen-Kasse hat vorzüglich die Mängel, dass nur so viele Wittwen Unterstützung erhalten, als Kapitalien von 1000 Thlr. vorhanden sind, und 2., dass die Unterstützung nur die unzureichende und ungewisse Höhe der Zinsen eines 1000 Thlr. grossen Kapitals beträgt.

Darum wäre es wünschenswerth, dass der Staat so viel Kapital anlegte, oder die Garantie übernehme, dass jede hülfsbedürftige Wittwe, deren Ehemann die Beiträge regelmässig gezahlt hat, unterstützt werden kann, und dass das Minimum der Unterstützung 100 Thlr. betrage. Nur unter solchen Aussichten, dass die Familie nicht vor Hunger umkommen darf, wenn der Ernährer im Dienste für die leidenden Brüder dem schleichenden giftigen Feinde erliegt, kann er mit eben so unbeugsamen Muthe dem Typhus, der Cholera und Pest entgegen treten, wie der Soldat den feindlichen Feuerschlünden.

Die nicht unbedeutende Minorität verlangte in Bezug auf Pension und Wittwengehalt Gleichstellung der Civilärzte mit den Bataillons- und Regiments-Aerzten. Sie machte geltend, dass nicht die Bedürftigkeit die Unterstützungsberechtigung bedingen

dürfe, weil dadurch der fleissige und talentvolle Arzt die Vortheile verlöre, die dem bequemen und talentlosen zu Theil würden, sondern dass, wie bei den anderen Staatsbeamten, Rang und Dienstzeit den Maassstab abgeben möchten, sie hob ferner hervor, dass die Civil-Aerzte um so mehr Pensionen haben müssten, weil ihnen die Behandlung der Armen im Civil als eine Verpflichtung auferlegt sei, während die Militair-Aerzte für Behandlung der armen Soldaten ein reichliches Gehalt erhielten; durch die Höhe des Gehalts der Militair-Aerzte und der demnach sich richtenden Pension habe der Staat selbst das standesmässige Bedürfniss ausgesprochen, und die Minorität des Vereins wünscht daher, dass der Staat alle Medicinal-Personen im Civil nach Maassgabe der Militair-Aerzte pensioniren und den Wittwen die nöthige Unterstützung gewähren möge, selbstverständlich nur unter der Bedingung, dass die im Militair üblichen Beiträge gezahlt werden.

Wenn der Verein dieser Ansicht der Minorität auch Gerechtigkeit widerfahren lassen musste, so hofft derselbe andererseits, dass die obigen Wünsche der Majorität ihrer Bescheidenheit und leichteren Realisirung wegen von Einem Hohen Ministerio um so eher berücksichtigt und als provisorische Maassnahmen recht bald eingeführt werden möchten.

Nachdem ich mich bemüht habe, Einem Hohen Ministerio in der obigen Ausführung die Gründe für die Wünsche und Ansprüche des Vereins nicht promovirter Aerzte an die zu erwartende Medicinal-Reform darzulegen, erlaube ich mir, dieselben kürzlich zu recapituliren:

1. Ein Hohes Ministerium wolle in der neuen Medicinal-Verfassung anerkennen, dass zwischen Wundärzten I. und den nicht promovirten Aerzten in Bezug auf die practische Ausübung ihrer Kunst kein Unterschied bestehe, und dass alle dagegen sprechenden Verordnungen aufgehoben und ihnen volle Freizügigkeit und gleiche Taxe gewährt werde.
2. Ein Hohes Ministerium wolle den Wundärzten I. künftig nicht mehr die vacanten Medicinal-Assessoren-, Hebammen-Lehrer- und Bataillons-Arzt-Stellen vorenthalten, ihnen vielmehr den Zutritt zu allen Staatsämtern gestatten, zu denen sie sich qualificiren.
3. Ein Hohes Ministerium wolle von Staatswegen für die hilfsbedürftigen Medicinal-Personen eine Pensions- und Wittwen-Kasse etabliren.
4. Ein Hohes Ministerium wolle noch vor Emanation der neuen Medicinal-Verfassung in möglichst kürzester Frist die nicht promovirten Aerzte von ihrem ungenügenden

Titel befreien und ihnen den gebührenden „practische Aerzte und Wundärzte“ ertheilen.

Einem hochgeneigten Bescheide besonders in Bezug auf die letzte Bitte sieht ehrfurchtsvoll entgegen.

Braunsberg, den 27. Septbr. 1848.

Der Verein nicht promovirter Aerzte und Wundärzte.

Im Auftrage.

Der Vorsteher

H. Hoffert,

Königl. Kreis-Wundarzt in Braunsberg.

XXI. V e r f ü g u n g.

An den Verein nicht promovirter Aerzte und Wundärzte, zu Händen des Kreis-Wundarztes, Herrn H. Hoffert, Wohlgeboren zu Braunsberg.

Indem ich dem Vereine etc. für die, mir mittelst des Schreibens vom 27. September c. gemachten, Mittheilungen in Betreff der Reorganisation des Medicinal-Wesens danke, knüpfe ich daran gern die Versicherung, dass dieselben bei der bevorstehenden Medicinal-Reform in reifliche Erwägung gezogen werden sollen.

Berlin, den 21. Novbr. 1848.

Der Minister etc.

Ladenberg.

XXII. G e s u c h

der zu Magdeburg am 23. September a. c. zu einer Berathung und Beschlussnahme in Betreff der verheissenen Medicinal-Reform zusammengetretenen Wundärzte erster Klasse.

P e t i t i o p r i m a.

Gleichstellung der Wundärzte erster Klasse mit den promovirten Aerzten in Beziehung auf die Ausübung einer uneingeschränkten Praxis und die damit verknüpfte Aufhebung aller bisherigen Beschränkungen derselben.

Obgleich es kaum glaublich ist, dass, bei ganz adäquaten Staatsprüfungen — mit der bekannten Ausnahme der von den Promotis in der innern Station in lateinischer Sprache abzufassenden schriftlichen Arbeiten — der Wundarzt I. Klasse stets flüchten muss, wo bereits der Doctorhut residirt, obgleich es noch weniger zu fassen ist, dass Ein Ministerial-Rescript, wie das vom 30. Juni 1837 erscheinen konnte, wonach dem Wundarzte I. Klasse augenscheinlich genommen werden sollte, was er bereits durch recht- und gesetzmässigen Erwerb besass, nämlich die Approbation als Wundarzt I. Klasse, obgleich es wirklich von den Behörden so weit getrieben worden ist, dass dieser beklagenswerthen missgriffigen Bestimmung an mehreren Orten Nachdruck gegeben wurde, obgleich an den rechtmässigen Inhabern solcher Approbationen als Wundarzt I. Klasse unzweideutig eine indirecte Entwendung ausgeübt ward, eine Entwendung zwar nicht der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten, aber der gesetzlichen Befugniss, dieselben am Krankenbette in einer bestimmten Gegend geltend zu machen, eine Entwendung zwar nicht des geistigen Kapitals, wohl aber der Mittel, dasselbe zum Wohle der Erkrankten anzulegen, obgleich diese gerechten und begründeten Klagen nur zu sehr ins Auge fallen, als dass eine Controverse darüber Statt finden könnte, so bestehen diese dem guten Sinne und jeder Billigkeit Hohn sprechenden, so bestehen diese rein einseitigen, aus einem unglücklichen Particularismus entsprungenen Bestimmungen doch leider noch immer in ihrer vollen Kraft.

Dazu also ist für Wundärzte I. Klasse ein vollständig geregeltes Studium der Medicin und Chirurgie mit ihren sämtlichen Unterabtheilungen erforderlich, dazu bedarf es einer mehrmonatlichen strengen Staatsprüfung in allen Fächern, in Berlin eodem tempore und gemeinschaftlich abgehalten mit jener der Doctorum promotorum, dazu bedarf es der damit verknüpften nicht unbedeutenden Geldopfer, um einstmals in einem armen, entlegenen, civilisationslosen Dorfe soviel zu verdienen, dass man den freiwillig oder gezwungen gewählten Lebensberuf zu verwünschen in die Lage kommt, und nur noch froh sein muss, wenn ein ita dictus promotus sich zu dem Befehle herablässt, diesem oder jenem armen Schlucker einige Schröpfköpfe zu setzen, oder eine Venaesection zu machen? Also darum forschen die Berliner Herren Examinatoren — so wie auch in den Provinzen — nach den Wechselflebertheorien, darum beharren sie bei den Prüfungen auf einer sorgfältigen und genauen Exposition der Brighthischen Krankheit, auf der rigorösesten Stethoscopie, Plessimetrie, Mensuration etc. — offenbar doch ein Beweis, dass von der gründlichen Evacuirung

von Hypothesen etc. das „Durchkommen“ oder „Nicht-Durchkommen“, die gute oder die schlechte Censur dependire — darum also, um es kurz zu sagen, weichen die Examina der promovirten Doctoren und die der Wundärzte I. Klasse de facto so ganz und gar nicht von einander ab, damit bei irgend einer Gelegenheit, wo zu dem Patienten eines Wundarztes I. Klasse ein Doctor promotus noch hinzukommt, der Letztere den gesetzlichen Ausschlag zu geben, der Erstere aber den Ausspruch desselben und seine Anordnung als maassgebend und unbedingt richtig inne zu halten habe? confr. das Ministerial-Rescript vom 24. August 1825. und die Kabinets-Ordre vom 28. Juni 1825. Das heisst ja mit andern Worten nichts anders, als den gescheuten, wohlbestandenen Wundarzt I. Klasse perhorresciren, ihn zu einer servilen Creatur machen, ihm seine Selbstständigkeit nehmen, seinem vielleicht schöpferischen Geiste Hemmschuhe anlegen wollen. Wer aber hier ruhigen Blickes zusehen und noch ferner das Unbillige über sich ergehen lassen kann, ohne sich zu regen, ohne den Versuch zu machen, zur Aufhebung aller jener einseitigen, von den promovirten Aerzten leider nur zu oft ausgebeuteten bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nach Kräften beizutragen, der möge bedenken, dass er sich an sich selbst, dass er sich an den Seinigen, an der Zukunft und der Wissenschaft versündigt. Wir aber, die wir am 23. d. Mts. uns als vernünftige sittliche Männer in einer Versammlung verständigt, wir, die wir glauben, den Geist der Zeit in seiner nothwendigen, naturgemässen Entwicklung erfasst und begriffen zu haben, wir dürfen und können nicht mehr zurückhalten mit dem, was in der vollen Brust sich regt, und darum erlauben wir es uns, die Frage aufzuwerfen:

„Befähigt die Promotion und die damit verbundene Dissertation zu irgend einem Anspruch auf Ausübung der ärztlichen Praxis ohne Einschränkung, ohne Rücksicht auf Localität, auf Dorf oder Stadt, auf Land oder Wasser?“

Unser unbefangener Sinn giebt uns die Antwort „Nein“, und wir sind überzeugt, dass die Behauptung des Gegentheils eine Unwahrheit involviren würde. Das Kriterium zur ärztlichen Praxis-Reife liegt nicht in der Promotion.

Wir erlauben uns die zweite principielle Frage aufzuwerfen:

„Befähigt und berechtigt die wohl überstandene, vorgeschriebene Staats-Prüfung zu dem Anspruch auf Ausübung der ärztlichen Praxis ohne alle und jede Einschränkung?“

Wir antworten darauf aus voller Ueberzeugung mit „Ja“ und knüpfen hieran supplementarisch die dritte Frage:

„Ist der Staat demnach berechtigt, dem Wundärzte I. Klasse nur bedingungsweise gewähren zu wollen, was dem promovirten Arzte ohne alle Bedingung gewährt ist, während doch die Staats-Prüfungen beider ganz identisch, während sie bei beiden dahin gerichtet sind, zu erforschen, ob sie soviel Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen, dass sich der Kranke in gleicher Weise vertrauensvoll an sie wenden könne?“

Wer für Recht und Wahrheit, für Billigkeit und sittliches Gefühl ein schlagendes Herz, wer ein unbefangenes, unbestechliches Urtheil sich zutrauen darf, der wird jene Bedingungen als unhaltbar betrachten und die obige Frage sicherlich mit „Nein“ beantworten.

Es wird viel von den „Gerechtsamen“ der promovirten Aerzte, es wird viel davon gesprochen, dass es nöthig sei, die Wundärzte I. Klasse ihrer eigentlichen und ursprünglichen Bestimmung als Landärzte durch gesetzliche, einschränkende Bestimmungen näher zu bringen. Wir können uns nicht davon überzeugen, dass es mit diesen „Gerechtsamen“ seine vollständig richtige Bewandniss habe, denn die Gerechtsame, also das Recht zur uneingeschränkten Praxis, muss und darf nur von dem Erfolge der Staatsprüfungen abhängen, nicht von dem Doctor-Titel, nicht von der bezahlten Promotion, die jetzt nichts weiter ist als eine Formalität, die viel Geld kostet, die den Doctorandus um keine Erfahrung reicher macht und grossen Theils mit einem kostspieligen Zweck-Essen endet. Oder wird unter den Gerechtsamen etwas Anderes verstanden? Etwa das Recht, einmal eine Stelle in irgend einem Medicinal-Collegio ambiren, irgend eine Docenten-Stelle acquiriren oder um eine erledigte Professur anhalten zu dürfen? Diese Gerechtsame bestehen ja aber zur Zeit in ihrer Integrität und werden dadurch nicht im Geringsten beeinträchtigt, dass die Wundärzte I. Klasse ihre wohlüberstandenen Staatsprüfungen als gesetzmässige Mittel zu einer uneingeschränkten Praxis nunmehr sollen betrachten dürfen. —

Was nun den zweiten Punkt betrifft, nämlich, dass es nöthig sei:

die Wundärzte I. Klasse ihrer ursprünglichen Bestimmung als Landärzte näher zu bringen, so ist hier folgendes Thatsächliche wohl nicht ausser Acht zu lassen.

Es giebt unter 1000 kleinen Städten, deren Einwohnerzahl zwischen 1800 und 5000 beträgt, wohl kaum zehn solcher

kleinen Städte, in denen sich kein Promotus befände; ja, was noch mehr sagen will, es giebt unter wohlhabenden 1000 Dörfern und Marktflecken nur wenige, wo nicht bereits ein Promotus ansässig wäre. Den Beweis hierfür liefert, um einen Leitfaden anzugeben, die allgemeine und specielle Statistik der Medicinal-Personen der Preuss. Monarchie, Jahrgang 1845, von Dr. Sponholz. Es sollen hier nur einige Beispiele folgen. Es befindet sich im Regierungsbezirke Trier, Landkreis im Dorfe Hermeskeil, ein Dr. promotus,

im Kreise Bern-castel im Dorfe Rhaunen ein Dr. promotus,
in demselben Kreise im Dorfe Thalfanz ein Dr. promotus,
— im Kreise Merzig im Flecken Wadern ein Dr. promotus,
im Kreise Ottweiler im Flecken Neunkirchen ein Dr. prom.,
im Kreise Saarbrücken im Dorfe Rilchingen ein Dr. prom.,
— im Kreise Saarburg im Dorfe Perl ein Dr. promotus,
im Kreise Saarlouis im Dorfe Wallerfangen ein Dr. prom.,
im Kreise St. Wendel im Dorfe Baumholder ein Dr. prom.,
im Kreise Wittlich im Dorfe Manderscheid ein Dr. promotus,
in demselben Kreise im Dorfe Uerzig ein Dr. promotus.

Regierungsbezirk Aachen:
im Landkreise Aachen im Flecken Eschweiler ein Dr. prom.,
in demselben Kreise im Flecken Stollberg ein Dr. promotus,
— in demselben Kreise im Dorfe Herzogenrath ein Dr. prom.,
in demselben Kreise im Dorfe Pannescheid ein Dr. prom.,
— im Kreise Düren im Dorfe Creuzau ein Dr. promotus,
im Kreise Erkelenz im Dorfe Weiberg ein Dr. promotus,
im Kreise Geilenkirchen im Dorfe Gangelt ein Dr. promotus,
im Kreise Jülich im Dorfe Rödingen ein Dr. promotus,
in demselben Kreise im Dorfe Titz ein Dr. promotus,
im Kreise Malmedy im Dorfe Büllingen ein Dr. promotus,
— in demselben Kreise im Flecken St. Vith ein Dr. promotus
und beigeordneter Bürgermeister,

im Kreise Schleiden im Dorfe Blankenheim ein Dr. prom.,
in demselben Kreise im Dorfe Blumenthal ein Dr. promotus,
in demselben Kreise im Flecken Germünd zwei Drs. promoti.

Dieser kleine Abriss wird zur Genüge darthun — die ganze Rhein-Provinz sowie Westphalen wimmelt übrigens auf den Dörfern von Doctordiplomen —, dass gerade die promovirten Aerzte es waren und sind, welche die Aufrechthaltung jenes Princip, die Wundärzte I. Klasse ihrer ursprünglichen Bestimmung näher zu bringen, fast unmöglich machen, denn wo sollen z. B. in den Rhein-Provinzen und in Westphalen die Wundärzte I. Klasse am Ende hin, wenn sie alle nur einigermaßen wohlhabende Dörfer bereits von Doctoribus occupirt finden? Und noch mehr! Wie machen es die promovirten

Herren in den kleinen Städten im ganzen Preussischen Staate? Sie fahren auf ihre sogenannte Landschaft, auf ihre sogenannte Filial-Dörfer, wo sie gewöhnlich Hausärzte der Pastoren, Amtleute, Inspectoren, Oberförster und Rittergutsbesitzer sind, und lassen dem Wundarzte I. Klasse auf einem benachbarten Dorfe nur eben so viel zu thun übrig, dass er gerade noch weiss, dass es Patienten giebt. Letztere gehören aber alsdann gewöhnlich der ärmsten Klasse an, welche, theils aus Vorurtheil, theils aus wirklicher Armuth nicht zum Doctor schickt. Wo bleiben da die Gerechtsame der angefeindeten Wundärzte I. Klasse, wo bleibt ihre ursprüngliche Bestimmung? Glücklicherweise können sie sich noch schätzen, wenn sie nicht obendrein verdächtigt und als Pfuscher verschrieen werden. Also dies ist die gepriesene Einrichtung, dies die gepriesene Bestimmung des Instituts der Wundärzte I. Klasse? Geht doch nach dem Regierungsbezirk Gumbinnen, ruft man ihnen zu, da giebt es zu thun, da habt ihr Platz, da kommen 15000 Menschen auf einen Arzt. Wir geben die Weisung zurück und fragen:

„Warum occupiren die Promoti auch noch die Dörfer, warum ziehen sie nicht schaarenweise nach Gumbinnen, Marienwerder, Bromberg, warum schlagen sie da nicht überall ihr Domicilium auf? Ihr habt eher die Mittel zu solch' weiter Reise, in solch' unbekanntes Terrain! Man frage die hochgelehrten Herren nur. Der Refrain ihrer Antwort ist stets: „Die Gegend ist uns nicht civilisirt genug, wir haben dort keine Verwandte!“ Man könnte hinzufügen: „Und Ihr glaubt, dort schlechte Geschäfte zu machen“.

Man emancipire die Wundärzte I. Klasse, man entziehe ihnen nicht ferner das Recht, sich nach eigener Wahl überall niederlassen zu dürfen, und man wird sehen, dass sie vertrauensvoll in einen harten Kampf gehen, denn sie werden darin zeigen müssen, dass sie ebenbürtig, dass sie am Krankenbette zu rivalisiren im Stande sind. Man gebe ihnen mit einem Worte Freizügigkeit und hebe jedes bisherige gesetzliche Hemmniss auf. —

Wir glauben, am Krankenbette müsse es dem Staate gleichgültig sein, ob der Arzt die Antigone von Sophocles zu übersetzen, ob er das Alcäische Versmaass vom Sapphischen zu unterscheiden verstehe, ob er früher einmal den Plato und Tacitus gelesen, ob er ein sogenannter flotter Bursche gewesen u. s. w. Wir glauben aber auch, dass dies dem Kranken selbst höchst gleichgültig sein wird. Dem Kranken ist es um Herstellung seiner Gesundheit zu thun. Der Staat hat nur dafür Sorge zu tragen, dass es Leute gebe, die dies richtig ver-

stehen. Und der Wundarzt I. Klasse ist dies im Stande, denn er hat den Beweis davon in den von ihm glücklich und zur Zufriedenheit absolvirten Staatsprüfungen gegeben. Wer fragt den Rechts-Anwalt, ob er Dr. juris sei, wenn ihm die Führung eines Prozesses anvertraut werden soll? Was kümmert den Staat das Doctordiplom bei Besetzung wichtiger und höchster Stellen? Wem fällt es ein, einen berühmten Kanzelredner nicht hören zu wollen, weil er kein Doctor der Theologie? Welcher civilisirte Staat weigert sich einen Geistlichen zu installiren, weil er den Doctorhut nicht hat bezahlen können? Und bei den Aerzten sollte man so sehr darauf beharren, bei dieser durch die Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 §. 42 leider zu den Gewerbtreibenden herabgesetzten Klasse von Staatsbürgern, und gerade auf die Wundärzte I. Klasse wäre es abgesehen, gerade diese wären darauf angewiesen, sich förmlich auf die Lauer und in den Hinterhalt zu legen, um das „*prévenir*“ spielen zu können, wenn in irgend einem begüterten Dorfe oder Flecken eine Vacanz eintritt, um nicht, da *periculum in mora*, wenn der Promotus früher erscheint, in den Fall zu gerathen, die wohlerworbene und bezahlte Approbation in die eines Wundarztes II. Klasse umwandeln lassen und sich einer neuen Prüfung — *horribile dictu* — nach Ablauf von fünf Jahren unterwerfen zu müssen. Wahrlich, es liegt in den gesetzlichen Bestimmungen hierüber eine so grosse Accumulation von das gesunde Gefühl beleidigenden und geradezu tödtenden Tendenzen und Principien, dass man sich gar nicht zu wundern braucht, wenn Leute wie Sponholz und Consorten dies benutzten und die Wundärzte I. Klasse als diejenigen bezeichneten, welche die Standesehre der Aerzte im Allgemeinen zum Sinken brachten, den Nothstand herbeiführten und die Kunst entwürdigten. Und von wie vielen andern Seiten, öffentlich und insgeheim, ist Schmach auf uns gehäuft worden, die wir wie Männer zu ertragen wissen, die uns aber nicht abhalten soll, Einem Hohen Ministerio unsere gewiss gerechten Wünsche und Bitten vorzutragen und in der Hoffnung zu leben, dass ihnen Berücksichtigung zu Theil werden werde.

Ob das Institut der Wundärzte I. Klasse ferner ein notwendiges sei oder nicht, ob es für unsere jetzige Zeit und in die neue Reform passe oder nicht, das ist eine andere Frage, an deren Lösung wir uns nicht begeben wollen. Wir halten nur fest an dem Principe:

„gleiche Verpflichtungen, gleiche Rechte“,
wir bitten also um das wohlverdiente Recht:

„gleich den promovirten Aerzten die innere und äussere

„Praxis ohne alle und jede gesetzliche Einschränkung ausüben zu dürfen.“

Petitio secunda.

Umwandlung des Titels „Wundarzt erster Klasse“ in den Titel „praktischer Arzt.“

Wir glauben der Mühe des Beweises überhoben zu sein, dass der bisherige Titel Wundarzt I. Klasse durchaus nicht das bezeichnet, was er wohl eigentlich bezeichnen müsste, weil derselbe in seinem Wortlaut ganz und gar die Behandlung innerer Krankheiten ausschliesst, während er auf der anderen Seite durch den Beisatz „erster Klasse“ von vorn herein auf die Wundärzte zweiter Klasse und deren Befähigung ein übles Licht wirft. Sollen wir dem Wesen nach emancipirt werden, so muss es auch in der Form geschehen.

Petitio tertia.

So wie die erste Petition eine Gleichstellung der Wundärzte I. Klasse mit den promovirten Aerzten in Beziehung auf Praxis enthielt, so soll in dieser 3. Petition der Wunsch ausgesprochen werden, dass eine allgemeine Freizügigkeit in ganz Deutschland Statt finden möge, so dass das Recht der Niederlassung, Behufs Ausübung der Praxis, in keinem deutschen Staate beschränkt werden dürfe. Hoffentlich wird das Parlament zu Frankfurt a. M. auch über dieses Recht des Deutschen bald entschieden und sich dieserhalb mit den einzelnen Regierungen in Rapport gesetzt haben.

Petitio quarta.

Gleiche Taxe mit den promovirten Aerzten, und als Unterabtheilung: eine vervollständigte und emendirte Taxe, anstatt der bisherigen Taxe.

Auch hierbei leitet uns das Princip: gleiche Verpflichtungen, gleiche Rechte. Es sei uns hier gestattet, auf die Preuss. Medicinal-Taxe vom Jahre 1815 zu recurriren, zu welcher Zeit das Institut der Wundärzte I. Klasse noch nicht bestand. Jene Taxe nahm, quoad Wundärzte, principaliter nur auf Operationen Rücksicht, und stellte für dieselben allerdings solche Sostra, dass die operirenden Wundärzte damit wohl zufrieden sein konnten. Unbillig aber muss es erscheinen, dass die späteren „Wundärzte I. Klasse“ ihren Liquidationen gleichfalls die

Sätze unter No. 72, 73, 76, und 77 zu Grunde legen mussten, während No. 2 den Wundärzten, insofern sie gleichzeitig promovirte Aerzte sind, auch für ihre wundärztlichen Besuche das Sostrum der Aerzte zusichert. Unwillkürlich muss sich hier die Frage aufdrängen: steht der promovirte Arzt und Wundarzt in seiner letztern Eigenschaft — nämlich als Wundarzt — wirklich noch über dem Wundarzt erster Klasse? — Es scheint diese Frage wohl absolute negirt werden zu müssen, und dürfte diese bisherige Bestimmung wohl gänzlich überflüssig sein, sobald auch den Wundärzten I. Klasse mit den Promotis eine gleiche Taxe zugebilligt worden sein wird. Wenn wir oben davon gesprochen haben, dass die bisherige Taxe für die Operationen sehr zu Gunsten der Wundärzte ausgefallen war, so lässt sich wieder auf der andern Seite nicht leugnen, dass solche Operationen, wie sie in der Taxe für Wundärzte enthalten sind, auf dem Lande jetzt durchschnittlich äusserst selten vorkommen, da gewöhnlich, mit Ausnahme von Luxationen und Fracturen, die grösseren Operationen auch Aerzten in grösseren Städten anvertraut und von denselben unter Assistenz ausgeführt werden. Wir erlauben uns hier an die Erfahrung zu appelliren, welche lehrt, dass fast sämtliche wichtigere Operationen in den Provinzial-Krankenhäusern und Militair-Lazarethen Statt finden. Es würde uns nicht schwer fallen, aus den statistischen Uebersichten über die in gedachten Anstalten Operirten nachzuweisen, dass ein nicht unbedeutender Theil derselben Bewohner des platten Landes waren, die, im Vertrauen auf den Ruf und die Geschicklichkeit irgend eines tüchtigen Operateurs, sich nach irgend einer grossen Stadt bringen liessen, überzeugt, dass ihnen dort auch bei der Nachbehandlung die unumgänglich nöthige Pflege und Sorgfalt zu Theil werde, die sie in ihrer eigenen Behausung gar häufig entbehren müssen. Also ist auch nicht einmal oder doch nur äusserst selten die Benutzung jener gedachten Taxe für Verrichtung von Operationen den Wundärzten I. Klasse, die ursprünglich für das platte Land bestimmt sein sollten, zu Gute gekommen.

Wir enthalten uns, auf die übrigen grossen Mängel der bisherigen Taxe näher einzugehen, in der Ueberzeugung, dass auch dieser Punkt bei der Reformirung des Medicinal-Wesens näher beleuchtet und die Emanation einer zeitgemässen Medicinal-Taxe, womöglich für ganz Deutschland, zur Folge haben werde.

Petitio quinta.

Garantie unserer Liquidationen

- a) durch Anstellung von Districts-Aerzten, oder
- b) durch Garantie der einzelnen Communen, anlangend alle wirklich Hilfsbedürftigen.

Die billigste Forderung des Staatsbürgers ist wohl ohne Zweifel Sicherstellung dessen, worauf er rechtmässigen Anspruch hat. Allen Königlichen so wie den Communal-Beamten und Geistlichen steht eine solche Garantie schützend zur Seite. Sie nehmen, theils monatlich, theils vierteljährlich etc., das ihnen zuständige Gehalt in Empfang, und können ihre Ausgaben nach Höhe ihrer Einnahmen in bestimmter Weise festsetzen. Ganz anders steht es mit dem ärztlichen Personale, ausgenommen die Besoldung der gerichtlichen Aerzte. Die Aerzte haben nur die Garantie des Gewerbtreibenden. Von ihnen scheint man zu erwarten, dass sie ergiebige Geldquellen besitzen, denn man würde es ihnen sehr übel deuten, wenn sie aus freiem Antriebe eine Liquidation im Laufe des Jahres auszustellen sich erlauben wollten. Und ist endlich das neue Jahr mit seinem Monat Januar herangekommen, und werden die Rechnungen eingehändigt — wir sehen hier ab von den jährlich stipulirten Honoraren der Wohlhabenden — welche Abzüge muss sich da der Arzt gefallen lassen, wenn der Fall einen Knauser oder einen solchen betrifft, der, auf der Gränze zwischen Armuth und kümmerlichem Auskommen, die Rechnung in die zitternde Hand nimmt. — Gerichtskosten, Klassen- und Gewerbesteuer etc. werden oft mit schonungsloser, unerbittlicher Härte von den Executirbeamten begetrieben, und der Arzt, der nicht selten ein Leben gerettet hat, soll nachsichtig, soll gefühlvoll und zart zu Werke gehen bei seinen gerechten Forderungen. Ihm wird die Anstellung einer gerichtlichen Klage verargt, als wenn dies ein Crimen involvirte. Er, welcher bei dem perfidesten Wetter, bei Kälte und Regen, im Dienste seiner Patienten den Schlaf entbehren muss, er, der nicht selten als ein Opfer seiner unermüdlichen Thätigkeit bei böartigen Epidemien fällt, er ist ein Gewerbtreibender, denn auf diese Stufe hat ihn das Gesetz gestellt, er ist mit seinen Forderungen, im Falle er nicht befriedigt wird, auf diejenige Garantie angewiesen, die ihm der gerichtliche Weg der Klage bietet. Ach, und es giebt leider Gegenden, deren Bewohner es grossen Theils erst auf die Entscheidung durch die Klage ankommen lassen, es giebt Leute, die es über sich gewinnen, rechtmässige Forderungen des Arztes abzustreiten oder doch zu schmälern, es giebt Ortschaften,

wo die Armuth so gross, dass an ein gerichtliches Klagen nicht zu denken, weil, abgesehen von dem moralischen Gefühle des Arztes, dem Kläger dadurch nur noch Kosten erwachsen würden.

Das ziemlich sichere Mittel, diesen Uebelständen abzuhelpfen, besteht in der Anstellung von Districts-Aerzten mit bestimmtem Gehalte. Es ist hierüber, soviel uns bekannt, bereits in mehreren Reform-Beiträgen das Erforderliche auseinandergesetzt worden, so dass wir füglich über die Nothwendigkeit der Einführung von Districts-Aerzten hinweg gehen können. Gesetzt aber auch, die Schwierigkeiten der Einführung derselben würden siegreich beseitigt, angenommen auch, dieselben würden durch die höchsten Staatsgewalten ins Leben gerufen, so würden immer noch Wundärzte erster Klasse übrig bleiben, die dabei leer ausgingen, die an der besseren und gesicherteren Stellung der Districts-Aerzte, an der ihnen zu Gute kommenden Garantie ihrer Forderungen keinen Theil hätten. Auch für diese müsste der Staat dergestalt Sorge tragen, dass ihnen ihre taxmässig gestellten Forderungen unverkümmert garantirt würden. Wer hätte aber wohl hierzu eine nähere Verpflichtung als die betreffende Commune oder Gemeinde? — Die Fälle sind gar nicht selten, wo ein eingesetzter „Armen-Arzt“ bei den Armen wenig Vertrauen besitzt, so dass oft ein anderer Arzt von ihnen um Hülfe angesprochen wird, zu welchem sie ein grösseres Zutrauen haben. Soll der Letztere diese armen Leute jedes Mal an den betreffenden Armen-Arzt zurückweisen? Wir können unmöglich glauben, dass man in heutiger Zeit der ohnedies durch ihre Lage beklagenswerthen ärmeren Klasse wieder die Verpflichtung auferlegen wolle, einem bestimmten Armen-Arzte Gesundheit und Leben anvertrauen zu müssen, und sehen wir hiebei ganz ab von dem anerkannten Satze, dass durch das Vertrauen schon die halbe Cur bedingt sei. Unsere Gesinnungen nämlich werden hiebei lediglich von dem sittlichen Gefühle geleitet, dass auch dem Bedürftigsten und Aermsten die Wahl seines Arztes freistehen müsse. Auf der andern Seite ist es aber der Billigkeit entsprechend, dass die Commune für einen jeden notorisch Armen ausser dem wirklich nöthigen Arzneibedarf etc. auch in Betreff der ärzlichen Bemühungen aufkomme. Wenn wir auch bekennen, dass es die Pflicht eines jeden Arztes ist — gleichviel ob promovirt oder nicht promovirt — auch dem Niedrigsten beizustehen, selbst wenn die Hülfe gratis geleistet werden muss, so möchte es doch hier und da Aerzte geben, für welche die Garantie für ihre Bemühungen Seitens der Commune ein Sporn sein wird, sich der Armen während ihrer Krankheit mit mehr Sorgfalt und Aufmerksamkeit

anzunehmen, als dies wohl ohne jene Garantie der Fall sein dürfte. Die Erfahrung hat hierüber leider bereits entschieden, und werden wir folgerecht zur Aufwerfung der Frage getrieben: woher soll eine jede Commune — namentlich eine wenig bemittelte — die Geldsummen nehmen, die nöthig sein würden, um sowohl den oder die angestellten Armen-Aerzte, als auch andere Aerzte, die notorisch Armen ihre Hülfe haben angedeihen lassen, in Betreff ihrer Forderungen zufrieden zu stellen? Uns bedünkt, dass es zweckmässig sei, gar keine Armen-Aerzte mit fixirtem Gehalt zu haben. Was nützt dem Armen ein Armen-Arzt, zu dem er kein Vertrauen besitzt, was nützt ihm ein Armen-Arzt, wenn bei plötzlicher, schwerer Erkrankung zu ihm geschickt, und er nicht zu Hause angetroffen wird, was nützt ihm ein Armen-Arzt, wenn dieser selbst erkrankt ist, und auch sein Stellvertreter augenblicklich nicht erreicht werden kann? Wir hätten zu unserer fünften Petition

„Garantie unserer Liquidationen“
 nur noch hinzuzusetzen, dass es einem jeden Arzt zur Pflicht gemacht werden müsste, für Behandlung notorisch Armer die allerniedrigste Taxe in Ansatz zu bringen, und auf diese Weise der betreffenden Commune zur Ermöglichung der hiebei zu bringenden Geldopfer die Hand zu bieten.

Petitio sexta.

Sicherung der Aerzte bei etwa eintretender Invalidität derselben, entweder dadurch

- a. dass der Staat im Fall der Einführung von Districts-Aerzten denselben bei eintretender Invalidität eine entsprechende Pension bewilligt, oder
- b. dass, auch wenn Districts-Aerzte nicht eingeführt werden sollten, eine Unterstützungs-Kasse, unter Garantie des Staats, entstehe, die, aus der Mitte des ärztlichen Personals gebildet, dem hülfsbedürftigen Arzte ein sorgenfreies Alter bietet.

Wir beziehen uns hier auf die in der vorigen Petition angedeutete Zurücksetzung und Verwaisung, welche der ärztliche Stand, mit Ausnahme der Königlichen Medicinal-Personen, im Vergleich zu allen übrigen pensionsberechtigten Beamten leider noch immer erfahren muss. Wir kennen kein traurigeres Loos, als das eines Arztes, gleichviel ob promovirten oder nicht promovirten, wenn er durch Krankheiten oder hohes Alter unfähig geworden ist, für sich und die Seinigen die nöthigen Lebensbedürfnisse bestreiten zu können. Und diese harte, diese entmuthigende Zukunft trifft die allermeisten Aerzte. Nur wenigen ist es vergönnt, in ihren rüstigen Mannesjahren so viel

zu erübrigen, dass sie im Alter nicht zu darben brauchen; nur wenigen ist auch der materielle Segen einer glänzenden Praxis beschieden. Und gerade der Arzt möchte wohl in Folge seiner nicht selten beschwerlichen Mühwaltungen zu jeder Zeit des Tages, bei jeder Witterung, in ungesunder, oft verpestender Krankenstubenluft früher als viele Andere zu demjenigen Abschnitte des Lebens gelangen, wo die Invalidität ausser Zweifel tritt.

Die Dringlichkeit, dass für die alten, schwachen Tage des Arztes Sorge getragen werde, dürfte wohl zu evident sein, als dass einer Unstatthaftigkeit dieser Petition auch nur einen Augenblick Raum gegeben werden kann, und enthalten wir uns daher einer nähern Begründung in der Hoffnung, dass von der Weisheit Eines Hohen Ministerii der zur Realisirung am geeignetsten erachtete Weg auch zur gesetzlichen Geltung führen wird.

Petition septima.

Bildung einer Wittwen-Kasse, entweder nur für Aerzte, oder der erlaubte Beitritt zu der allgemeinen Beamten-Wittwen-Kasse, ebenfalls unter Garantie des Staats.

Ganz adäquat der vorhergehenden Petition dürfte wohl auch die Sorge für hinterbliebene Wittwen von Aerzten eine billige, wahrhaft zeitgemässe Forderung in sich schliessen. Die Beseitigung des traurigen Uebelstandes, dass die Hinterbliebenen oft in der drückendsten Lage sich befinden, ist, wie uns bedünken will, wahrlich mit keinen grossen Schwierigkeiten verknüpft, und dürfte auf einem der oben angegebenen Wege leicht beseitigt werden können. Es darf daher wohl erwartet werden, dass von Seiten des Staates Alles geschehen wird, um für die Subsistenzmittel von ärztlichen Wittwen — natürlich gleichviel ob jene promovirt waren oder nicht — in geeigneter Weise zu sorgen. Die bisherigen gesetzlichen Vorschriften in Betreff des Beitritts zu der allgemeinen Beamten-Wittwen-Kasse können füglich als ungenügend betrachtet werden, und tragen zu sehr das Gepräge der Ausschliesslichkeit, als dass davon nicht billigerweise abgegangen werden sollte.

Petition octava.

Berechtigung eines jeden Arztes zur Anlegung einer Hausapotheke, wenn das Domicilium des Arztes über eine Meile von der nächsten Apotheke entfernt liegt.

Auch diese unsere letzte Petition möchte wohl der Dringlichkeit nicht entbehren, namentlich in denjenigen Fällen, wo

der Landarzt in morbis acutis et acutissimis wegen grösserer Entfernung von einer Apotheke sich in der üblen Situation befindet, seinen Patienten die oft schleunigst nöthige Hülfe versagen zu müssen. Diese Fälle, und sie kommen eben nicht selten vor, dürften wohl zur Genüge die Rechtfertigung des oben ausgesprochenen Wunsches in sich schliessen und Veranlassung werden, dass es dem Landarzt ferner nicht als Ueberschreitung seiner Befugniss ausgelegt werde, wenn er in dringenden Fällen zur Hausapotheke greift, um seinen Patienten die schleunigste, weil nöthige, Hülfe angedeihen zu lassen.

Münnich. Költsch. Lentz. *)

XXIII. Verfügung.

*An den Wundarzt erster Klasse und Geburtshelfer Herrn
Költch Wohlgeboren zu Loburg.*

Die von Ihnen unter dem 19. vor. Mts. eingereichten Petitionen der am 23. September vor. Jahres zu Magdeburg versammelt gewesenen Wundärzte erster Klasse habe ich empfangen und ertheile Ihnen hiemit die Versicherung, dass dieselben bei der bevorstehenden Reform des Medicinalwesens geprüft werden sollen.

Berlin, den 23. Januar 1849.

Der Minister etc.

Ladenberg.

XXIV. Gesuch

der in Magdeburg am 24. September 1848 versammelten Chirurgen erster und zweiter Klasse aus der Provinz Sachsen.

Hohes Ministerium!

Schon seit Jahren ist eine Reform des Medicinal-Wesens von den Aerzten begehrt und von der Staatsbehörde auch ver-

*) Dieses Gesuch wurde von einem Schreiben des mitunterzeichneten Költch, dd. Loburg am 19. December 1848 begleitet.

heissen worden. In einem desfallsigen Erlasse des Ministerii der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 10. Juli d. J. heisst es:

„Uebrigens werden die Vorschläge freier, ärztlicher Vereine, es mögen dieselben unmittelbar aus kleineren Kreisen oder durch Vermittelung eines Central-Congresses erstattet werden, dieselbe sorgfältige und dankbare Prüfung finden, welche die Vorschläge der Behörden, Facultäten und einzelner Aerzte finden sollen und zum Theil schon gefunden haben.“

Gestützt auf diesen Erlass und in der Ueberzeugung, dass ein Gutachten der Wundärzte nicht minder Berücksichtigung verdienen dürfte, als das der promovirten Aerzte, traten mehrere Wundärzte erster und zweiter Klasse aus der Provinz Sachsen am heutigen Tage zu einer Berathung über die Preussische Medicinal-Verfassung zusammen, deren Ergebnisse Einem Hohen Königl. Ministerium zu geneigtester Berücksichtigung vorzutragen wir uns hiemit erlauben.

In dem Bewusstsein, dass bei Berathung der Medicinal-Verfassung es sich nicht allein um das Interesse des ärztlichen Standes handeln kann, sondern hauptsächlich das Wohl des der ärztlichen Hülfe bedürftigen Publikums zur Richtschnur zu nehmen ist, sprechen wir zunächst unsere Ansicht dahin aus, dass zwar eine Reform der jetzigen Medicinal-Verfassung, aber nicht ein völliger Umsturz derselben nothwendig ist. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir erklären, dass die jetzige Classification des Heilpersonals dem Bedürfnisse des Volkes vollkommen entspricht, und wir demnach deren Beibehaltung für sehr wünschenswerth halten.

Zur Begründung wollen wir nur anführen, dass dieselbe Veranlassung, welche im Jahre 1825 die jetzige Einrichtung der wundärztlichen Klassen ins Leben rief, nämlich das Bedürfniss der Landbewohner, auch jetzt noch fortbesteht; denn die promovirten Aerzte vermeiden so viel als möglich die Niederlassung auf dem platten Lande, das sie in der Regel nur als letzten Zufluchtsort wählen; ferner, dass noch keine Stimme aus dem Volke die Aufhebung des Chirurgenstandes beantragt hat, was doch zweifelsohne geschehen wäre, wenn die Praxis der Wundärzte erster und zweiter Klasse in Wirklichkeit die Wohlfahrt des Volkes irgendwie gefährdete; endlich, dass die Anforderungen der Heilkunde als Wissenschaft bei ihrem gewaltigen Umfange und der Schwierigkeit, dahin zu gelangen, auch nur einzelne Theile derselben, wie die interne Medicin, die operative Chirurgie und die Geburtshülfe mit sicherer Festigkeit und

glücklichem Erfolge auszuüben, — der jetzigen Klassifikation des Heilpersonals keines Weges widerstreiten.

Weil nun in Wahrheit die Wundärzte, besonders erster Klasse, einem grossen Bedürfnisse des Publikums abgeholfen haben und so lange abhelfen werden, als der Staat nicht in hinreichender Anzahl promovirte Aerzte auf dem Lande ansiedeln kann, und weil die unpromovirten Medico-Chirurgen in der That dieselben ärztlichen Prüfungen, als die promovirten, haben bestehen müssen, so glauben wir folgende wohlerwogene Anträge und Wünsche aussprechen zu dürfen:

A. Die bisherigen Wundärzte erster Klasse beanspruchen:

1. eine, ihrer ärztlichen Befähigung entsprechende Bezeichnung, als etwa Medicus, practischer Arzt, resp. Stadtarzt oder Landarzt, oder dergleichen. Einen solchen Character verlangen sie aus einem doppelten Grunde, erstens sind sie wirkliche praktische Aerzte (vergl. Circular-Rescript vom 20. März 1828), und der Titel „Wundarzt“ ist demnach nicht ausreichend genug, und zweitens kann das Publikum aus ihrer jetzigen Bezeichnung nicht den Umfang ihrer ärztlichen Befugnisse erkennen; ja manche promovirte Aerzte suchen den „Wundarzt“ unter diesem Namen beim Volke zu verdächtigen. Ueberhaupt sollte von Wundärzten erster und zweiter Klasse gar nicht die Rede sein, da es nur eine Wundarzneikunde giebt.

2. Beanspruchen sie die Berechtigung zur Ausübung der gesammten Heilkunde im ganzen Umfange des preussischen Staates ohne locale Beschränkung, also durchaus freies Niederlassungsrecht. Die Wundärzte haben nämlich sämmtliche, für die innere Heilkunde erforderlichen Prüfungen, also einen Beweis von ihrer Befähigung zur Behandlung interner Krankheiten, ablegen müssen, sie standen in dieser Beziehung den promovirten Aerzten gleich: dennoch waren die Wundärzte erster Klasse schon seit ihrer ersten Bildung auf die schmachvollste und ungerechteste Weise in ihren natürlichen Gerechtsamen dadurch beeinträchtigt, dass ihnen in den Orten, wo bereits promovirte Aerzte ansässig waren, die innere Praxis entzogen, dass sogar ihre Approbation späterhin in die eines Wundarztes zweiter Klasse umgeschrieben wurde, und sie sich einer neuen Prüfung unterwerfen mussten, wenn sie fünf Jahre hindurch der internen Praxis beraubt geblieben waren. Ist es wohl zu billigen, dass man somit einem Stande offenbar den Weg abschneidet, die von ihm erworbenen Mittel zum Wohle seiner Mitmenschen anzuwenden? Wir halten auch eine freie Concurrrenz unter dem gesammten approbirten Heilpersonale aus dem Grunde für völlig nachtheillos für das Volk, weil ein min-

derer Grad von praktischer Geschicklichkeit des Einzelnen von selbst dessen ärztlichen Wirkungskreis beschränken wird. — Uebrigens glauben wir darin keine unbillige und vergebliche Forderung zu thun, dass wir hinsichtlich des Niederlassungsrechtes für die Wundärzte I. Klasse Gleichheit mit den promovirten Aerzten verlangen, da nach den neuesten Bestimmungen die Wundärzte im Militair zu Assistenz-Aerzten mit Offizier-Rang erhoben werden, somit also den promovirten Aerzten gleichgestellt sind.

3) Tragen die Wundärzte I. Klasse auf Gleichheit ihrer Medicinal-Taxe mit der der promovirten Aerzte an; denn gleicher Arbeit gebührt gleicher Lohn, gleichen Leistungen gleiche Würdigung und Anerkennung.

4) Beantragen sie, dass die Aemter der bei den Königlichen Medicinal-Collegien für Chirurgie zu bestellenden Assessoren, ferner der Kreis-Chirurgen, zweiten Hebammen-Lehrer nur mit Wundärzten besetzt werden, desgleichen dass sie für die Bezirks- und Districts-Arzt-Stellen wählbar sind; auch müssen die Stellen der Medicinal-Assessoren, Kreis-Chirurgen und zweiten Hebammenlehrer, soweit solche gegenwärtig gesetzwidrig mit promovirten Aerzten besetzt sind, den Wundärzten bei eintretenden Vacanzen wieder geräumt werden.

5) Verlangen sie die Aufhebung der Bestimmung, wonach der Wundarzt erster Klasse sich dem promovirten Arzte bei Consultationen unterzuordnen hat; so wie

6) der Verfügung, wonach die von Wundärzten I. Klasse über Geisteskranke u. s. w. ausgestellten Atteste keine amtliche Gültigkeit haben.

B. Die Wundärzte zweiter Klasse anlangend:

1) Sie führen in Zukunft die einfache Bezeichnung „Wundarzt“, nachdem den Wundärzten I. Klasse ein entsprechender Titel verliehen ist.

2) Verlangen die Wundärzte II. Klasse, dass ihnen die Ausübung der Geburtshülfe zugestanden werde, wie dies bis zum 30. November 1830 der Fall war;

3) dass das Verbot vom 1. December 1825, wonach den Wundärzten II. Klasse das Examen, um forensische Wundärzte zu werden, nicht zusteht, aufgehoben werde.

C. Beide bisherigen Klassen von Chirurgen beantragen, dass in Zukunft einer ihrer Standesgenossen sie bei den höchsten Medicinal-Behörden vertrete.

Dies wären ungefähr die wichtigsten Anträge zur Medicinal-Reform im Interesse der Wundärzte, für den Fall, dass nicht ein völliger Umsturz der jetzigen Klassification des Heilpersonals stattfände, worauf sie um so mehr beharren müssen,

als sie vom Staate sanctionirt sind und in ihren wohl erworbenen Rechten keine Schmälerung erwarten. Wohl aber steht dem Staate das Recht zu, von jetzt ab beide wundärztliche Klassen aussterben zu lassen, indem er deren weitere Ausbildung untersagt. Auch hat es den Anschein, als wünsche der grössere Theil des Heilpersonals die Aufhebung der jetzigen Klassifikation, und als würde dieser Wunsch Geltung erhalten. Wir halten uns deshalb für verpflichtet, auch für diesen Fall unsere Wünsche auszusprechen, die im Allgemeinen mit den Ansichten und Beschlüssen der Wundärzte Schlesiens übereinstimmen.

A. Die Wundärzte I. Klasse machen für letzteren Fall hinsichtlich:

- 1) ihrer Bezeichnung,
 - 2) der Unbeschränktheit ihrer Praxis,
 - 3) der Gleichheit der Medicinal-Taxe,
 - 4) der Besetzung der oben genannten Medicinal-Stellen,
 - 5) der Gleichstellung mit den promovirten Aerzten bei Consultationen am Krankenbette, und
 - 6) der amtlichen Gültigkeit ihrer Atteste
- dieselben Ansprüche, wie wir sie oben ausgesprochen haben.

Ausserdem machen wir den Vorschlag, falls man noch schneller die Einheit in der äussern Form des ärztlichen Standes herbeizuführen wüsste, dass man den Wundärzten I. Klasse, indem ihnen das Unmögliche: Abiturienten-Examen und Quadriennium, erlassen wird, gestatte, die Promotion durch Anfertigung einer in der Muttersprache geschriebenen Dissertation und durch ein Colloquium zu absolviren, jedoch nur in dem Falle, dass auch die künftighin zu bildenden Aerzte erst nach Erlangung der Doctorwürde zur Praxis berechtigt sind.

B. Die Wundärzte II. Klasse erheben folgende Wünsche, Vorschläge und Ansprüche:

1) dass allen Wundärzten II. Klasse Gelegenheit verschafft werde, in möglichst kurzer Frist und ohne weitere Kosten den medicinisch - klinischen Cursus und die Schlussprüfung zu absolviren, um dadurch in die Rechte der praktischen Aerzte zu treten;

2) dass den Wundärzten II. Klasse sogleich gestattet werde, als Unterärzte in die Armee einzutreten, um dadurch eine mehr gesicherte Stellung zu erhalten;

3) dass denjenigen Wundärzten II. Klasse, welche die Prüfungen, um Wundärzte I. Klasse zu werden, nicht bestehen können oder wollen, und die, durch Privatverhältnisse behindert, auch nicht als Unterärzte in die Armee eintreten können, gestattet werde, das geburtshülfliche Examen zu machen,

um die Geburtshülfe auszuüben, desgleichen das Examen in der medicina forensis, um zur Stelle eines Kreis - Chirurgus qualificirt zu sein;

4) dass die Wundärzte II. Klasse, welche in ihrer jetzigen Stellung verbleiben wollen, sowie die unter 3) bezeichneten Wundärzte II. Klasse für die Zeit ihres Bestehens ihre Bezeichnung als „Wundarzt“ behalten;

5) dass, damit die unter 3) und 4) bezeichneten Wundärzte in ihren Rechten nicht beschränkt und ihre Existenz nicht gefährdet werde, die Bildung des beabsichtigten Hülf s-Heilpersonals nur allmählig vor sich gehe, und keinem Heildiener die Niederlassung an einem Orte gestattet werde, wo die Hülfleistungen von Wundärzten ausreichend sind, eine Maassregel, auf welche die Wundärzte II. Klasse um so mehr Anspruch machen können, als sie durch das Rescript vom 20. März 1828 noch besonders dazu verpflichtet sind, sich der niedern Chirurgie nicht zu entziehen.

6) Ausserdem würde zur Sicherung der Existenz der Wundärzte II. Klasse zweckmässig sein:

a) ein Verbot, dass die Barbieri u. s. w. die „kleine Chirurgie“ ausüben, und

b) ein Verbot, dass die Aerzte in den Städten ein Geschäft daraus machen, die kleinen chirurgischen Operationen, als Aderlass, Schröpfen, Blutegelsetzen u. s. w. selbst zu verrichten, ferner dass sie sich, um der Wundärzte überhoben zu sein, von ihnen selbst eingeübter Laien als Assistenten bei grössern Operationen bedienen.

C. Im Interesse des gesammten Heil-Personals und in Rücksicht auf die allgemeine Gesundheits-Pflege knüpfen wir noch folgende Vorschläge an:

1) dass in solchen Orten und Gegenden, wo sich das Bedürfniss nach Aerzten herausgestellt, die Erfahrung aber gelehrt hat, dass ein Arzt oder Wundarzt dort den nöthigen Broterwerb nicht finden kann, Districts-Aerzte vom Staate angestellt werden;

2) dass jeder auf dem Lande praktizirende Heilkünstler, welcher mehr als eine Meile von einem Orte, wo sich eine Apotheke befindet, entfernt wohnt, berechtigt sei, eine Hausapotheke zu halten, und zwar den früher darüber gegebenen gesetzlichen Bestimmungen gemäss;

3) dass, so lange die Vaccination Zwangsmaassregel ist, jedem Arzte und jedem Wundarzte ein bestimmter Impfbezirk zugewiesen werde;

4) dass sowohl promovirten, als nicht promovirten Aerz-

ten für die Behandlung der Armen-Kranken von den betreffenden Gemeinden Remuneration zuerkannt werde;

5) dass auch auf dem Lande, ebenso wie in den Städten, in allen Fällen Todtenschau und Todtenscheine durch die handelnden Aerzte und durch die Districts-Aerzte bei Armen (unter Remuneration bei letzteren durch die Commune oder den Staat) eingeführt werden;

6) dass das Wirken der Hebammen auf regelmässige Geburten beschränkt werde, und alle regelwidrigen Geburten nur von Geburtshelfern ausgeführt werden, da die Hebammen bei letzteren Geburten im Allgemeinen ganz ungenügende Hülfe leisten; und dass denselben die Ausübung der niedern Chirurgie, besonders Schröpfen, Klystiersetzen u. s. w., beim männlichen Geschlecht streng untersagt werde;

7) dass alle Schranken zwischen Civil- und Militair-Aerzten weggeräumt werden; demnach jedem Civil-Arzt der Weg offen stehe, als Militair-Arzt einzutreten. Zu dem Ende halten wir auch für nothwendig, dass die eigenen Bildungs-Anstalten für Militair-Aerzte aufgehoben werden;

8) dass der Missbrauch, mehre geldbringende Aemter an eine Medicinal-Person zu ertheilen, aufhöre;

9) dass eine neue Medicinal-Taxe unter Zuziehung von Landärzten ausgearbeitet und eingeführt werde;

10) dass ein Staatspensionsfond für arme, zur Ausübung der Praxis gänzlich unfähig gewordene Medicinal-Personen errichtet werde, desgleichen eine Wittwen- und Waisen-Kasse, an der jedes Mitglied des Heilpersonals sich zu betheiligen berechtigt ist. Zu letzterem Zwecke erscheint uns eine Erweiterung des Hufelandschen Wittwen- und Unterstützungs-Vereins besonders geeignet;

11) dass durch gesetzlich gebotene Association das ärztliche Personal in Local-, Kreis- und Provinzial-Vereine zusammentrete, um ein freundschaftliches collegialisches Verhältniss zu begründen und ihre Fortbildung in der Wissenschaft zu sichern.

Hieran reihen wir noch in der Kürze unsere Ansicht über das zu bildende Hülf-Heilpersonal.

Bei der Einrichtung der beabsichtigten Heildiener entsteht die Frage, ob dieselben nur den gewöhnlichen Krankenwärterdienst, oder auch zugleich die niedere Chirurgie mitbetreiben sollen. Bei dem Begriffe der Einheit in der Heilkunst, wie er jetzt festgehalten werden soll, ist es allerdings ein Widerspruch, von der Chirurgie, als integrirendem Theile der Heilkunst, die kleine Chirurgie zu trennen. Auch könnte es den Anschein gewinnen, als würden in Zukunft die Aerzte auch

auf den Universitäten die nöthige Unterweisung in den Operationen der kleinen Chirurgie erhalten, und somit deren Ausübung gesichert sein. Allein die Erfahrung hat gelehrt und wird es auch in Zukunft bestätigen, dass nur ein kleiner Theil der Aerzte sich mit der kleinen Chirurgie abgiebt, und dass Aerzte, die in den ersten Jahren ihrer Praxis diese unbedeutenden Operationen verrichten, späterhin dieselben stets vermeiden. In Ansehung dessen halten wir dafür, dass es zweckmässig sein würde, eine bestimmte Anzahl von geeigneten Individuen in den Verrichtungen der niedern Chirurgie auszubilden, sei es auf besonders eingerichteten Lehr-Anstalten, oder zunftmässig, welches letztere wohl der bessere Weg sein dürfte, da hierdurch dem Staate keine Ausgaben verursacht würden.

Jedoch müsste bei Anstellung solcher Heildiener stets zu beachten sein, dass sie nicht an Orten ihr Gewerbe ausüben, wo noch Wundärzte die erforderliche Hülfe in der kleinen Chirurgie leisten.

Das höchste Ziel und die heiligste Pflicht des Arztes ist es, zu helfen und zu heilen. Damit jedoch seine Bemühungen und sein Wirken nicht fruchtlos bleiben, ist es nothwendig, dass eine entsprechende Armen- wie allgemeine Krankenpflege eingerichtet werde. Es bedarf aber einer grossen Verbesserung und einer bedeutenden Erweiterung derselben, soll sie den Zustand erhalten, der uns dem Bedürfnisse des Staates angemessen erscheint. — Unsere Ansicht ist nämlich folgende:

Jeder Kranke, dem in seiner Wohnung nicht die gehörige Pflege geboten werden kann, muss in eine Krankenanstalt aufgenommen werden, ohne dass man seine Aufnahme von seinen pecuniären Verhältnissen abhängig macht. Es sind deshalb die bestehenden Krankenhäuser zu erweitern und neue zu errichten. Jedoch liegt dem Staate zunächst nur die Verpflichtung ob, dafür zu sorgen, dass die einzelnen Gemeinden dergleichen Kranken-Anstalten errichten und für deren Bestehen das Erforderliche thun. Sind aber die Mittel der Gemeinde nicht ausreichend, so müssen die vereinigten Kräfte des Kreises oder Bezirkes, oder der Staat selbst die Ausführung bewirken. Dem entsprechend ist das Verhältniss der an diesen Krankenhäusern anzustellenden Aerzte, entweder liegt den Gemeinden deren Besoldung ob, oder der Staat unterhält dieselben.

Es ist ein Congress zur Feststellung der Medicinal-Verfassung in Aussicht gestellt. Sollte derselbe wirklich stattfinden, so tragen wir darauf an, dass die bisherigen Wundärzte I. und II. Klasse sich in einer verhältnissmässigen Anzahl, wie

die promovirten Aerzte, daran betheiligen. Uebrigens, so anerkennenswerth auch das Zugeständniss eines Congresses sein würde, so können wir doch nicht umhin, unsere Bedenken darüber auszusprechen, ob 1) eine solche Forderung vom Staate sich mit den Forderungen der Billigkeit gegen die übrigen Stände im Staate verträgt, und 2) ob nicht Local-Verhältnisse gerade die Männer an der Theilnahme am Congress behindert, welche die meiste Fähigkeit und das grösste Vertrauen des ärztlichen Publikums besitzen. — Wir würden es nämlich auch für hinreichend halten, wenn die Behörden für die Ausarbeitung der Medicinal-Verfassung sorgten und dieselbe dann vor ihrer Feststellung erst nochmals der Begutachtung eines durch freie Wahl des gesammten Heil-Personals zusammenberufenen Ausschusses übergäben.*)

Magdeburg, den 24. September 1848.

Die von den in der Anlage unterzeichneten Chirurgen der Provinz Sachsen ernannte Redactions-Commission:

Varges, Medicinal-Assessor in Magdeburg. **Frantz,** Kreiswundarzt in Genthin.

XXV. Verfügung.

An den Königl. Medicinal-Assessor Herrn Varges Wohlge-
boren zu Magdeburg.

Ew. Wohlgeboren eröffne ich auf die Vorstellung vom 24. September d. Jahr. zur Mittheilung an die übrigen Herren Unterzeichner derselben, dass ich von den darin in Beziehung auf die Reform des Medicinal-Wesens gemachten Vorschlägen vorläufig nähere Kenntniss genommen habe. Zugleich ertheile ich Ihnen die Versicherung, dass ich bei der bevorstehenden Reform der Medicinal-Verfassung Ihre Vorschläge in reifliche Erwägung nehmen werde.

Berlin, den 21. November 1848.

Der Minister etc.
Ladenberg.

*) In Magdeburg fanden demnach 2 Versammlungen statt, die eine am 23sten, die andere am 24sten Sept. Die Ursache war eine Spaltung, die zur Opposition und Parteibildung führte; und daher wurden zwei Gesuche an das Ministerium gerichtet.

XXVI. Reformvorschläge.

Der Verein praktischer Aerzte zur Förderung der Reform des Medicinal-Wesens in Königsberg in Preussen reicht Reform-Vorschläge ein.

Hohes Ministerium!

Indem wir in dem Erlasse vom 10. Juli mit Befriedigung die wohlmeinende Absicht Eines Hohen Ministeriums erkannt haben, bei der neuen Medicinal-Gesetzgebung den Beirath der in praktischer Beziehung allein competenten Aerzte benutzen zu wollen, kommen wir bereitwilligst der an uns ergangenen Aufforderung nach und beehren uns, unsere Vorschläge zur Reform des Medicinalwesens, die aus gemeinsamer, freier Berathung hiesiger Aerzte hervorgegangen sind, Hochdemselben zur möglichsten Berücksichtigung bei der Herstellung einer neuen Medicinalverfassung ehrerbietigst zu empfehlen.

Erzielung einer zeitgemässen theoretischen und praktischen Reife der Aerzte, gewissenhafte Begrenzung und Gleichstellung ihrer Rechte und Pflichten, Verbesserung ihrer socialen Stellung, Hebung der moralischen Würde des Standes durch Entwicklung einer innigern Collegialität, Organisation der Armenkrankenpflege, endlich Selbstverwaltung des öffentlichen Heilwesens und Schonung früher erworbener Rechte: — dies sind die Gesichtspunkte, die bei unsern Vorschlägen maassgebend gewesen sind. Nur auf solchen Grundlagen scheint uns ein dauerhafter, hoffnungsvoller Aufbau der neuen Medicinal-Gesetzgebung möglich; nur durch Erfüllung dieser gerechten Wünsche kann ein nach Aussen freier, nach Innen einiger ärztlicher Stand hergestellt werden und als ein würdiges Glied des demokratisch-constitutionellen Staates seine segensreiche Thätigkeit zu eigenem Frommen und des Ganzen Bestem entfalten. —

I. Von der Ausbildung, Prüfung und Eintheilung der Aerzte und ihrer Gehülfen.

Da dem Staate aus Rücksichten des allgemeinen Wohles und aus Sorge für den innern Werth unseres Standes Alles daran gelegen sein muss, theoretisch durchgebildete und praktisch brauchbare Aerzte zu erhalten, so haben wir uns zunächst mit der Frage beschäftigt, wie solche am sichersten hergestellt werden können. Ohne uns nun in specielle Erörterungen darüber einzulassen, wie die Vorbildung auf den Schulen und der

Lehrplan auf den höhern Bildungsanstalten am zweckmässigsten vom Staate anzuordnen und zu leiten sei, — Fragen, die bei den Verhandlungen über die Reorganisation der Universitäten ihre Erledigung finden dürften, — erlauben wir uns nur, von unserm Standpunkte aus, um die Bildung der promovirten Aerzte auf einem der jedesmaligen Ausbildung der Wissenschaft entsprechenden Standpunkte zu erhalten, folgende Vorschläge zu machen, die, wie auch alle spätern, aus Majoritätsbeschlüssen unseres Vereins hervorgegangen sind.

§. 1.
Alle Staatsbildungsanstalten für Aerzte hören auf, mit Ausnahme der Universitäten.

§. 2.
Bei jeder Universität wird eine Examinations-Commission Behufs der Approbation der Aerzte eingerichtet, und sollen die Examinatoren zum Theil nicht beamtete praktische Aerzte sein.

§. 3.
Der Staatscursus umfasst das ganze Gebiet der ärztlichen Wissenschaft, die Medicin, Chirurgie, Geburtshülfe, gerichtliche Medicin und Medicinal-Gesetzgebung.

§. 4.
Demgemäss giebt es fortan nur eine Klasse von Aerzten, nämlich solche, die aus der im §. 3 festgesetzten Prüfung hervorgegangen sind.

§. 5.
Die nach den früheren Principien approbirten Aerzte bleiben im Besitz ihrer Befugnisse und Rechte.

§. 6.
Ausser den Aerzten bestehen Hebammen, Bader und unterrichtete Krankenwärter als Hülfspersonal.

§. 7.
Es erscheint wünschenswerth, die Hebammen wie bisher unter Aufsicht des Staats zu unterrichten und zu prüfen, die Bader einer einfachen technischen Prüfung durch Fachgenossen zu unterziehen.

II. Von der staatsbürgerlichen Stellung der Aerzte, ihren Rechten und Pflichten.

In Bezug auf die Stellung, welche die nach diesen Principien approbirten Aerzte künftig im Staate einnehmen sollen, verwahren wir uns zunächst aufs Entschiedenste gegen die bisher beliebte schwankende Betrachtungsweise, nach welcher der Staat die Aerzte, wo es Pflichten zu erfüllen galt, zu den Beamten, wo Rechte zu gewähren waren, nur zu den Gewer-

betreibenden zählte. Als freie Kunst wollen wir in jeder Weise unsere Kräfte dem öffentlichen Wohle weihen, wünschen aber von jedem unmittelbaren Beamtenverhältniss zum Staate befreit zu werden und beanspruchen demnach auch:

§. 8.

dass die Freizügigkeit der Aerzte durch den ganzen Staat in Kraft bleibe.

Bei Abgrenzung unserer Rechte und Pflichten wünschen wir zunächst, dass alle unbegründeten Bevorzugungen, alle Privilegien aufhören, und eine völlig gleiche Berechtigung aller Glieder unseres Standes anerkannt werde, also:

§. 9.

Die exclusive Berechtigung der homöopathischen Aerzte zum Selbstdispensiren hört auf.

§. 10.

Jedem Arzte gebührt unbedingte technische Glaubwürdigkeit bei allen Behörden; jedoch steht diesen die Appellation an die betreffenden Comités zu. (Siehe §. 18).

§. 11.

Jeder Arzt trägt die Befähigung (siehe §. 3) und Berechtigung zu jeder civil- und militair-ärztlichen Anstellung in sich.

§. 12.

Die Cumulationen von besoldeten Staatsämtern, als Bevorzugungen Einzelner zum Schaden der Uebrigen und des allgemeinen Wohles, hören auf.

Indem wir ferner im Allgemeinen die Verpflichtung anerkennen, jedem Kranken unsere Hülfe zu leisten, der sie begehrt, und dafür das Recht der taxmässigen Bezahlung von ihm oder der Commune beanspruchen, hegen wir, zur Erzielung einer gerechten Belohnung der Aerzte für ihre Leistungen, und um den, durch die starke Concurrenz erzeugten, die Würde unseres Standes untergrabenden, verderblichen Minuslicitationen für die Zukunft vorzubeugen, folgende Wünsche:

§. 13.

Die Taxe ist zu revidiren und zu vervollständigen.

§. 14.

Jeder Arzt ist bei Behandlung von Privatkranken, wenn er nicht durch ein jährliches bestimmtes Honorar gebunden ist, verpflichtet, den Entgelt für seine Leistungen nur nach der Taxe zu liquidiren.

§. 15.

Die Leistungen des Arztes in öffentlichen Anstalten oder für die Armen-Krankenpflege und Sanitätspolizei werden vom

Staat oder den Communen nach festen, in der Taxe zu normirenden Sätzen honorirt.

§. 16.

Keinem Arzte ist es zu gestatten, ein diesen Principien widersprechendes Abkommen zu treffen.

Endlich beanspruchen wir für unsern Stand, nach dem sich überall jetzt geltend machenden Grundsätze der Autonomie der Staatsbürger, noch ein neues wesentliches Recht, nämlich das Recht der Selbstverwaltung des öffentlichen Heilwesens. Dies fordert nicht nur die consequente Durchführung des demokratisch-constitutionellen Principis, sondern auch die Rücksicht auf das öffentliche, wie auf unser eignes Wohl; denn Niemand kann die Mängel des Medicinalwesens so gut beurtheilen, als wir, die wir sie am drückendsten empfinden; Niemand kann ihre Abhülfe so dringend wünschen, als wir, die wir am schwersten darunter leiden; Niemand kann endlich so gut die passendsten Männer aus unserer Mitte, von denen sich Abhülfe erwarten lässt, erwählen, als wir, die wir in täglicher collegialischer Berührung mit einander stehen und die Thätigkeit eines Jeden von uns am genauesten beurtheilen können.

Wenn wir auch anerkennen müssen, dass der Staat zu polizeilichen und administrativen Zwecken ein Institut von besoldeten Aerzten, das der Physiker, wird aufrecht erhalten müssen, freilich in verbesserter Form, so wünschen wir doch von jeder untergeordneten Beziehung zu demselben befreit zu werden. Wir können künftig nur eine durch freie Wahl aus unserer Mitte hervorgegangene Behörde als vorgesetzte anerkennen, und erlauben uns folgende, dahin zielende Vorschläge zu machen:

§. 17.

Der Grundsatz der Selbstverwaltung ist leitend für das gesammte Heilwesen.

§. 18.

Die Aerzte jeder Provinz bilden eine Generalassociation, die Aerzte der einzelnen, künftig abzugrenzenden Bezirke Specialassociationen. Aus diesen gehen durch Wahl die verschiedenen Comités für die Medicinalverwaltung hervor.

§. 19.

Die Comités treten unter einem auf gewisse Zeit gewählten Vorsitzenden nach Bedürfniss zu Sitzungen zusammen, übertragen nach Maassgabe der Neigung und Ausbildung die Verwaltung der einzelnen Geschäftszweige einzelnen Mitgliedern und machen die Namen dieser so erwählten Beamten den Behörden bekannt.

§. 20.

Der Geschäftskreis der Comités soll der der gegenwärtigen Competenz der Medicinal-Collegien sein.

§. 21.

Jeder Arzt gehört der Association seines Verwaltungsbezirks nothwendig als Mitglied an.

Da nun den Aerzten selbst vor allen Dingen daran liegen muss, dass nicht Einzelne aus ihrer Mitte durch Herabsetzungen, Verdächtigungen und Verläumdungen, deren sie sich gegen Collegen schuldig machen, der Würde des ganzen Standes Eintrag thun, die Gesetze aber der Natur der Sache nach dem weder genügend vorbeugen, noch auch für alle Fälle die nöthige Strafe festsetzen können, so scheint es uns am passendsten, dass die Aufsicht hierüber eben jenen Associationen der Aerzte anvertraut werde. Der darauf bezügliche Paragraph lautet:

§. 22.

Aus den General-Associationen werden Ehrengerichte, eine Jury von Standesgenossen, zur Schlichtung von Differenzen unter Collegen erwählt.

Wir hoffen nicht nur, dass durch die von der Association der Aerzte bedingten häufigern Zusammenkünfte die Collegialität an sich erfreulich gefördert werden wird, sondern sind auch der festen Ueberzeugung, dass die blosse Scheu vor der mit den Verhandlungen jener Jury nothwendig verbundenen Oeffentlichkeit hinreichen wird, so beklagenswerthe Differenzen, wie sie bei der bisherigen Isolirung der Aerzte wohl vorkommen konnten, für die Zukunft zu vermeiden.

Schliesslich scheint es uns angemessen, auch die Aufsicht über die Armen-Krankenpflege den Associationen der Aerzte anzuvertrauen; denn diese können nicht nur am besten beurtheilen, wo und wie ärztliche Hülfe Noth thut, sondern sie werden auch aus ihrer Mitte die geeignetsten Individuen den respectiven Communen zu Armenärzten vorschlagen können; doch bedarf es hiebei der Beihülfe des Staates, um die Communen zu zweckmässigen Einrichtungen Behufs der Armen-Krankenpflege aufzufordern und anzuhalten. Wir schlagen demnach vor:

§. 23.

Die Associationen der Aerzte, resp. die aus ihnen hervorgegangenen Comités führen die Aufsicht über die Armen-Krankenpflege.

§. 24.

Jede Commune ist verpflichtet, für ihre Armen-Kranken zu sorgen.

§. 25.

Der Staat sorgt dafür, dass die Communen sich zu entsprechenden Districten verbinden, Armenärzte mit einem ihren Leistungen angemessenen, nach der Taxe zu bestimmenden, Gehalte anstellen und, wenn möglich, Hospitäler gründen.

III. Von der Versorgung invalider Aerzte und ihrer Familien.

In Consequenz unsres früher ausgesprochenen Wunsches, dass wir fortan nicht wie Beamte oder Gewerbetreibende, sondern wie freie Künstler dem Staate gegenüber gestellt zu werden beanspruchen, verlangen wir auch jetzt nicht, was uns früher ausdrücklich verweigert war, nämlich, dass es uns freistehen solle, unsre Frauen in die Staats-Wittwenkasse einzukaufen. — Da jedoch der Beitritt zu andern Wittwenkassen und zu den Lebensversicherungs-Gesellschaften zum Theil nicht genügende Sicherung gewährt, zum Theil mit hohen Einzahlungen und drückenden Beiträgen verbunden ist, auch kein gemeinnütziges Institut existirt, durch welches Aerzte sich gegen eine im Alter etwa hereinbrechende Erwerbsunfähigkeit sichern könnten, wünschen wir,

§. 26.

dass sämtliche Aerzte des Staates zur Begründung einer Wittwen- und Waisenkasse und eines Pensions-Fonds für invalide Aerzte zusammentreten.

Wir ersuchen jedoch Ein Hohes Ministerium, in Bezug auf die Vereinigung der Aerzte zu einer solchen solidarischen Verpflichtung für sich und ihre Familien durch Vorlegung geeigneter Vorschläge die Initiative zu ergreifen.

Königsberg, den 30. September 1848.

Im Namen des Vereins praktischer Aerzte zur Förderung der Reform des Medicinalwesens in Königsberg in Preussen.

Der Vorstand:

Dr. Barth. Dr. Lange. Dr. Schiefferdecker.

XXVII. V e r f ü g u n g.

An den Vorstand des Vereins practischer Aerzte zur Förderung der Reform des Medicinal-Wesens, zu Händen des Herrn Dr. Barth Wohlgeboren, in Königsberg in Pr.

Dem Vorstande etc. danke ich verbindlich für die mir mit dem Schreiben vom 30. September c. eingesandten Vorschläge zur Reform des Medicinal-Wesens.

Ich habe von denselben mit Interesse vorläufige Kenntniss genommen, und werde sie bei der bevorstehenden Reorganisation des Medicinal-Wesens in reifliche Erwägung ziehen.

Berlin, den 21. November 1848.

Der Minister etc.

Ladenberg.

XXVIII. G e s u c h

*homöopathischer Aerzte gegen die beantragte Aufhebung ihrer
Dispensir-Freiheit u. s. w.*

Hohes Ministerium!

Ein Königliches Hohes Ministerium der Medicinal-Angelegenheiten bitten die unterzeichneten homöopathischen Aerzte Berlins ganz gehorsamst:

das beiliegende Promemoria *) hochgeneigtest in Erwägung zu ziehen und den desfallsigen Bescheid an unseren mitunterzeichneten Collegen, Medicinalrath Dr. Aegidi, Linkstrasse 44, gelangen zu lassen, den wir vertrauensvoll beauftragt haben, Einem Königl. Hohen Ministerium etwa noch zu verlangende Aufschlüsse und Erörterungen in dieser das besondere Interesse aller homöopathischen Aerzte berührenden Angelegenheit zu geben.

Berlin, den 23. Juli 1848.

Namens der homöopathischen Aerzte Berlins

Dr. Reisig. Dr. Bicking. Dr. Burkhard.

Dr. Bamberg. Dr. Melicher. Dr. Aegidi.

*) Dieses Promemoria ist als Eingabe an das Ministerium unter dem Titel „Die Nothwendigkeit einer Gleichstellung der Homöopathie mit der älteren Medicin,“ von Dr. Friedrich Rummel zu Magdeburg durch den Druck veröffentlicht, hier also übergangen worden, zumal sein Inhalt sich aus der nachfolgenden Verfügung deutlich ergibt. Zu bemerken ist indess noch über die Geschichte dieser Eingabe, dass der Dr. Aegidi sie nicht unmittelbar an das Ministerium, sondern an den damaligen Abgeordneten der Nationalversammlung, Justizcommissarius Weichsel, zur Beförderung abgab, dieser aber sie erst 6 Monate später mit nachstehender Randbemerkung beim Ministerium einreichte:

„Dieses Gesuch war ich beauftragt, abzugeben, und mir die Zeit dazu überlassen. Da ich es für zweckdienlicher hielt, solches dann zu thun, wenn dieser Gegenstand zur Sprache gekommen wäre, besonders da ich Mitglied der Medicinal-Fach-Commission war: so habe ich bis jetzt die Uebergabe unterlassen. Nach factischer Vertreibung der Abgeordneten, will ich es aber jetzt thun, und füge ich zugleich 10 Exemplare einer gedruckten Copie derselben bei.

Berlin, den 9. December 1848.

Weichsel, Abgeordneter.“

XXIX. Verfügung.

*An den Herrn Medicinal-Rath Dr. Aegidi Wohlgeboren
hierselbst.*

Unterm 9. v. Mts. hat der Justiz-Commissarius Weichsel eine, von Ew. Wohlgeboren und anderen hiesigen homöopathischen Aerzten unterzeichnete, Vorstellung vom 23. Juli v. J. eingereicht, in welcher gegen die Aufhebung der Dispensir-Freiheit der homöopathischen Aerzte Verwahrung eingelegt, und ferner auf völlige Gleichstellung der homöopathischen Aerzte in allen Rechten mit den sogenannten allopathischen Aerzten angetragen worden ist. Indem ich Ihnen gern die Versicherung ertheile, dass dieses Gesuch bei der bevorstehenden Reform des Medicinal-Wesens die gerechteste Prüfung finden soll, muss ich jedoch schon jetzt bemerken, dass der erste Antrag mit dem zweiten im Widerspruche steht, indem diese „Gleich“stellung doch nur unter der Bedingung möglich wird, wenn man jenen Vorzug wieder fallen lässt. In Betreff der Habilitations-Bedingungen für Universitäts-Lehrer-Stellen waltet für die einzelnen Richtungen der Medicin ein Unterschied nicht ob. Wollen homöopathische Aerzte diese Bedingungen erfüllen, so werden dieselben in gleicher Weise, wie die Vertreter anderer Richtungen der Medicin, in ausserordentliche und ordentliche Professuren aufrücken, eine sprungweise Bevorzugung hierbei widerspricht aber der beantragten „Gleich“stellung ebenfalls. Den Antrag auf Gründung einer homöopathischen Klinik habe ich von den homöopathischen Aerzten Berlins nicht erwartet, da diesen nicht unbekannt sein kann, dass das Ministerium sich alle mögliche Mühe gegeben, gerade die Antragsteller zur Errichtung einer solchen, unter bereitwilliger Zusicherung der Allerhöchsten Ortes erbetenen und damals bereits bewilligten Fonds, zu bewegen, aber Anfangs ausweichende, später auf wiederholte Erinnerungen gar keine Antwort erhalten hat. *)

Berlin, den 2. Januar 1849.

Der Minister etc.

Ladenberg.

*) Der Inhalt dieser Verfügung wurde demnächst auch im preussischen Staats-Anzeiger veröffentlicht.

Kalisch, M.

Materialien zur Neuen Medicinal-Verfassung Preussens Aus den Acten des
Ministeriums herausgegeben

Bd.: 2

Berlin 1849

Bor. 103 mo-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10013345-2